



Linker Flügel angeknackst: In Essen gingen 4.000 Menschen für queere Rechte auf die Straße. In Plauen war der Widerstand gegen einen nationalistischen Aufmarsch karg Fotos: Jochen Tack/imagio (li.), Sebastian Willnow/dpa (re.)

VERBOTEN

Guten Tag, meine Damen und Herren!

verboten packt das kalte Plauen, wenn es an den Aufmarsch der vielen plau-gesinnten in Sachsen denkt. Manche Fahnen-schwenker meinen, als monarchischer Zwergstaat von Napoleons Gnaden sei man im Gegensatz zu heute „frei“ gewesen, und verteidigt diesen Ungeist mit Plauen und Zähnen. Das, was am Samstag in Plauen los war, scheint fast wie eine Plau-Plause aus schlimmsten Pegida-Zeiten. Eine Plause wäre dringend geboten. Oder noch besser: ein Bevölkerungsaustausch

mit Palau.

Kommentar von Michael Bartsch zum rechten Aufmarsch in Plauen

Das nächste Level des Wohnzimmerfaschismus

inen „Kosmos aus Stumpfsinn und Blödsinn“ nannte der Landesvorsitzende der sächsischen Bündnisgrünen, Martin Helbig, in Plauen die Bewegung „Million“. In der Tat war die üble Kontinuität der seit einem Dutzend Jahren grassierenden immer gleichen „Muss weg“-Demonstrationen schwer zu ertragen. Der schreiende Widerspruch zwischen dem Postulat neuer Gemeinschaftsbildung, im Dagegen wie einst in der DDR natürlich, und der gemeinschaftszerstörenden Hetze.

Weh tut einem, der in den entscheidenden Oktobertagen 1989 jede Nacht auf der Straße war, der Missbrauch der Symbole der erfolgreichen Überwindung der SED-Diktatur. Die „Wir sind das Volk“-Rufe heute sind unerträglich! Wenn also ein Teil des „Volkes“ andere Teile ausgrenzt. Einzig den überwiegend westdeutschen Teilnehmern sei nachsichtig zugestanden, dass sie pos-

tum halt auch ein bisschen Revolutionsromantik schnuppern wollten. Und eine Vera Lengsfeld, die vor ihrem straffen Rechtsturn als Vera Wollenberger noch als DDR-Bürgerrechtlerin gelten konnte, schickt eine ostalgische Grußadresse!

Die Plauener selbst zerstören ihren Mythos als ostdeutsche „Heldenstadt“ der ersten Demonstrationen 1989. Bei aller Enttäuschung über das von ihnen selbst herbeidemonstrierte System verbietet sich die Gleichsetzung der repressiven DDR mit der heutigen, leider in Teilen deformierten Bundesrepublik. Vom Motzen und Nörgeln ist die Welt noch nie besser geworden. Wer nach direkter Demokratie ruft, sollte sich selbst aktiv einbringen. Aber daran war schon Pegida gescheitert.

In diese Nachfolge darf man die „Million“ stellen. Greift die AfD als Partei inzwischen den ganz gewöhnlichen Wohnzimmerfaschismus ab, so verbreitern solche „Bewegungen“ die Anschluss-

basis weiter. Viele Kurzdenker fallen auf pseudoneutrale Etiketten angeblich überparteilicher Mobilisierungen herein. In Plauen war der rechte Aufmarsch eine Stadtattraktion, als kämen Zirkuselefanten die Straße entlang.

Dass das Demokratiebündnis gegen rechts keine annähernd vergleichbare Aufmerksamkeit erhielt, lag nicht an mangelnder Organisation. Man könnte es sogar positiv wenden und auf den CSD am bevorstehenden Wochenende in Plauen verweisen, der viel Energie bindet.

Als die Konservativen noch nach Friedrich Merz riefen, konnte man ihm und seiner peinlichen Regierung ein ähnliches Schicksal wie der vorhergehenden Ampel vorhersagen. Doch wo nur noch Partikularinteressen, Egoismus und Frust herrschen, wird ein Land tatsächlich unregierbar. Solcher Schwachsinn wie in Plauen zerstört auch das beste Deutschland.

Notenschussel
Eine Schule in Vechta hat jahrelang zu schlechte Noten verteilt
24

26.000

GenossInnen ermöglichen die taz, indem sie in die Pressevielfalt investieren. Infos unter geno@taz.de oder unter 030 | 25 90 22 13



Dschungelchamp
In Kolumbien bringt der Schutz eines Äffchens die Menschen zusammen
4-5

Gen Mekka blicken
Neuer Verteidigungspakt zwischen Saudi-Arabien, Pakistan und der Türkei
11,12

„Bulgakow nicht verteufeln“
Der ukrainische Dichter Andrej Kurkow über Kreml, Krieg und Krimis
15



Die Gloria hetzt halt gern
Peter Maffay distanziert sich von AfD-Fan Gloria von Thurn und Taxis, die rächt sich mit Rassismus
13



Jason Arday ist jetzt der jüngste schwarze britische Exprofessor

Wenn die klügsten Köpfe eines Landes kollektiv auf einen Hochstapler hereinfallen, ist das für alle Beteiligten peinlich. Jason Arday, Professor für Bildungssoziologie an der britischen Universität Cambridge, wurde jahrelang in progressiven Milieus geradezu vergöttert. Nun hat er Job und Ruf verloren, und niemand will einen Fehler eingestehen.

Die Geschichte des jungen schwarzen Intellektuellen liest sich wie ein Märchen, und leider ist sie auch eines. In seiner eigenen Darstellung geht sie so: Geboren 1985 als Kind ghanaischer Immigranten in einfachen Verhältnissen in Südlondon, diagnostizierten Ärzte bei ihm mit drei Jahren Autismus. Arday sprach erst mit 11 und lernte erst mit 18 lesen und schreiben. Er entwickelte Epilepsie, bekam einen Hirntumor, wurde Sportlehrer, arbeitete zeitweise als freiwilliger Entwicklungshelfer in Brasilien, erwarb zwei pädagogische Hochschulabschlüsse und lief zur Spendensammlung 30 Marathons in 35 Tagen, die letzten neun mit Beinbruch. Damit kam er ins Fernsehen, trug 2012 die olympische Fackel in London und schrieb danach in nur zweieinhalb Jahren an der Universität Liverpool seine Doktorarbeit mit dem unübersetzbaren Titel: An Exploration of Peer-Mentoring among Student Teachers' to Inform Reflective Practice within the Context of Action Research.

Das ebnete ihm den Weg zur Karriere als Soziologiedozent und zu Professuren in Durham und Glasgow. Arday wurde gefragter Experte für Rassismus und „Critical Race Theory“. Als 2022 der höchste Lehrstuhl für Bildung in Cambridge frei wurde, bewarb er sich und erhielt einstimmig den Zuschlag. 2023 trat er den Posten an – ein Shooting-Star, mit dem sich die ehrwürdige Universität schmückte: rassisch und sozial benachteiligt, dazu neurodivers.

Als vor wenigen Wochen ein ehemaliger Kollege behauptete, Ardays Doktorarbeit sei voller Plagiate, geißelte die Universität Cambridge eine „Schmutzkampagne“ und behauptete, alle Vorwürfe seien längst widerlegt. Eine gute Woche später legte Arday seine Professur nieder. Zuvor hatte er in einem Interview „Fehler“ zugegeben.

Kritiker haben schon lange an Ardays Lebensgeschichte gezweifelt. Inzwischen enthüllen Recherchen jeden Tag mehr vom Märchen als Märchen. Die Freiwilligentätigkeit in Brasilien? Gab es nicht. Mehrere Gastprofessuren? Auch nicht. Sportliche Großleistungen? Nicht so wie geschildert. Autist und stumm? Schulkameraden beschreiben ihn als völlig normal. Und so weiter.

Der Plagiatsvorwurf gegen Arday bestand schon bei seiner Bewerbung in Cambridge, seine unstrukturierten Vorlesungen befremdeten, seine Studenten beklagten sich über ihn. Alles wurde als Rassismus beiseite gewischt. Als die Fachzeitschrift THES (Times Higher Education Supplement), wo Arday publiziert hatte, ihm dazu Fragen stellte, bekam ihr Reporter keine Antwort, sondern Besuch von der Polizei, die ihm weitere Kontaktaufnahme untersagte.

Das Leherestablisment in Cambridge hält viel auf seinen guten und neuerdings progressiven Ruf. Sally Morgan, Vorsitzende des Einstellungspanels für Arday, sitzt für die regierende Labour-Partei im britischen Oberhaus. Noch Ende Juli pries sie Arday als „den Besten der Welt“. Ardays erstes Buch empfahl David Lammy, der ranghöchste schwarze Labour-Politiker, als „Pflichtlektüre“.

Morgan und die anderen müssen sich nun fragen lassen, ob sie Arday als Maskottchen des Antirassismus benutzt haben, um sich selbst zu profilieren. Arday sieht zu, wie seine Lebensgeschichte als Märchen zerfällt. Erfunden hat er sie selbst.

Dominic Johnson

Plauen: Paradies für rechte Regierungskritiker
Foto: Sebastian Willnow/dpa

10.000 fordern „Merz muss weg“

Plauen in Sachsen hat sich dieses Wochenende zum gesamtdeutschen Mekka der Generalfrustrierten verwandelt. Auch Grüne mit Deutschlandfähnchen waren da

Aus Plauen **Michael Bartsch**

An der Autobahnabfahrt Plauen-Ost konnte man am Samstagvormittag zum Deutschlandhasser werden. Konvois von hundert in Schwarz-Rot-Gold reichlich dekorierten Privat-PKW verstopften die Zufahrtsstraße der B 173 in die Stadt. Der Rückstau reichte bis auf die Autobahn. Eine Parade von Kennzeichen aus ganz Deutschland. Unter den etwa 10.000 Menschen, die dem Aufruf der am 8. Juni erstmals in Berlin in Erscheinung getretenen Bewegung „Million“ folgten, konnte man seine Kenntnis deutscher Mundarten überprüfen.

Auf den ersten Blick haben „Million“ und ihr Demo-Anmelder Marcel Baldauf aus Hoyerswerda eine Elf-Punkte-Agenda gegen Sozialabbau durch Kanzler Friedrich Merz und die schwarz-rote Koalition formuliert. Diese sollte sofort zurücktreten, damit die Gesundheitsreform gestoppt, ein 29-Euro-Bahnticket eingeführt, Energiesteuern gesenkt sowie Mittelstand, Handwerk und Landwirtschaft gerettet werden können.

Und wer wollte an einer ‚Verschlankung des Staats und radikaler Entbürokratisierung‘ etwas aussetzen haben? Als ein geradezu warmherziger Köder wird eine solidarische Gemeinschaft der Regierungsgeg-

ner, eine Art Volksfront der Entrechteten, ausgerufen.

Auf den zweiten Blick aber outet sich „Million“ als eine voll auf rechtsradikaler AfD-Linie liegende neue Bewegung. Wie diese fordert man hier einen Migrationsstopp und eine „Neuausrichtung der Migrationspolitik“. Auch den öffentlichen Rundfunk wollen sie grundlegend umgestalten.

Zu weiteren Forderungen zählen das Ende der Ukraine- und der Entwicklungshilfe, Abschaffung der CO₂-Steuer und Klimaschutzrelevanter Energiebesteuerungen, Finanzierungsstopp für „politische und ideologische NGOs“. Im Internet gibt man sich überparteilich. Aber an der Marschroute, nämlich am Theaterplatz, stand ein AfD-Wagen, und den rechtsextremen „Freien Sachsen“ wurde noch am Abend zuvor erlaubt, mit ihren zahlreichen weiß-grünen Königreich-Fahnen und einem Infostand präsent zu sein.

Konkrete Kritik an Regierungspolitik, gar das Eintreten für positive Alternativen, spielte bei den Rednern am Albertplatz und vor allem bei Äußerungen der Teilnehmenden kaum eine Rolle. Die wollten vor allem ihren Generalfrust abladen. Und der verbindet inzwischen Ost und West, die Einheit besteht darin, dass hier alle gegen alles sind.

Anders der hochbetagte Friedensengel namens Michael, der

sich zumindest auf die untergegangene Sowjetunion positiv bezieht. So lässt der ehemalige DDR-Bürger seine schwäbischen und oberfränkischen Mitdemonstrierenden wissen: „Von der Sowjetunion lernen heißt siegen lernen.“ Die jetzige Regierung treibe die Bevölkerung in einen völlig sinnfreien Krieg, ruft er – jene „Idioten, die auch nur an einen Funken militärischer Chance gegen Russland glauben“.

In Berlin hielt sich die Resonanz auf die „Millionäre“ in Grenzen, warum nun Plauen, die vogtländische Hauptstadt? Wobei die Minderheit der Einheimischen genau genommen gegen sich selbst demonstrierte. Denn niemand sonst in der finalen DDR hatte es eiliger auf den ersten Montagsdemonstrationen 1989, in der ersehnten Bundesrepublik aufzugehen.

Die muss jetzt wieder weg, oder wenigstens ihre Repräsentanten, und im Dagegensinn sind die störrischen Bürger aus der „autonomen Gebirgsrepublik Vogtland“ Spezialisten. Mit spezifisch regionalem Akzent, 2015 musste der Pegida-Ableger hier eben „Wir sind Deutschland“ (WSD) heißen. Eine typische „Muss weg“-Demonstration, erst Merkel, nun Merz, und in fünf Jahren vielleicht die AfD?

„Der Zug ist abgefahren, es sind doch nur noch Dumme

an der Macht“, sagen zwei Gewerkschafterinnen völlig resigniert. Sie kamen von der patriotischen Demo, nicht von SPD, Grünen und Linken. Am Nachtisch beim Imbiss schwärmt eine Gruppe von den alten Reußenfürsten und schimpft, wie dem Deutschen Reich angeblich der Erste Weltkrieg „aufgezwungen“ wurde. Dann preisen sie die DDR als „begehrtes Wirtschaftsland“, das schon 1949 von den Westalliierten und später von der BRD kaputtgemacht worden sei.

Vor dem Zug erinnert eine größere Trommlergruppe an die Fanfarenzüge der DDR. Sie wurde zunächst von der Polizei gestoppt, rhythmisches Trommeln verstieß gegen die Demoauflagen. Erlaubt waren hingegen Fußballtröten und ein Hornist, der die „Wacht am Rhein“ blies.

Viele Demoteilnehmer hätten die DDR ihrem Alter nach noch live erlebt haben können. Eine Leipzigerin schwenkt eine Deutschlandfahne mit der Aufschrift „Jesus“. Aber auch die Bündnisgrünen mit ihrem am Nachmittag gut besuchten Stand am Einheitsdenkmal irritieren mit Schwarz-Rot-Gold neben ihrer Parteiflagge. „Weil wir das Feld nicht den Falschen überlassen wollen“, begründet das der Landesparteivorsitzende Martin Helbig.

Trotz guter Organisation hielt sich der Protest gegen den Protest in Grenzen. Die Polizei zählte 400 Teilnehmende. Thomas Rußner, Koordinator des regionalen „Bündnisses für Demokratie, Toleranz und Zivilcourage“ bestätigt den Versuch eines Schulterschlusses durch die „Millionäre“. Im Rahmen ihres Gemeinschaftspostulats wollen sie offenbar eine Querfront bilden, in die sie auch die sozialen und linken Gegner der Merz-Politik einbeziehen. Nach einem einstündigen Telefonat „haben wir aber nur zwei Sekunden darüber diskutiert, trotz partieller Übereinstimmung bei der Regierungskritik“, berichtet Rußner. Er erklärt die geringe Resonanz des Gegenprotests mit der Ferienzeit, ausschließlich regionaler Mobilisierung und der Konzentration auf den kommende Woche stattfindenden CSD in Plauen. Auf den wies auch das Plakat am Lautsprecherwagen hin.



Mehr Zulauf für Team Liebe

In deutschen Städte gehen mehr Menschen für queere Rechte auf die Straße als jemals zuvor. Sie fordern mehr Schutz gegen Islamismus und den Rechtsruck

Die Solidarität geht weiter: Zwei Wochen nach dem islamistischen Anschlag auf den Berliner CSD demonstrieren in deutschen Städten weiterhin rekordverdächtig viele Menschen für queere Rechte.

In Köln haben Vereine für Sonntag zu einer Solidaritätsdemonstration aufgerufen. Nach Angaben des Vereins Cologne Pride kamen rund 10.000 Menschen und damit deutlich mehr als angemeldet. Es sei jetzt notwendiger denn je, Haltung zu zeigen und deutlich zu machen: „Wer die Freiheit der queeren Community, die Freiheit dieser Gesellschaft anfechten und einschränken will, legt sich mit den Falschen an“, teilte der Verein mit. „Wir lassen uns von Queerfeindlichkeit nicht klein-

kriegen – egal, aus welcher Ecke sie kommt.“

Die Veranstalter fordern von Bund, Ländern und Kommunen Maßnahmen, damit „queere Strukturen und queeres Leben nachhaltig geschützt und gestärkt“ werden.

Am Samstag verzeichnete die Pride in Nürnberg eine Rekordteilnahme von 20.000 Menschen, im Vorjahr waren es 17.500 Teilnehmende gewesen. Unter dem Motto „Nürnberg liebt“ demonstrierten die Menschen für Sichtbarkeit, Gleichberechtigung und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Laut den Veranstaltern sollte ein Zeichen gegen den zunehmenden Rechtsruck und gegen die steigende Zahl queerfeindlich motivierter Übergriffe gesetzt werden.

In Braunschweig, Essen und Prag nahmen ebenfalls mehr Menschen am CSD teil als gewöhnlich. Mit mehr als 6.000 Menschen sei die Parade durch die Braunschweiger Innenstadt von einer „positiven und kraftvollen“ Atmosphäre geprägt gewesen, sagte Björn Waldmann vom Orga-Team des Braunschweiger CSD. In den Vorjahren hätten die Veranstalter deutlich weniger Teilnehmende registriert. Nach dem Berliner Anschlag liege eine „Jetzt erst recht“-Stimmung in der Luft. „Es sind auch viele nicht queere Menschen dabei, die der Community ihre Solidarität zeigen wollen“, betonte er. Der CSD sei „wieder politischer als in den Vorjahren“

Seit dem Anschlag auf den Berliner CSD hat die Polizei die Sicherheitsmaßnahmen für Folgeveranstaltungen, etwa am vergangenen Wochenende beim Hamburger CSD mit rund 300.000 Teilnehmenden, deutlich hochgefahren. Bei dem Anschlag vor zwei Wochen wurde eine Frau getötet, 31 Menschen wurden verletzt. Der 21-jährige Tatverdächtige war am Tag darauf beim Zugriff eines Spezialeinsatzkommandos in Berlin-Spandau erschossen worden.

Auch nächstes Wochenende wollen Menschen für queeres Leben auf die Straße gehen. Für den 15. August haben Veranstaltende zu Märschen in Münster, Darmstadt, Lübeck, Bayreuth und anderen Orten aufgerufen. Auch dabei: Plauen. (taz/Agenturen)



Stören, verwirren, verunsichern

Drohnen von ihrer Route abkommen zu lassen, ist Teil der elektronischen Kriegsführung. Am stärksten betroffen sind die Länder in der Grenzregion von Russland oder Belarus

Von **Tanja Tricarico**

Es ist eine Nachricht, die sich in unregelmäßigen Abständen wiederholt. Eine Drohne dringt in den Luftraum von Nato-Staaten ein. Am stärksten betroffen sind die Länder, die Grenzen mit Russland oder Belarus haben. Also insbesondere die baltischen Staaten, Rumänien, Polen. Und jetzt auch Bulgarien. Erst am Samstag explodierte ein solches Flugobjekt nahe einer Gas-Pipeline. Wie das bulgarische Verteidigungsministerium meldete, handelt es sich ziemlich sicher um eine Drohne vom Typ Maya, wie sie von ukrainischen Streitkräften genutzt wird. Und Sofia bemühte sich darum, schnell klarzustellen, dass es sich wahrscheinlich um ein Versehen handelt. Die Drohne soll via Rumänien in den bulgarischen Luftraum eingedrungen sein, und zwar in unmittelbarer Nähe des Grenzübergangs

Kardam nahe dem Schwarzen Meer. Und in „1.000 Metern Entfernung zur Verdichterstation der Transbalkan-Gaspipeline.“ Also einem militärisch durchaus interessanten Ziel. Seit Beginn der russischen Vollinvasion in der Ukraine kommt es immer wieder zu solchen Vorfällen. Erst im Mai und Juni haben Nato-Kampffjets in Estland und Lettland Drohnen abgeschossen. In beiden Fällen gingen die Flugobjekte auf dünnbesiedeltem Gebiet nieder. Vor dem Abschuss müssen die Standorte sorgfältig geprüft werden. Laut Ivo Mürsepp, Wissenschaftler am Fachbereich Elektronik an der Technischen Universität Tallinn, ist die GPS-Störung von Drohnen eine weitverbreitete Taktik in aktuellen Kriegen. „Es ist so, als würde jemand versuchen, dir etwas zuzulüftern“, sagt Mürsepp. „Jetzt geh’ zwei Schritte nach links und dann weiter. Und die Störung ist so, als würde jemand anderes neben diese flüsternde Person treten und einfach anfangen zu schreien,

sodass du diese Anweisungen einfach nicht mehr hören kannst.“ Mit dieser Taktik kommen die Drohnen von ihrem eigentlichen Ziel ab. In der Fachsprache heißt das Jamming, also das bewusste Stören von Signalen. Mit am stärksten betroffen sind Lettland, Litauen, Estland, aber auch Finnland. Auch in der Straße von Hormus oder in der Region rundherum kommt die Technik zum Einsatz. In der elektronischen Kriegsführung sind solche Methoden immer dann interessant, wenn es darum geht, zum einen die Drohnen des Gegners vom Weg zu taktischen Zielen abzubringen und zum anderen für Verwirrung und Verunsicherung bei dessen Verbündeten zu sorgen. Es sei kein Geheimnis, dass Russland solche Anlagen nutzt. So würden „zwei Fliegen mit einer Klappe“ geschlagen, sagt Mürsepp. Eine andere Methode ist Spoofing. Dabei wird bewusst eine andere Position suggeriert und damit versucht, die Route zu ändern.

Wenn ein Pilot die Information bekommt, in Finnland zu sein, aber gerade erst über der Ostsee war, dann wird die Person wohl bemerken, dass es sich um Spoofing handeln könnte, und dann auf andere Navigationswege ausweichen. So leicht ist es aber nicht in jedem Fall. „Wenn sie einen von Anfang an schrittweise in die Irre führen wollen, ist es wirklich schwer zu erkennen“, sagt Mürsepp. GPS-Signale zu stören, ist laut Expert:innen nicht sehr schwer, da das Signal von Satelliten kommt, die etwa 20.000 km von der Erde entfernt sind. Wenn das Signal auf der Erde ankommt, ist es relativ schwach. Besonderes Gerät ist also nicht notwendig. Jammer werden längst auch an den Grenzen von den Nato-Staaten eingesetzt, um eine etwaige Bedrohung durch Drohnen abzuwenden. Und auch in Deutschland wird nach den Drohnenvorfällen am Flughafen Leipzig/Halle darüber offen diskutiert. Allerdings gibt es

auch Forschung dazu, dass Russland offenbar ein eigenes spezielles Satellitensystem aufgebaut hat, das in der Lage ist, GPS zu stören, und eine viel größere Reichweite hat. Laut Mürsepp hat das Jamming oder Spoofing aber nicht nur Auswirkungen auf Militärisches. Sondern auch auf die moderne Landwirtschaft etwa bei selbstfahrenden Mähdreschern. „Wenn es Ungenauigkeiten von ein paar Metern gibt, dann besteht die Gefahr, dass sie gegen einen Felsen oder etwas Ähnliches prallen.“ Das könnte tiefgreifende Folgen haben. Tatsächlich haben finnische Landwirte solche Problem bereits gemeldet. Das estnische Landwirtschaftsministerium bestätigte der taz, dass Signalstörungen zwar zu merken seien, es bisher aber keine nennenswerten Auswirkungen gebe. Bisher. Ganz auf GPS-Signale zu verzichten, ist aktuell schwierig bis unmöglich. Und deren Störung Teil der elektronischen Kriegsführung – aller Seiten.

Am Samstag drang eine ukrainische Drohne in den Luftraum von Nato-Staat Bulgarien ein
Foto: Michael Bahlo/dpa

Nato-Staaten im Dauer-Stresstest

Es gilt als sehr wahrscheinlich, dass Russland hinter dem Drohnenvorfall am Leipziger Flughafen steckt. Wovor Geheimdienste jetzt warnen

Von **Tanja Tricarico**

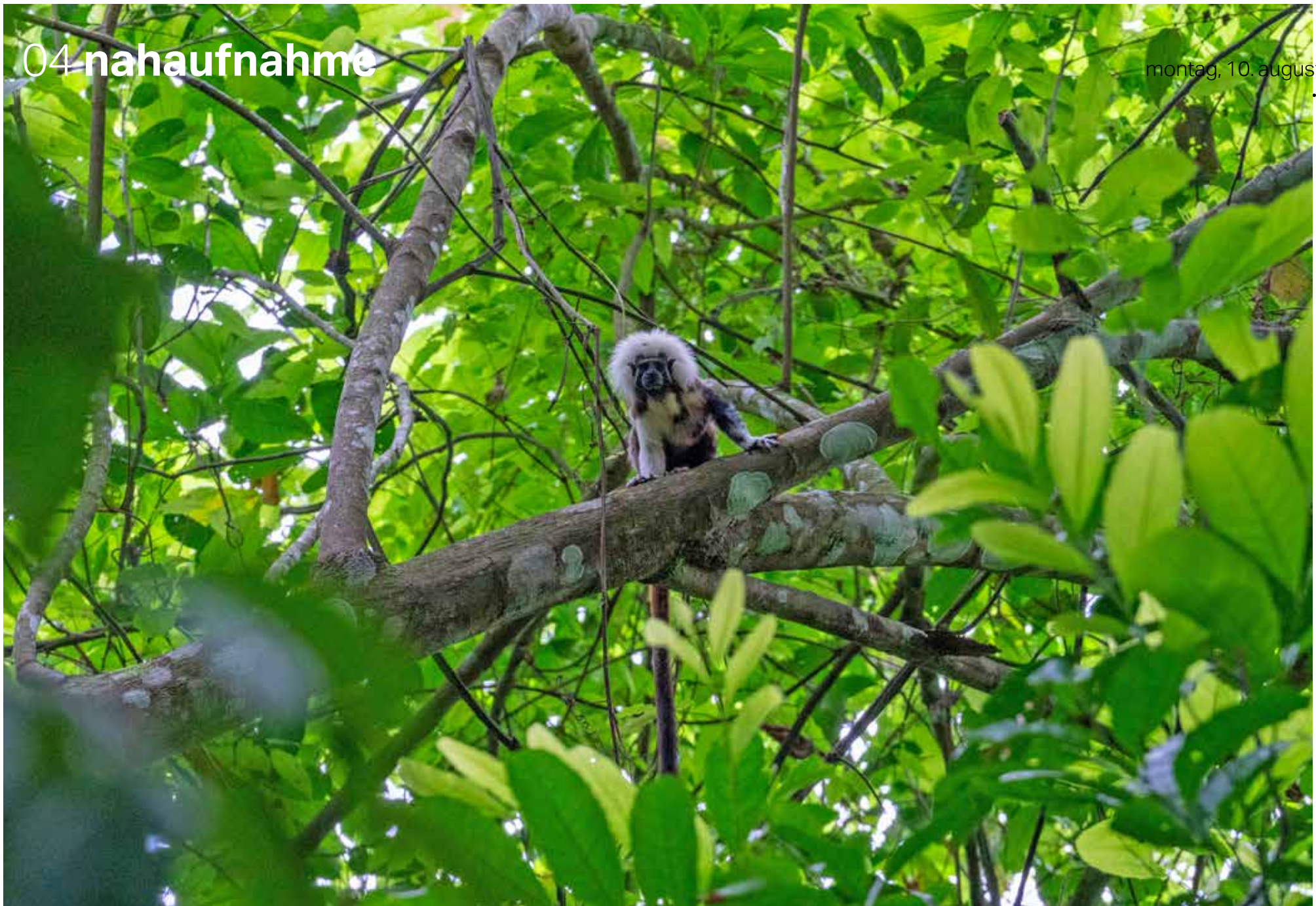
US-Geheimdienste sind sich sicher: Die Drohnenvorfälle am Flughafen Leipzig/Halle sind auf Russland zurückzuführen. Sprengstoff und Zünder kämen aus professioneller Hand, ein weiteres Indiz sei, dass die Drohne sich in der Nähe einer ukrainischen Frachtmaschine befand, wie das *Wall Street Journal* berichtete. Das bringt den aktuellen Fall auch gleich mit einer anderen Warnung in Verbindung: Der russische Präsident Wladimir Putin könnte in naher Zukunft versuchen, die Nato zu testen. Von einer Cyberattacke auf ein Nato-Land bis hin zu einem Einmarsch auf dem Landweg ist wohl vieles möglich. Der Zeitraum: Von diesem Herbst bis irgendwann 2029.

Solche Warnungen gibt es spätestens seit der russischen Vollinvasion 2022 in der Ukraine immer wieder. Häufig genannt wird etwa das Narva-Szenario. Gemeint ist damit ein Angriff über die estnische Stadt mit der größten russischen Minderheit, die direkt an der Grenze zu Russland liegt. Andere sehen eher Lettland als Einfallstor, wieder andere Kaliningrad an der Ostsee zwischen Polen und Litauen. Zugleich gibt es Stimmen, die keinen Angriff Putins auf Nato-Territorium sehen, solange der Krieg in der Ukraine anhält. Nun scheinen die US-Geheimdienste Hinweise auf Aktivitäten von russischer Seite an der Nato-Ostflanke zu haben. Auch Litauens Militärgeheimdienst liegen Informationen vor, wonach Russland Angriffe auf kritische Inf-

rastruktur in den baltischen Staaten unter Einsatz ukrainischer Drohnen erwägen könnte. Bundesinnenminister Alexander Dobrindt spricht derzeit im Leipziger Fall nicht explizit von einem russischen Hintergrund, sondern hilft sich mit dem Terminus „fremde Mächte“. Das bedeutet, ein staatlicher Akteur könnte hinter dem schwerwiegenden Vorfall stecken. Allzu viele kommen dabei nicht in Betracht: China, Iran, Nordkorea oder eben Russland. In jedem Fall ist Deutschland durch seine große Unterstützung für die Ukraine im Visier für verschiedene Angriffsarten. Dazu zählen Cyberattacken, Sabotage und immer wieder Angriffe auf kritische Infrastruktur. Dazu gehören auch Schäden an Unterwasserkabeln in der Ostsee.

Auch Desinformationskampagnen sind damit gemeint. Erst vor wenigen Tagen warnten deutsche Sicherheitsbehörden, dass es in den Wochen vor den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin gezielt russische Versuche der Einflussnahme gegeben habe oder man diese beobachte. Entsprechende Videos versuchten, Politiker:innen und Parteien zu diskreditieren, die nicht russlandfreundlich seien. Davon betroffen seien alle Parteien bis auf AfD und BSW. Der Vorfall am Flughafen Leipzig/Halle zählt zu den bisher gravierendsten und auch gefährlichsten Angriffen der hybriden Kriegsführung in Deutschland. Gegenstand der aktuellen Ermittlungen ist auch, dass der Zünder nicht funktionierte

und es nicht zu weiteren Schäden kam, obwohl es sich um eine professionelle Vorrichtung handelte. Drohnensichtungen sind allerdings keine Seltenheit mehr – weder an europäischen Flughäfen noch an anderen sicherheitsrelevanten Orten. Am Samstag wurde dann gemeldet, dass über dem Bundeswehrstandort Mechernich in Nordrhein-Westfalen zwei Drohnen entdeckt wurden. Laut Medienberichten wird an diesem Standort das Flugabwehraketensystem Patriot gewartet. Auf dieses Luftabwehrsystem sind die ukrainischen Streitkräfte zu ihrer Verteidigung gegen russische Angriffe besonders angewiesen. Und Deutschland ist einer der wichtigsten Lieferanten sowohl des Systems, als auch der Raketen.



Den Liszt-Affen erkennt man an seiner charakteristischen weißen Haube

Ein Punk für den Urwald

Der Lisztaffe in Kolumbien ist vom Aussterben bedroht. Er braucht den Wald als Lebensraum. Doch dafür braucht es den Menschen. Von der Suche nach einer gemeinsamen Zukunft

Aus San Juan Nepomuceno **Katharina Wojczenko** (Text) und **Charlie Cordero** (Fotos)

Piep. Piep. Wie eine elektronische Wünschelrute sieht das Ortungsgerät aus, das Sergio Canoles in den Händen hält. Piep. Piep. Piep. Das Geräusch klingt wie in einer Krankenhausserie, wenn der Monitor eines sterbenden Patienten Alarm schlägt. Irgendwo im Blätterdach hockt die Gruppe mit dem dominanten Männchen, das den Rucksack mit dem Sender trägt.

Sergio Canoles, 21, ist schlank, trägt Vokuhila unter der Schirmmütze und hat einen sanften Blick. In Wanderschuhen stapft er den Pfad entlang, der sich durch den Waldboden zieht. Immer wieder sucht sein Blick die Baumkronen ab. Mild fällt die Karibiksonne durch das hellgrüne Blätterdach. Die Lücken darin wirken wie kleine Wolken im Himmelgrün. Die Baumstämme im privaten Waldschutzgebiet von San Juan Nepomuceno sind noch schmal. Aus allen Richtungen zwitschert, zirpt und raschelt es.

Canoles schickt einen langegezogenen Pfiff gen Blätterdach. Noch einen. Die Äffchen erkennen längst die Männer von der Stiftung in ihren blauen Oberteilen, sagt er. Sie erkennen ihren Geruch, ihre Gesichter. „Sie sind unglaublich neugierig.“ Sergio kennt die Äffchen mittlerweile ebenso gut, wie sie ihn.

In einem ausgetrockneten Flussbett bleiben wir stehen und warten.

Etwas huscht. Etwas Weißes bewegt sich. Ein Äffchen. Dann noch eins. Aus allen Richtungen rennen sie dem ersten hinterher, direkt auf uns zu. Sie springen von Ast zu Ast, kreuz und quer, etwa 10 bis 15 Meter über dem Waldboden. Auf dem Rücken eines Affen hängt kein Peilsender, sondern ein Junges. Tayrona, das dominante Weibchen, hat vor knapp zwei Wochen Zwillinge geboren. Der Affe läuft quer über einen Ast – und hops! Das Baby wechselt von seinem Rücken auf den eines anderen Affen, der es weiterträgt.

Das Äffchen, um das es hier geht, hat einen kaffeebraunen Rücken mit rötlichen Einsprengeln, einen ebensolchen Schwanz, weiße Beine und Bauch. Es wiegt maximal ein halbes Kilo. Sein

Gesicht ist klein und schwarz, mit einer Art weißen Monobraue und schwarzen Öhrchen, die an Teufelshörner erinnern.

Das alles umrahmt eine weiße Haarpracht, die weit durchs Blätterdach leuchtet.

Ihr verdankt *Saguinus oedipus* seinen deutschen Namen: Lisztaffe, nach dem österreichisch-ungarischen Komponisten Franz Liszt. Der trug im hohen Alter einen ähnlichen schlohweißen Schopf – wenngleich nicht so exzentrisch toupiert. Wenn er wütend ist, stellt der Lisztaffe die Mähne auf. Extrem wütend wird er, wenn man ihm die Zunge entgegenstreckt. Auf Spanisch heißt das Äffchen *Mono Titi cabeciblanco*. Weißkopfähfchen. Für die Einheimischen kurz: *titi*.

Diese Gruppe dort oben besteht aus drei Erwachsenen, zwei Jungtieren, zwei Babies. Alle da, stellt Sergio Canoles zufrieden fest. Jedes Tier zählt. Denn viele gibt es nicht mehr.

Franz Liszt ist 140 Jahre tot. Auch sein Namensvetter könnte bald aussterben. Es gibt nach jüngster Zählung nur noch 7.000. Sie leben einzig an

der kolumbianischen Karibikküste. Etwa 130 von ihnen sollen in dem privaten Schutzgebiet in San Juan Nepomuceno zu Hause sein.

Der Lebensraum des Tieres, der tropische Trockenwald, ist ebenfalls extrem bedroht. Von Kolumbiens ursprünglichem tropischem Trockenwald sind gerade einmal acht Prozent übrig – und nur die Hälfte davon ist noch unberührter Primärwald. Der Rest wurde für Holz und Rinderzucht gerodet, fiel dem wuchernden Wachstum der Karibiksiedlungen und dem Straßenbau zum Opfer. Und der Mensch rückte den Äffchen persönlich zu Leibe. In den 60er und 70er Jahren dienten sie in den USA für medizinische Laborexperimente. Bis heute werden sie illegal gefangen und als Haustiere gehalten oder verkauft.

Doch ehemalige Holzfäller, Bauern, Umweltschützer:innen und Biolog:innen arbeiten gemeinsam daran, den Titi zu retten. Seit mehr als 30 Jahren ist die Stiftung Projekt Titi in der Karibikregion aktiv. Gegründet hat sie die US-ameri-

kanische Biologin Anne Savage, die heute Co-Direktorin des binationalen Projekts ist.

An der Uni kam sie im Labor erstmals in Kontakt mit *Saguinus oedipus* – und träumte von einem Schutzprogramm. Es war Faszination auf den ersten Blick, sagte sie mal in einem Interview: „Sie waren so winzig wie ein Eichhörnchen und äußerst lautstark. Ihr Zwitschern und Pfeifen klang wie das von Vögeln. Und doch sind sie Primaten! Und die weiße Haarpracht auf ihrem Kopf hat mich einfach begeistert.“ Beeindruckt habe sie auch das Sozialverhalten: „Es war so interessant zu beobachten, wie die Tiere ihre Paarbindung aufrechterhielten und wie alle Familienmitglieder an der Aufzucht der in den Gruppen geborenen Jungtiere beteiligt waren.“

Nach jüngster Zählung gibt es nur noch 7.000 Lisztaffen. Sie leben einzig an der kolumbianischen Karibikküste

Mittlerweile hat das Projekt drei Standorte in der kolumbianischen Karibik, die alle an staatliche Schutzgebiete angrenzen. Hier in San Juan Nepomuceno hat das Projekt 2015 auf gekauftem Land ein privates Waldschutzgebiet geschaffen. Es grenzt an den Nationalpark Los Colorados. Über die Jahre ist das private Schutzgebiet auf 900 Hektar gewachsen und damit fast so groß wie der Nationalpark. „Wir haben als Kern den Nationalpark, unser privates Schutzgebiet als Puffer – und dann die Nachbarn und Bauern, die heute unsere besten Verbündeten sind“, sagt Rosamia Guillén, Direktorin des kolumbianischen Teils des Projekts.

Seit zwei Jahren arbeitet Sergio Canoles für die Stiftung. Seinen Praxisteil der Ausbildung zum Verwalter von Agrarbetrieben absolvierte er dort – und fing dabei Feuer. Statt wie viele andere in der



Die Biologin Aura Suárez kümmert sich um die Keimung und Pflege von Tausenden einheimischen Setzlingen

Gegend danach auf einer Rinderfarm zu arbeiten, widmet er sich nun dem Gegenteil. „Das Praktikum hat meine Perspektive verändert und ich habe mich verliebt. Der Wald ist etwas Wunderbares. Viele Menschen haben ihn zerstört. Viele Junge wollen nicht mehr zurück zum Wald. Aber mir gefällt die Arbeit hier und ich lerne wahnsinnig viel.“ Über Tití, andere Tiere, den Wald.

Er stammt aus dem Dorf El Carmen del Bolívar, ganz in der Nähe. Den Tití sah er zum ersten Mal auf der Finca seines Großvaters, als er etwa zehn Jahre alt war. Sein Großvater ließ am Rand des Bachlaufs Wald stehen, um das Wasser zu schützen, erzählt er. Dort lebte auch der Affe.

Heute dokumentiert er den Tití im Zweierteam. Auf seinem Handy hat er eine App. Mit ihr protokolliert er in Echtzeit, was die Affen tun: Wer hält Wache? Was fressen sie? Wo schlafen sie? Wohin bewegen sie sich? Wer trägt die Jungen? Einer beobachtet, der andere notiert. Alles dient der Forschung.

„Die Familie ist für den Tití das Wichtigste“, hat er gelernt. Das verbindet ihn mit dem Äffchen. „Das ist so eine edle und schöne Art! Wir Menschen vernichten sie. Dabei sind sie für die Menschheit so wichtig. Diese kleinen Affen verteilen Samen, sie bestäuben. So pflanzen sie den Wald, den wir Menschen fürs Wasser so dringend brauchen.“

Doch dafür braucht es die richtige Vegetation. Der tropische Trockenwald heißt so, weil es hier zwei Regenzeiten und lange Trockenperioden gibt. Gerade ist Regenzeit, aber seit Tagen ist es staubtrocken und heiß.

Seit 4 Uhr morgens sind die Arbeiter in den Bergen von San Juan auf den Beinen. Mittlerweile ist es 11 Uhr und die Sonne brennt heftig.

Mit Maultieren tragen sie die Körbe mit den Setzlingen von der Gärtnerei den Berg hoch. 9.000 Pflänzchen stehen nun bereit, unter dem einzigen passablen Schattenbaum weit und breit. Dann geht es einen fürs ungeübte Auge unsichtbaren Pfad bergab.

Ein halbes Dutzend Arbeiter schuftet dort in der Hitze. Biologe Marcelo Ortega leitet sie an. Sie arbeiten entlang einer Linie am Rand einiger Bäume. Auf der angrenzenden, ehemaligen Viehweide wuchert Brachiaria-Gras, eine invasive Futterpflanze aus Afrika. Einheimische Gräser haben gegen sie keine Chance. Nur verbotenes Gift oder die Machete können sie stoppen. Oder der Schatten von Bäumen, die hier noch fehlen.

Passives Aufforsten, also einfach abwarten und wachsen lassen, reicht nicht, erklärt Marcelo Ortega, der Leiter des Projekts. Zum einen dauert es zu lange für die Affen, denn in jeder Gruppe bekommt nur das dominante Weibchen einmal im Jahr Zwillinge. Zum anderen würden sich die falschen Arten ausbreiten, wie das afrikanische Futtergras. „Wir reichern stattdessen den Wald mit einheimischen Arten an.“ Das Ziel für 2026: 50.000 neue Bäumchen pflanzen.

Machete raus, Unkraut wegschlagen, Loch austechen, Hydrogel rein, damit das Bäumchen einen feuchten Start hat. Setzling mit Substrat aus der Plastiktüte einsetzen, festdrücken. Edwin Enrique Castro, 27 Jahre alt, macht das routiniert. Schweiß glänzt auf seinem Gesicht. Er gehört zu den Erfahrenen im Team. Sein ganzes Leben hat er in San Juan verbracht, heute mit Frau und zwei kleinen Kindern. Aufgewachsen ist er auf der elterlichen Finca in den Bergen, jetzt studiert er Agroförstwirtschaft im Fernstudium. „Ich will Landwirtschaft und Wald verbinden, ohne dem Wald zu schaden“, sagt er leise. Er liebt die Ruhe und Schönheit des Bauernhofs.

Sein Vater ist Mitglied beim Schutzprogramm von Projekt Tití. Auf einem Hektar seiner zehn Hektar großen Finca hat er wieder aufgeforstet – auch mit Setzlingen des Projekts. Seit zwei Jahren kommen Lisztäffchen immer wieder auf die neuen Bäume. Das freut den Vater. Auch die Dorfbewohner haben sich verändert: Statt Steine zu werfen, zücken sie heute ihre Handys, wenn sie die Äffchen sehen. Die pädagogische Arbeit und die Unterstützung der Nachbarschaft durch Projekt Tití zeigen Wirkung. Frauen, die früher Äffchen verkauften, nähen und verkaufen jetzt handgemachte Tití-Puppen aus Stoff.

Im Dorf prangen Wandmalereien mit Tití-Motiven, dazu Schilder und T-Shirts mit Aufschriften wie „Titis sind keine Haustiere“ oder „Ich bin Freund des Lisztaffens“. Auf manchen trägt das Äff-



Sergio Canoles, Mitglied des „Proyecto Tití“-Teams, beobachtet im Naturschutzgebiet „Los Titíes de San Juan“ die kleinen Affen

Gewaltiger Amtsantritt

Neuer Präsident

Am Freitag ist Kolumbiens neuer Staatschef Abelardo de la Espriella vereidigt worden. Der 48-Jährige ist für seine harte Rhetorik bekannt. In seiner Antrittsrede in Cali, der drittgrößten Stadt des Landes, versprach er, den „Drogenterrorismus und alle kriminellen Organisationen unermüdlich bekämpfen“ zu wollen. Die Friedensgespräche mit bewaffneten Gruppen will er beenden. Vor Hunderten Uniformierten stellte er Mitgliedern illegaler Banden vor die Wahl, sich dem Gesetz zu „unterwerfen“ oder sich mit der „entschlossenen Härte des Staates“ zu konfrontieren. Der neue Präsident, den seine Anhänger „Tiger“ nennen, kündigte unter anderem Luftangriffe auf Lager bewaffneter Gruppen an. Außerdem will er Mega-Gefängnisse bauen sowie militärisch enger mit den USA und Israel zusammenarbeiten.

Neue Gewalt

Einen Tag nach der Vereidigung verübten Täter an verschiedenen Orten des Landes zwei Bombenanschläge, wie die Armee mitteilte. Für einen der Anschläge machte das Militär abtrünnige Guerillakämpfer verantwortlich. Nach Angaben der Armee wurde mindestens ein Polizist getötet. Weitere Menschen wurden verletzt. Die Armee erklärte, abtrünnige Farc-Guerillakämpfer hätten am Samstagmorgen eine Mautstelle nahe Cali im Südwesten des Landes mit Sprengstoff zerstört. Zwei Sicherheitskräfte seien leicht verletzt worden. Etwa 1.000 Kilometer weiter nördlich tötete ein weiterer Bombenanschlag im Departement Cesar einen Beamten. Dort traf eine mit Sprengstoff beladene Drohne eine Polizeistation, wie Behördenvertreter mitteilten. Wer hinter dem Anschlag steckt, war zunächst unklar. Präsident de la Espriella drohte anschließend: „Es wird keinen Zufluchtsort, keine Nachsicht und keine Straffreiheit geben.“ (taz)

chen das lokalpatriotische Qualitätssiegel: „100 Prozent kolumbianisch“. In den Schulen gibt es Tití-Unterricht mit Theaterstücken, Basteln und Spielen. Die Einheimischen fangen kaum noch Titis, berichten Mitarbeiter der taz.

Man kann es so zusammenfassen: Am Affen lässt sich ablesen, wie es um den Wald steht. Und um die Menschen, die von ihm leben.

Hier in den Bergen wächst ein ausgeklügelter Pflanzenmix, der genau zum Standort passt. Meistens überleben 80 Prozent der Setzlinge. Das verdanken sie vor allem der Arbeit von Luis Carlos González und seinem Team in der Gärtnerei. Die Setzlinge stammen aus eigener Zucht. Die Mitarbeiter, die im Wald den Titis folgen, notieren genau, welche Pflanzen die Affen nutzen. So wissen ihre Kollegen später, welche Samen sie sammeln müssen. Am Boden hält sich das Äffchen selten auf – dort lauern zu viele Gefahren. Lieber klettert es auf Bäume wie die Ceibas, deren Stacheln es vor Feinden schützen, die nicht hinterherkommen: Schlangen, Sperber, Fuchs, Ozelot, Langschwanzkatze und Puma. Auf anderen Bäumen nascht es Nektar und Harz, auf dem es morgens herumkauert als wäre es Kaugummi. Wieder andere nutzt es, um Spinnen, Grillen, Eidechseneier und kleine Schnecken zu finden.

In der Gärtnerei mischen sie die Pflanzerde aus schwarzer Erde, Reishülsen, Kompost, Kuhdung und Asche von Bauernfamilien in der Gegend, die

noch mit Holz kochen. Obendrauf ins Beet kommt Sand, damit sich die Pflänzchen leicht herausziehen lassen, erklärt Luis Carlos González. Er ist 42, stammt aus San Juan – und will dort auch niemals weg, sagt er. Dort lebt er mit seiner Partnerin, die Kinder arbeiten und studieren in der Stadt. Seit acht Jahren ist er beim Projekt, immer schon in der Gärtnerei.

Früher war er Bauer, wie sein Vater. „Ich bin in den Bergen aufgewachsen und harte Arbeit gewohnt.“ Sie pflanzten Yamswurzeln, Maniok, Kochbanane, Avocado und hielten ein paar Kühe – typisch für die Region. Dafür rodeten sie ein Stück Land, etwa 50 Quadratmeter. „Bäume, die 15, 20 Jahre gewachsen waren ... für eine Maniokpflanze, die sieben Monate lang lebt“, sagt er. „Aber damals sahen wir das anders. Wir mussten überleben.“ Heute lebt er vom Gegenteil: Er zieht die Grundlage des künftigen Walds heran.

Der verschmitzte Schnauzbartträger ist eine kreative Allzweckwaffe in der Gärtnerei. Als er anfang, war dort, wo heute die Gärtnerei im Schatten junger Bäume liegt, nur karges Weideland. Mit Eisenstangen, Draht und Schattennetzen legte er die ersten Beete an.

In seiner Freizeit schweißt er, erzählt er. Damit unterstützt er seinen Vater, der ein Kleinunternehmen für Metallstühle besitzt. Er hat das Haus für den Kompost gebaut. Er hat sich die Titípostes ausgedacht: die Pfosten aus recycelten Pflanzplastiktüten, aus denen die Zäune und Hochbeete gebaut sind. Dort misst er mit Maßband und kräftigen Händen sorgfältig, wie hoch die Pflänzchen mittlerweile sind.

Lagerräume und eine gekühlte Saatgutbank gibt es heute auch. Dort lagert der Schatz: Etwa 100 Baumsamenarten, die sie hier in mühsamer Kleinarbeit hochzüchten bis zum Setzling. Mehr als 120 Pflanzenarten kennt er dank seiner Arbeit, sagt González. Sein Lieblingsbaum ist der Carreto (Aspidosperma polyneuron): „Mit ihm identifiziere ich mich. Ein starker Baum, den so gut wie nichts umwerfen kann.“

„Hier in der Gegend war es immer schon hart“, sagt Luis Carlos González. „Es gibt wenig Arbeit, die meisten sind Tagelöhner und gehen in die Berge für den Tag oder eine Woche.“ Da sind die festen Arbeitsplätze und Saisonarbeiten des Projekts Tití gefragt, das sich vor allem mit internationalen Spendengeldern und Förderungen, viel davon aus den USA, finanziert. „Eines Tages werden meine Kinder und ihre Kinder sehen, woran ich mitgearbeitet habe.“ Wenn der Wald gewachsen ist, nach etwa 15, 20 Jahren.

Das Lisztäffchen hat sich an die veränderten Bedingungen angepasst. Mittlerweile ist es auch im hohen Sekundärwald zu finden. Mit dem wachsenden Wald kehrt nicht nur das Äffchen zurück, sondern auch andere Tiere und Pflanzen. Vor Kurzem ging ihnen weit oben in den Bergen ein Puma in die Fotofalle. Auch der vom Aussterben bedrohte Blaulappenhokko (Crax alberti) wird dort inzwischen wieder gesichtet. Das langfristige Ziel: Korridore schaffen, über die sich Tiere und Pflanzen ausbreiten können.

Tatsächlich geht es um ein ganzes Ökosystem. Der kleine Affe mit der Punk-Frisur steht dafür als Symbol.

Kolumbien ist das vogelartenreichste Land der Welt, allein 240 Vogelarten sind im tropischen Trockenwald beheimatet. Auch mindestens 50 Säugetierarten leben hier. Die Gegend war lange Opfer des bewaffneten Konflikts zwischen Farc-Guerilla, Paramilitärs und staatlichen Sicherheitskräften, der auch an der Karibikküste wütete. Forscher:innen konnten nicht hinein. Deswegen werden hier noch viele unentdeckte Arten vermutet.

Die Mehrheit des Projektteams sind wie der Tití Vertriebene. Sie flohen vor dem Krieg in den Mon-

tes de María nach San Juan. Einigen blieb nichts anderes übrig, als Holz zu schlagen und zu verkaufen, um zu überleben. So ist die Geschichte des Waldes auch eine Geschichte der Menschen hier: Wer keine andere Möglichkeit hat, muss von dem leben, was der Wald hergibt. Wer eine andere Perspektive bekommt, kann anfangen, ihn zu schützen.

Auch der Affe bekam den Krieg zu spüren. Das Sondergericht für den Frieden (JEP) führt ihn in einer gemeinsam mit der Universität von Essex verfassten Studie als eine von 44 Arten, die wegen des bewaffneten Konflikts vom Aussterben bedroht sind. Als Hauptschuldigen nennt der Bericht die Farc-Guerilla. Aber es gab auch Jäger, die Affen fingen, Muttertiere töteten, um die Jungen zu verkaufen, erzählt Luis Carlos González. Er habe das vor rund 25 Jahre selbst mitansehen müssen. Auch die Stiftung musste vor Jahren ihren ersten Sitz in den Montes de María aufgeben. Heute ist er wieder in Betrieb.

Aber die Situation an der Karibikküste kann kippen. „Der bewaffnete Konflikt ist nie von hier weg. Es gibt Zeiten, da ist es ruhig. Und dann kocht es wieder hoch“, sagt Luis Carlos González.

Am Freitag hat der neue ultrarechte Präsident Abelardo de la Espriella sein Amt angetreten. Sicherheitspolitik mit harter Hand ist sein Hauptthema. Der „totale Frieden“ mit den verbliebenen bewaffneten Gruppen, den sich der linke Präsident Gustavo Petro auf die Fahne geschrieben hatte, ist gescheitert. Umweltschutz spielte im Wahlkampf keine Rolle. De la Espriella will Fracking erlauben und die artenreiche Orinoco-Region zum „kolumbianischen Mato Grosso“ ausbauen.

Die Direktorin des Titi-Projekts will abwarten. Der neue Umweltminister Fabio Arjona komme

„Ich will Landwirtschaft und Wald verbinden, ohne dem Wald zu schaden“

Edwin Enrique Castro, Mitarbeiter beim Projekt Tití

aus der Karibik und habe jahrzehntelange Erfahrung im Umweltschutz. Wenn de la Espriella die bewaffneten Gruppen bekämpfe, könnte das gut für den Umweltschutz und den Lisztaffen sein, meint Rosamira Guillén. Denn bewaffnete Gruppen nutzen auch Nationalparks für ihre Geschäfte. Sie schaffen dort Drogenkorridore, bedrohen Ranger und treiben Abholzung, Rinderzucht, Kokaanbau und illegalen Bergbau voran. Damit wird der Kampf gegen die bewaffneten Gruppen auch zum Kampf um den Wald.

Die Gärtnerei hat sich für den Verkauf von Pflanzen und Bäumen zertifizieren lassen. Bauern, die beim Kooperationsprogramm mitmachen, sollen künftig im Gegenzug auch Obstbäume für ihre Fincas bekommen. Geld gibt es bewusst keines. Stattdessen unterstützt das Projekt die Bauern ganz konkret: mit Solarpaneelen für Strom, Regentonnen und Pumpen für die Wasserversorgung, Zäunen zum Schutz der Hühner vor der zurückgekehrten Fauna und Bienenstöcken für die Imkerei. Auch Maultiere und Arbeitskraft mietet das Projekt von den Bauern.

Mittlerweile melden sich manche Bauern von alleine, weil sie Teil des Kooperationsprogramm werden wollen – sie haben dann gesehen, dass die Kühe des Nachbarn dicker sind dank der Zusammenarbeit mit dem Projekt. Und sie schlagen Alarm, wenn Unbekannte in den Wald kommen und womöglich jagen wollen.

„In unserem Land entstehen Umweltschäden, weil die Grundbedürfnisse der Menschen nicht befriedigt sind“, sagt Direktorin Rosamira Guillén. „Wenn du aber die Gemeinschaften unterstützt, ihre sozioökonomischen Probleme zu lösen, sind die Menschen deine besten Verbündeten.“



Dieser Artikel wurde möglich durch finanzielle Unterstützung des Recherchefonds Ausland e. V. taz.de/auslandsrecherche



Sophie Fichtner und Stefan Hunglinger stellen euch die bewegendsten Geschichten aus der wochentaz vor – und die Kolleg:innen dahinter. **Wöchentlich neue Folgen. Von Politik bis Popkultur.**

Jetzt Reinhören auf taz.de/podcasts

„Dadurch wird niemand sicherer“

Nach dem CSD-Anschlag wurde Queerfreundlichkeit als Vorwand für Rassismus benutzt, sagt Tarek Shukrallah. Vielen queere Menschen falle es deshalb schwer, zu trauern

Interview **Adam Schwedhelm**

taz: Tarek Shukrallah, vor knapp zwei Wochen beging ein Islamist einen Anschlag auf den Berliner CSD. Wie haben Sie die Debatte seitdem erlebt?

Tarek Shukrallah: Es hat wenige Stunden gedauert, dass CDU-Politiker:innen, die sonst Queers ihre finanzielle Unterstützung streichen, ihre Solidarität ausgedrückt haben. Es ist eine scheinbare Solidarisierung, die letztlich einem anderen Zweck zu dienen scheint.

taz: Welchem denn?

Shukrallah: Ich befürchte, dass vermeintliche Queerfreundlichkeit nun genutzt wird, um Rassismus zu legitimieren und härtere Gesetze zu fordern. Das macht es so schwierig, zu trauern, gerade für queere Menschen mit Rassismus-Erfahrungen. Wir möchten über Islamismus als Problem sprechen. Aber das Sprechen über Islamismus wird als Vorwand für Rassismus genutzt. Dadurch wird niemand sicherer. Dass Abschiebebehörden ausgebaut und Gesetze verschärft werden, macht keinen Menschen sicherer und macht auch keinen CSD sicherer.

taz: Was macht denn Menschen in Ihren Augen sicherer?

Shukrallah: Wenn Menschen tatsächliche Teilhabemöglichkeiten haben. Wenn Menschen die Möglichkeit haben, sich als Teil von dieser Welt zu verstehen und nicht darauf zurückgeworfen werden, dass sie sich um die letzten Brotkrumen bei Projektförderungen streiten müssen. Außerdem hilft ein Blick auf jene, die von der Gewalt betroffen sind: Wer sind denn die Opfer von rechtsextremer und islamistischer Gewalt? Das sind sehr oft Menschen of Color. Wer sind die trans Personen, die angegriffen werden im Alltag? Das sind überproportional Schwarze trans Frauen. Ihnen muss zugehört werden, auch dann, wenn sie nicht gerade Betroffene eines Anschlags waren.

taz: Der Täter des Anschlags war ein Islamist. In vielen anderen Fällen werden CSDs von Rechtsextremen bedroht. Was verbindet diese Ideologien miteinander?

Shukrallah: Was all die Täter verbindet, also rechtsextreme, islamistische, antifeministische Täter, ist, dass es Männer sind, die eine Form der autoritären Männlichkeit ausleben. Faschismus und Männlichkeit sind untrennbar miteinander verbunden. Ob die Opfer nun weiße cis Frauen sind, queere Menschen oder People of Color: Jede Abweichung wird geahndet durch eine autoritäre Männlichkeit. Aber diese autoritäre Männlichkeit lässt sich nicht verstehen, ohne die Entwicklung auf staatlicher Ebene in den Blick zu nehmen.

taz: Was meinen Sie damit?

Shukrallah: Wir erleben überall auf der Welt Prozesse patriarchaler Re-Souveränisierung. Das bezeichnet den Versuch von Männern, aber auch von Staaten, verlorene Kontrolle zurückzugewinnen. Also etwa Donald Trump, der trans Personen verbieten will, auf Toilette gehen zu können. Oder wenn hier in Deutschland die Einführung eines Personenregisters für trans Personen droht, die ihre Personenstandsänderung vorgenommen haben.

taz: Was können Queers tun, um sich gegen diesen Autoritarismus zu wehren?

Shukrallah: Kollektive Fürsorge. Wir müssen aus Communities und einer starken Zivilgesellschaft heraus für eine Gesellschaft streiten, in der alle Menschen ohne Angst verschieden sein können. Das ist eine Gesellschaft, in der Menschen sich entfalten können. Das ist keine Utopie, sondern eine Frage ökonomischer und sozialer Bedingungen.

taz: Wieso ist Fürsorge eine ökonomische Frage?

Shukrallah: Die Zivilgesellschaft und der Sozialstaat geraten derartig unter Druck, dass sie kaum noch handlungsfähig sind. Und das in einer Situation, in der die extreme Rechte sich vorbereitet, zu übernehmen. Wenn Programme wie „Demokratie leben“ oder das Jugendnetzwerk „Lambda“ stark abgebaut werden, sich dann aber ein Bundeskanzler plakativ solidarisiert mit den betroffenen Communitys eines queerfeindlichen Anschlags, dann ist das ein Problem.

„Ich bin der Auffassung, dass man Konsum und Verkehrssicherheit schwer unter einen Hut bekommt“:
CDU-Doppel-moral-Akrobat
Bareiß Foto: Elisa Schu/dpa



JU fordert Rücktritt von Crashfahrer Thomas Bareiß

Aufruhr im Zollernalbkreis: Nach den Drogenvorwürfen gegen den baden-württembergischen CDU-Bundestagsabgeordneten drängt die Parteijugend in dessen Wahlkreis auf Konsequenzen

Aus Karlsruhe **Benno Stieber**

Mit dem Staatsanwalt kommen die Rücktrittsforderungen: Nachdem vergangene Woche bekannt wurde, dass die Staatsanwaltschaft davon ausgeht, dass der baden-württembergische CDU-Bundestagsabgeordnete Thomas Bareiß bei einem Autounfall Mitte Juli unter Drogen gestanden haben könnte, folgen aus seiner Partei nun die ersten Rufe nach Konsequenzen.

So fordert die Junge Union in Bareiß' Wahlkreis Zollernalb den CDU-Mann auf, sein Bundestagsmandat zurückzugeben. Das wäre ein Zeichen des Respekts gegenüber den Wählerinnen und Wählern. „Ein Mandat im Deutschen Bundestag ist kein Besitzstand, sondern stellt in erster Li-

nie einen Vertrauensvorschuss der Wählerinnen und Wähler dar“, so die Parteijugend. „Diesen Vertrauensvorschuss hat Thomas Bareiß restlos verspielt.“

Die Staatsanwaltschaft Hechingen ermittelt unterdessen weiter gegen den Christdemokraten wegen des Anfangsverdachts der fahrlässigen Körperverletzung und Gefährdung des Straßenverkehrs. Zuvor hatte der Bundestag seine Immunität aufgehoben.

Die Vorwürfe wiegen dann auch schwer, zumindest für einen dezidierten Konservativen: Am 12. Juli war Bareiß' VW Tiguan auf der B27 zwischen Hechingen und Balingen mit einem Ford Fiesta zusammengestoßen, sein Wagen hatte sich überschlagen, Bareiß wurde schwer verletzt, auch die Insas-

sen des Fiesta mussten ins Krankenhaus. Bei einer Blutkontrolle waren nach Angaben der Staatsanwaltschaft synthetische Betäubungsmittel „in relevanten Mengen“ festgestellt worden.

Bareiß hatte in der vergangenen Woche in einer persönlichen Erklärung Fehler eingeräumt und angekündigt, nicht mehr als Vorsitzender seiner Partei für den Bezirksverband Württemberg-Hohenzollern zu kandidieren. Zudem wollte er die Parlamentspause für eine Auszeit nutzen, um sich seiner Gesundheit zu widmen. Zu seinem Bundestagsmandat hat sich der Abgeordnete noch nicht geäußert.

Das stößt der Parteijugend bitter auf. „Thomas Bareiß hätte in seiner Erklärung persönlich Größe beweisen und auch sein

Bundestagsmandat niederlegen müssen“, heißt es in der Erklärung der Jungen Union Zollernalb. Man sei vom langjährigen Vorsitzenden des Kreisverbands zutiefst enttäuscht und werde die Rücktrittsforderung auch über die Sommerpause „mit allem Nachdruck bekräftigen“.

Den Nachdruck erklärt der Kreisvorsitzende der Jungen Union, Paul Haigis, vor allem mit Bareiß' hartem Kurs gegen die Teillegalisierung von Cannabis. Als verkehrspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hatte Bareiß im April 2024 getönt, „dass man Konsum und Verkehrssicherheit schwer unter einen Hut bekommt“. Haigis fragt nun: „Wir haben viele sehr junge Mitglieder, wie soll ich denen das vermitteln?“

Noch steht die Junge Union Zollernalb mit ihrer Forderung allein. Baden-Württembergs CDU-Chef Manuel Hagel wie auch die Partei lehnten es ab, sich „zu laufenden Ermittlungen“ zu äußern. Auch in Bareiß' Wahlkreis üben sich andere Parteifreunde gegenüber den Medien in Zurückhaltung.

Das könnte auch daran liegen, dass die Region Zollernalb nicht mehr im Bundestag vertreten wäre, sollte Bareiß sein Mandat niederlegen. Nachrichten würde nach Angaben der Landeswahlleitung der Stuttgarter CDU-Abgeordnete Maximilian Mörseburg, der seinen Wahlkreis zwar direkt gewann, aber nach dem neuen Wahlgesetz nicht in den Bundestag einziehen durfte.

Die FAZ berichtet derweil, dass es in der Partei schon länger Gerüchte über persönliche Probleme von Thomas Bareiß gegeben habe, bis hin zu Spekulationen über Drogenprobleme.

Bareiß wäre der erste Abgeordnete, der wegen Drogenmissbrauchs sein Mandat niederlegt. Weder der Grüne Volker Beck, der 2016 mit Crystal Meth erwischt wurde, noch der frühere innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Michael Hartmann, der 2014 zugab, die synthetische Droge konsumiert zu haben, waren aus dem Bundestag ausgeschieden. Beide hatten nach dem Ende der entsprechenden Legislatur aber nicht mehr kandidiert.



Foto: privat

Tarek Shukrallah ist Politikwissenschaftler*in an der Uni Gießen. Shukrallahs Forschung beschäftigt sich mit Demokratie und Autoritarismus, intersektionaler sozialer Ungleichheit, und queeren sozialen.

Lina E. legt Verfassungsbeschwerde ein

Die Antifaschistin Lina E. wurde zuletzt in Beugehaft genommen, nun bestätigte der BGH die Maßnahme. Die Leipzigerin will jetzt weiter vor das Bundesverfassungsgericht ziehen

Von **Konrad Litschko**

Gerade mal sechs Wochen war Lina E. in Freiheit, dann endete diese wieder für sie. Ende Juni sollte die Leipzigerin als Zeugin in einem Prozess gegen sieben Antifaschist*innen in Dresden aussagen – und verweigerte die Aussage. Das Gericht verhängte daraufhin eine sechsmonatige Beugehaft, Lina E. wurde noch vor Ort festgenommen. Sie legte Beschwerde beim Bundesgerichtshof ein – der die Beugehaft nun aber bestätigte. Doch die 31-jährige wird auch dagegen vorgehen.

Bereits im Mai 2023 war die Antifaschistin vor demselben Dresdner Gericht zu gut fünf Jahren Haft verurteilt worden – wegen mehrerer schwerer Angriffe mit anderen Linken auf Rechtsextreme in Ostdeutschland ab dem Jahr 2018. Die Gruppe wurde später von Behörden als „Antifa Ost“ tituliert. Nach zwei Dritteln der verbußten Haft war Lina E. im Mai freigekommen. Dann aber wurde sie als Zeugin in den nächsten Prozess gegen Antifaschist*innen vorgeladen, darunter ihr früherer Partner Johann G. Ihnen wird ebenso vorgeworfen, an den Angriffen beteiligt gewesen zu sein.

Lina E. verweigerte jede Aussage. Sie ließ das ihren Anwalt Erkan Zünbül damit begründen, dass sie sich nicht in Gefahr bringen wolle, mit den Aussagen weitere Verfahren gegen

sich zu noch ungeklärten Taten auszulösen. „Wenn die Beugehaft der Druck ist, den Sie aufbauen wollen, dann werde ich dem standhalten“, erklärte sie dem Richter, der darauf die Beugehaft verhängte. Die damals sofort eingelegte Beschwerde gegen diese Maßnahme wies der Bundesgerichtshof nun zurück.

Zu den bereits verurteilten Taten hätte Lina E. aussagen müssen, erklärte das Gericht. Denn hierfür könne sie nicht ein zweites Mal verfolgt werden. Der BGH räumte zwar ein, dass Aussagen im Rahmen von kriminellen oder terroristischen Vereinigungen durchaus zu Verfahren für noch unbestrafte Taten führen können. Im Fall Lina E. fehle es dafür aber an konkreten Anhaltspunkten. „Bloße Vermutungen und spekulative Annahmen einer Verfolgungsgefahr genügen auch in einer solchen Konstellation nicht, um ein Auskunftsverweigerungsrecht, zumal ein umfassendes, zu begründen“, so das Gericht.

Lina E.s Anwalt Erkan Zünbül sagte am Freitag der taz, man werde gegen die Entscheidung Verfassungsbeschwerde erheben. „Die Entscheidung fügt sich aus unserer Sicht in eine bedenkliche Entwicklung ein, bei der rechtsstaatliche Verfahrensgarantien zunehmend eingeschränkt werden.“ Ein funktionierender Rechts-

staat messe sich nicht allein an einer effektiven Strafverfolgung, sondern ebenso an der konsequenten Wahrung der Rechte aller Verfahrensbeteiligten, so Zünbül. „Wir sind daher überzeugt, dass die aufgeworfenen verfassungsrechtlichen Fragen einer Überprüfung durch das Bundesverfassungsgericht bedürfen.“

Für Lina E. dauert die Beugehaft aber vorerst an. Auch zwei weitere Linke, die 2023 mit Lina E. verurteilt wurden, hatten im aktuellen Dresdner Prozess zuletzt die Aussage verweigert. Einem wurde dies wegen tatsächlich bereits laufender Verfahren gestattet. Gegen einen zweiten wurde ebenfalls Beugehaft verhängt. Ein dritter Mitverurteilter ist flüchtig.

In dem aktuellen Dresdner Prozess schweigen bisher auch alle der sieben Angeklagten zu den Vorwürfen. Zu Prozessbeginn verteidigten mehrere von ihnen in Erklärungen antifaschistisches Engagement. Ein Berliner Beschuldigter, Tobias E., hatte vor Gericht auch über seine menschenrechtswidrigen Haftbedingungen in Ungarn berichtet, wo er bereits inhaftiert gewesen war. Seinen Antrag auf Aufhebung der Untersuchungshaft lehnte das Gericht ab. Freigelassen wurde dagegen im April der Berliner Angeklagte Thomas „Nanuk“ J. – nachdem ein Kronzeuge, ein früherer Szenebekannter, einge-

räumt hatte, seine Vorwürfe gegen ihn seien nur Mutmaßungen.

Für Aufsehen sorgten zuletzt auch die Aussagen von sechs jungen Antifaschist*innen in einem weiteren Prozess in Düsseldorf. Auch ihnen werden schwere Angriffe auf Rechts-extreme vorgeworfen, im Februar 2023 in Budapest. Und auch sie hatten zunächst zu diesen Vorwürfen geschwiegen. Anfang Juli hatten sie dann überraschend eingeräumt, die verummten Personen zu sein, die auf Videobildern der Angriffe zu sehen sind – und ihr antifaschistisches Engagement verteidigt. Den Vorwurf des versuchten Mordes wiesen sie vehement zurück.

Solidaritätsgruppen für die Angeklagten hatten danach kritisiert, nicht vorab in die Erklärungen einbezogen worden zu sein und dass diese sich nur ans Gericht, nicht an die antifaschistische Bewegung gerichtet hätten. Andererseits zeigten die Gruppen auch Verständnis dafür, dass die Angeklagten ihre Erzählung selbst bestimmen wollten und mit den Erklärungen öffentlich womöglich ein breiteres Verständnis für Antifaschismus, auch militanten, schaffen könnten. „Trotz interner strategischer Differenzen lassen wir niemanden zurück“, wurde betont. Man fordere weiterhin die Freiheit der Angeklagten.

Männer im Überschuss

Der Wahl-O-Mat soll bei der Wahlentscheidung helfen. Was er nicht verrät: Der neue Landtag in Sachsen-Anhalt wird sehr männlich. Das wirkt sich auch auf die Politik aus

von David Muschenich

Wer wissen will, wie sich die Parteien in Sachsen-Anhalt öffentlich zu politischen Thesen positionieren, der kann sich seit heute wieder durch den Wahl-O-Mat klicken. In Häppchenform erklären die Parteien dort ihre Positionen anhand von 38 Fragen: Maßnahmen gegen die Klimakrise, sonntags geöffnete Geschäfte, Smartphones im Unterricht, Femizide in die Kriminalstatistik – oder nicht?

Doch womit sich der Landtag in Magdeburg in den kommenden fünf Jahren beschäftigt, hängt weniger an guten Absichten und mehr an seinen Abgeordneten. Was der Wahl-O-Mat nicht verrät: Die meisten werden voraussichtlich männlich sein. Das liegt maßgeblich an zwei Parteien: der AfD und der CDU.

In dieser Woche hat das Statistische Landesamt Sachsen-Anhalt die Listen der Bewerberinnen und Bewerber aller 16 antretenden Parteien ausgewertet. Demnach sind unter den 398 Kandidat:innen 291

Die größte Fraktion würde in diesem Gedankenspiel die AfD stellen. Auf den ersten zehn Listenplätzen der national-autoritären Partei steht keine einzige Frau. Aber bei einem Wahlergebnis von 41 Prozent könnte die AfD 38 Plätze in Anspruch nehmen. Davon würden 4 Plätze – 11 Prozent – durch Frauen besetzt. Gewinnt die AfD viele Direktmandate, würde das den Frauenanteil weiter drücken.

Insgesamt käme ein Landtag nach den aktuellen Umfragewerten auf einen Frauenanteil von 24 Prozent. Damit würde Sachsen-Anhalt im bundesweiten Vergleich auf den letzten Platz rutschen. Seit 2023 steht dort der Freistaat Bayern, mit kläglichem 25,12 Prozent.

Der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten in Sachsen-Anhalt, Sarah Schulze, ist das aber einen Schritt zu weit gedacht. „Das Wahlergebnis steht noch nicht fest“, betont sie gegenüber der taz. „Wie der nächste Landtag zusammengesetzt sein wird, entscheiden die Wählerinnen und Wähler am 6. September.“

Allerdings sei es aus gleichstellungspolitischer Sicht bedauerlich, dass bei dieser Wahl weniger antreten als bei der Landtagswahl 2021. „Frauen stoßen auf dem Weg in politische Ämter nach wie vor auf strukturelle Hürden“, erklärt Schulze. Ein politisches Ehrenamt mit Beruf und Familie zu vereinbaren, sei für sie zum Beispiel schwerer.

Doch das sei nicht alles. Schulze sagt: „Hinzu kommt, dass das politische Klima spürbar rauer geworden ist.“ Frauen, die sich politisch engagieren und öffentlich Position beziehen, seien überdurchschnittlich oft Ziel von Hass, Hetze und Einschüchterungsversuchen. Häufiger als Männer seien sie sexistischen oder sexualisierten Angriffen ausgesetzt. „Das kann Frauen davon abhalten, sich überhaupt politisch zu engagieren oder für ein Mandat zu kandidieren.“

Ziehen weniger Frauen in den Landtag ein, wirke sich das auch auf die Politik aus, sagt Schulze. „Je vielfältiger ein Parlament zusammengesetzt ist, desto eher finden diese unterschiedlichen Perspektiven Eingang in die parlamentarische Arbeit.“ Dazu zählten etwa der Schutz vor Gewalt gegen Frauen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und eine geschlechtergerechte Gesundheitsversorgung. „Ein geringer Frauenanteil birgt deshalb die Gefahr, dass diese Perspektiven in politischen Entscheidungen weniger Gewicht erhalten“, so Schulze.

Könnte der Männerüberschuss auf den Listen von CDU und AfD auch einfach Versuch sein, genderechte Sprache im Landtag überflüssig zu machen? Zumindest haben beide Parteien beim Wahl-O-Mat angegeben, dass sie Schreibweisen, die geschlechtliche Vielfalt mit Sonderzeichen abbilden, in Behörden verbieten wollen.



Der „Komiker“ Didi Hallervorden und CDU-Mann Sven Schulze monologisieren sich durch die Gesprächsreihe „Kunst braucht Freiheit“ Foto: Imago/Future Images

CDU setzt erstmals auf Kulturwahlkampf

Didi Hallervorden und Sachsen-Anhalts CDU-Ministerpräsident Sven Schulze haben verschiedene Meinungen. Aber darüber diskutieren sie nicht. Sie lachen lieber über Frauen

Aus Naumburg (Saale)
David Muschenich

Ministerpräsident Sven Schulze (CDU) lügt einmal auf die Bühne, bevor es losgeht. Noch sind die 112 Sitzplätze des Theaters in Naumburg leer. Die Kameras vom ZDF, der Deutschen Welle und der dpa stehen schon. Durch die geschlossene Tür dringt Stimmengewirr in den Theatersaal, in einer halben Stunde geht's los.

Bereits zum vierten Mal teilen sich dann der CDU-Spitzenkandidat Schulze und der Kabarettisten Dieter „Didi“ Hallervorden in diesem Wahlkampf eine Bühne. Wie in Magdeburg, Halle und Dessau ist auch diese letzte Veranstaltung in Naumburg ausgebucht. Doch nicht deshalb sorgte die kleine Tour bundesweit für Aufsehen. Stattdessen Palim-Palim-Sketches kritisierte Hallervorden in Sachsen-Anhalt in einem Lied Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) und seine Aufrüstungspläne. Ob das der CDU geholfen hat?

Wenige Minuten vor dem Einlass in Naumburg spricht Schulze hinter der Bühne in einem Interview über die aktuellen Umfragen. „Im Moment hat keiner eine Mehrheit. Ich hab sie nicht und der Hauptkonkurrent – die AfD – hat sie auch nicht.“ Kurz darauf strömt das Publikum auf seine Plätze. Den Abend moderiert wie bei den anderen Veranstaltungen Clara von Nathusius, Bundesvorstandsmitglied der Jungen Union und Influencerin.

Ohne große Umschweife beginnt Hallervorden zu singen, wie auch bei den vorherigen drei Veranstaltungen. Allerdings geht es dieses Mal nicht um Krieg, anderes als in Magdeburg, Halle und Dessau. Dort hatte der 90-jährige Hallervorden unter anderem gefordert, Merz (CDU) solle auf dem Mond kämpfen, wenn er

unbedingt wolle. „Stoppt den Völkermord in Gaza“, war auch in einem Video zu sehen, das Hallervorden einspielen ließ.

Franziska Hoppermann, die neue Generalsekretärin der Bundes-CDU distanzierte sich daraufhin öffentlich: „Es gibt keinen Völkermord in Gaza“, Hallervorden erwiderte, auf Bundesebene würde er auch keinen Wahlkampf für die CDU machen. Aber in Sachsen-Anhalt, bei Sven Schulze, sei das anders. Für den wolle er „sein kleines Gewicht“ in die Waagschale werfen, um die erste AfD-Regierung in Deutschland zu verhindern.

Schulze zeigte sich wiederum irritiert von der Debatte. Klar stimme er nicht in allem mit Hallervorden überein. Aber darum gehe es gar nicht. Der Titel laute „Kunst braucht Freiheit, nicht Kunst braucht Zustimmung“. Und durch eine AfD-Regierung sei eben jene Kunstfreiheit in Sachsen-Anhalt bedroht.

Dieses Mal in Naumburg an der Saale wünscht Hallervorden Kanzler Merz nicht auf den Mond. Stattdessen geht es ums Durchhalten bei Gegenwind. „Angepasst sein, fand ich immer fürchterlich.“ Er habe das Lied gewechselt, um die Debatte mit der Bundes-CDU herauszuhalten, erklärt Hallervorden danach.

Moderatorin von Nathusius findet das offenbar gut. Die 31-Jährige fragt die beiden Männer nach deren Erinnerungen an die DDR. Schulze war bei deren Ende 10 Jahre alt. Trotzdem erinnere er sich, wie vorsichtig seine Eltern damals gewesen seien. Hallervorden, in Dessau geboren, in den 50ern aus der DDR geflohen, sagt: „Wenn ich ordentlich was über Honecker gesagt hätte, wäre ich im Gefängnis gelandet. Und wenn ich heute was gegen Merz sage, komme ich ins Fernsehen.“

Schulze gesteht ein, dass die CDU „noch nie im Wahlkampf über Kunst gesprochen“ habe. Doch jetzt sei es relevant. „Ich

will niemals, dass aus der Staatskanzlei in Magdeburg heraus festgelegt wird, was hier gespielt werden darf und was nicht.“

Schon im April, als das Wahlprogramm der AfD die Runde machte, warnten Kulturinstitutionen in Sachsen-Anhalt vor der dort angekündigten politischen Einflussnahme. Nur noch patriotische Kultur wolle die national-autoritäre Partei fördern, steht im Programm. Zu den Unterzeichner:innen gehörte unter anderem das Bauhaus Dessau, das bereits vor hundert Jahren den Nazis ein Dorn im Auge war.

In Naumburg reihen Hallervorden und Schulze noch ein paar Redebeiträge aneinander. Dabei blitzen hier und da Meinungsunterschiede auf. Hallervorden äußert etwa Verständnis für den Angriffskrieg von Russlands Präsidenten Wladimir Putin auf die Ukraine. Der habe schließlich mit einer Erweiterung der Nato rechnen müssen. Schulze sagt

später, selbst wenn Putin sich bedroht gefühlt haben sollte, sei das kein Grund für einen Krieg. Hallervorden schaut Schulze an. Schmale Lippen. Diskussion? Die bleibt aus.

Dann finden Hallervorden und Schulze noch ein Thema, bei dem sie einer Meinung sind. Als von Nathusius den Kabarettisten um ein weiteres Lied bittet, antwortet der schelmisch grummelnd: „Ich hätte noch was anderes ... aber: Happy Wife, Happy Life“. Von Nathusius beginnt zu widersprechen, bricht den Satz jedoch ab. Wenig später sagt Schulze lachend: „Zu Hause bin ich nicht der Chef. Happy Wife, Happy Life, das gilt bei mir ganz besonders.“

Nach dem Auftritt zieht es das Publikum schnell hinaus aus dem mittlerweile aufgeheizten Theatersaal. Ein paar gehen zur Bar, andere direkt an die frische Luft. Sven Schulze gibt weitere TV-Interviews. Dieter Hallervorden posiert für Fotos mit Fans.

genossenschaft

Hartmut Idzko, Inken Behrmann

Genosse seit 2005, Genossin seit 2025

STAFFELSTAB

TRIFFT

MEILENSTEIN

Die taz lebt, weil ihr so seid wie wir: solidarisch.

Mit dem Generationenprojekt öffnen wir die Türen für junge engagierte Menschen, die in die Genossenschaft einsteigen wollen, denen aber das nötige Kapital fehlt. Ältere übernehmen dabei für sie den Anteil – und tragen so das Modell weiter, auf dem die taz beruht: gelebte Solidarität in einer generationen-übergreifenden Gemeinschaft.

Alle Infos unter: taz.de/generationenvertrag



kurzreisen

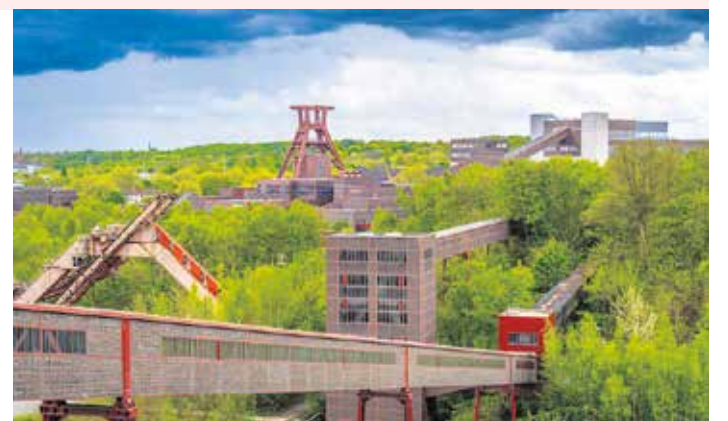
in Deutschland

Entdecken Sie gemeinsam mit engagierten taz-Reisenden interessante Orte und reizvolle Landschaften in Deutschland

Bochum/Essen (grünes Ruhrgebiet)

Ökologischer Umbau: per Rad über alte Erztrassen, mit Holger Pauler

16. bis 20. August 2026, 5 Tage, ab 820 €



Bremerhaven

plus Ausflug ins Krabbenfischerdorf Wremen, mit Lena Kaiser

25. bis 28. August 2026, 5 Tage, ab 960 €



Herrnhut (Oberlausitz)

nach Görlitz und Bautzen ins Land der Sorben, mit Sabine Seifert

7. bis 11. September, 5 Tage, ab 950 €



Chemnitz & Erzgebirge

nach Sachsen mit M. Bartsch: alte Industriekultur und neues Ringen um Demokratie

8. bis 12. September, 5 Tage, ab 920 €



taz.de/tazreisen

Gruppenreisen für
Individualist*innen

Eine andere Welt entsteht bereits

Das Weltsozialforum begann wegen Repression mit zwei Tagen Verspätung. Für die Organisatoren war es trotzdem ein Erfolg

Von **Helena Kreiensiek**

Es war ein Start mit Stolpersteinen. Eigentlich hätte das Weltsozialforum (WSF) am vergangenen Dienstag mit einer großen Parade beginnen sollen. Doch bis zum späten Mittwochabend war nicht klar, ob das größte internationale Treffen von zivilgesellschaftlichen Organisationen, Bewegungen, Gewerkschaften und Aktivisten überhaupt stattfinden würde. Dann gaben die Ausrichter der Veranstaltung bekannt, man habe sich mit der Regierung Benins einigen können, das WSF sei offiziell genehmigt.

Mit zwei Tagen Verspätung durften die Veranstaltungen auf dem offiziellen Gelände des Forums an der Universität Abomey-Calavi in Cotonou nun doch stattfinden. Mehr als 800 Organisationen aus 100 Ländern tauschten sich in 15 thematische Schwerpunkte aufgeteilt über die großen Kämpfe sozialer Bewegungen aus, darunter Klimawandel, Menschenrechte und Entkolonialisierung.

Das 2001 im brasilianischen Porto Alegre gegründete Weltsozialforum versteht sich als Gegenentwurf zum jährlich stattfindenden Weltwirtschaftsforum in Davos und dient als Raum für den Austausch über soziale Gerechtigkeit, Klimaschutz, Menschenrechte und alternative Wirtschaftsmodelle. Dabei geht es hauptsächlich um die Vernetzung und den Austausch von Erfahrungen. Verbindliche politische Beschlüsse werden dort nicht gefasst.

Im Vorfeld der mehrtägigen Konferenz fuhrten mehrere Bus-Karawanen mit insgesamt rund 400 Teilnehmenden aus aller Welt über drei Routen durch West- und Zentralafrika sowie die Sahelzone, um entlang der Strecke Werbung für die Anliegen des WSF zu machen. Kurz vor Benins Wirtschaftsmetropole Cotonou, dem Veranstaltungsort des 17. Weltsozialforums, stoppten jedoch Sicherheitskräfte die Karawane und schoben die Teilnehmenden nach Togo ab.

Warum die Behörden das machten, ist weiterhin unklar. Auch wurde Delegierten aus Haiti, Uganda, Finnland und Schweden, die die per Flugzeug anreisten, der Eintritt nach Benin verwehrt. Sie wurden direkt in den nächsten Flug in ihre Heimat gesetzt und erhielten erst in ihren Heimatländern ihre Pässe zurück.

Zwei Jahre lang war das diesjährige Treffen vorbereitet worden. Dass Cotonou als Austragungsort des 17. Weltsozialforums ausgewählt wurde, ist kein Zufall, so die Ausrichter. Die westafrikanische Region sei ein besonders dynamischer Schauplatz von sozialen Bewegungen und dem Widerstand gegen Landraub, die Folgen des Klimawandels, Rohstoffausbeutung und bewaffnete Konflikte. Zugleich entwickelten die Menschen hier eigene Antworten auf diese Probleme, die auf lokalem Wissen, Solidarität und der Verteidigung gemeinschaftlicher Rechte beruhten.

Eine Erklärung, warum Benins Regierung ihre Unterstützung kurz vor Beginn des WSF zunächst zurückzog, gab es bis zum Schluss nicht. Auch gab es keine Erklärung, warum die Karawane kurzerhand abgeschoben wurde. Während Benin lange als demokratisches Vorzeigeland Westafrikas galt, beklagten Menschenrechtsorganisationen zuletzt eine schrittweise Einschränkung des ihres Handlungsspielraums. So werden strengere Auflagen für Opposition und Medien, die Verfolgung politischer Gegner sowie eine wachsende Beschneidung grundlegenden Freiheitsrechte kritisiert.

Mit ihrem Vorgehen haben die Behörden in Benin viel Kritik auf sich gezogen. „Die Schwierigkeiten zeigen einmal mehr, wie sehr zivilgesellschaftliche Räume verteidigt werden müssen“, schreibt die deutsche Delegation beim Weltsozialforum in einer Stellungnahme. Die Ereignisse in Cotonou zeigten jedoch auch, dass eine andere Welt durch gemeinsames und solidarisches Handeln bereits entstehe.

Teilnehmende organisierten sich selbst, hielten Treffen ab und machten ihre Arbeit, berichtet Saliou Diouf von der senegalesischen Organisation Boza Fii. Die Organisation setzt sich für die Rechte von Migrantinnen und Migranten ein und wollte sich während des Forums mit anderen Akteuren vernetzen.

Statt auf vier Tage verteilt, wurde das Programm nun in drei Tage gequetscht. Dem Geist der Veranstaltung habe das jedoch keinen Abbruch getan. „Das Ziel des Forums ist es, Menschen über Ländergrenzen hinweg zusammenzubringen und den Austausch und die gegenseitige Unterstützung zu fördern“, erklärt Selina Wiredu vom bischöflichen Hilfswerk Misereor, die die Westafrika-Karawane begleitet hatte. Trotz der Stolpersteine sei dies erfolgreich passiert.

Zahl des Tages

44 Tonnen

Heiß, heißer, hirnverbrannt: Dahin führt die fehlgeleitete Diskussion über das Niedrigwasser. Statt mal ein Wort zur Klimakrise zu verlieren, will der neue Verkehrsminister Bilger zeitweise auch sonntags Lkw-Fahrten erlauben, einige Bundesländer griffen ihm umgehend vor.

Der Hauptverband des Deutschen Einzelhandels – der mit Güterschiffen sonst wenig zu tun hat – fordert nun gar mehr Galigner, und zwar für immer. Die Laster, die über 25 Meter lang und bis zu 44 Tonnen schwer sind, dürfen bislang schon viel zu viel umherfahren, aber noch nicht im Regelbetrieb. Sie gefährden alle anderen, vor allem die auf dem Rad und zu Fuß. Und die Infrastruktur (Brücken!) hält sie auch nicht aus. Geht’s noch?!

Rekord trotz Trump

Die Exporte kletterten im Juni auf Höchstwerte. Die Linke-Politikerin Ines Schwerdtner warnt aber vor einer falscher Zielsetzung

Von **Simon Poelchau**

Angeichts der jüngsten Außenhandelszahlen warnt Linke-Chefin Ines Schwerdtner vor zu viel Optimismus. „Gute Exportzahlen allein retten keinen Arbeitsplatz“, sagte die Politikerin der taz. Sie überdeckten die strukturellen Probleme der deutschen Wirtschaft nicht.

Zuletzt verkauften deutsche Firmen so viele Waren ins Ausland wie noch nie in einem Monat. Der Wert der Exporte stieg im Juni auf 139,3 Milliarden Euro. Das ist ein Plus von 6,6 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat. Insgesamt exportierten deutsche Firmen im ersten Halbjahr Waren im Wert von 816,6 Milliarden Euro. Da der Wert der Importe nur 711,6 Milliarden Euro betrug, lag das deutsche Plus im Außenhandel bei 105 Milliarden

Euro und war damit im Vergleich zum 1. Halbjahr 2025 nahezu unverändert.

Der Grund für den Export-Aufschwung: Deutschland verkaufte besonders viel an die Nachbarn innerhalb der EU. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum stiegen die Ausfuhren nach Frankreich, Österreich und anderen um 7,5 Prozent. Dies konnte die schlechte Entwicklung im Handel mit den Vereinigten Staaten und China kompensieren. Im ersten Halbjahr brachen die Exporte in die USA um 5,8 und nach China um 12,3 Prozent ein. Hier leidet die exportorientierte deutsche Industrie unter den Zöllen von US-Präsident Donald Trump sowie einer als „China-Schock 2.0“ bezeichneten verschärften Konkurrenz aus Fernost.

So sieht Schwerdtner die jüngsten Erfolgsmeldungen aus

dem Außenhandel auch kritisch: „Die starke Exportorientierung ist selbst Teil des Problems, wenn gleichzeitig die Binnennachfrage schwach bleibt und Deutschland in wichtigen Branchen technologisch an Boden verliert“, erklärt die Politikerin. Entscheidend sei außerdem, was von der wirtschaftlichen Erholung bei den Beschäftigten ankommt. „Seit Monaten gehen Tausende Industriearbeitsplätze verloren“, so Schwerdtner.

In diesem Zusammenhang warf die Politikerin der Bundesregierung auch ein Versagen in der Wirtschaftspolitik vor: „Die Bundesregierung hat weder einen Plan, um Industriearbeitsplätze zu sichern, noch eine Strategie für die Wirtschaft von morgen“, so Schwerdtner. Am Ende badeten die Beschäftigten diese Planlosigkeit aus.



„Bislang nur eine vage Bedrohung“: Ölbohrschiff des Staatskonzerns Petrobras
Foto: Pilar Olivares/reuters

Angst vor dem großen Unfall

Lula will Brasiliens Energiewende mit Einnahmen aus der Erdölförderung am Amazonas finanzieren. Doch es gibt Widerstand

Aus Salvador
Christine Wollowski

„Der Fluss ist unsere Lebensgrundlage“, sagt Ediane Tavares, „wir ernähren uns von Fischen, verkaufen Fische und duschen im Flusswasser. Was bliebe uns, wenn hier Rohöl auslaufen würde?“ Ediane Tavares lebt in einer Fischergemeinde auf der Flussinsel Marajó in der Amazonasmündung im Norden Brasiliens.

Gerade erst haben die staatlichen Behörden Erfolge beim Schutz des Amazonasgebiets gemeldet. Da geht es um Abholzung und Waldbrände des Regenwalds. Erstere ist so niedrig wie seit einem Jahrzehnt nicht mehr, zwischen August 2025 und Juli 2026 wurden rund 36 Prozent weniger Bäume gefällt als in den zwölf Monaten zuvor. Die Fläche, auf der es in diesem Jahr bislang gebrannt hat, ist 80 Prozent kleiner als die des Vorjahres. Aber die Bedrohung geht noch von einer anderen Seite aus. Präsident Lula ist mit dem Versprechen angetreten, das Klima zu schützen, zugleich will er aber Ölvorkommen in der Nähe der Amazonasmun-

dung erschließen. Mit den Einnahmen soll wiederum die grüne Energiewende finanziert werden.

Das Internet auf Marajó ist wackelig, der Strom fällt regelmäßig aus. Edianes Haus aus Holzbohlen steht an einer einsamen Sandbucht, gelegentlich vermietet sie ein Zimmer an Urlauber, die es romantisch finden, wie sich der Vollmond im stillen Wasser spiegelt. Im November hat der halbstaatliche Konzern Petrobras in der Gegend Probe-

„Seit die COP30 vorbei ist, achtet die Öffentlichkeit weniger auf dieses Thema“

Sueli Miranda, CPP-Sekretärin

bohrungen zur Erdölförderung aufgenommen. Fischer treffen seitdem immer öfter Petrobras-Schnellboote auf offenem Meer. „Bislang sind sie nur eine vage Bedrohung“, sagt Tavares, „aber wir haben Angst vor einem Unfall, der unsere Lebensgrundlage zerstören könnte.“

Vergangene Woche hat die Lehrerin an einem Treffen mit Fischern und Muschelsammle-rinnen aus ganz Brasilien teilgenommen. Organisiert hat das die CPP, eine katholische Pasto-rale, die unter anderem vom katholischen Werk für Entwicklungszusammenarbeit Misereor finanziert ist. Sueli Miranda, die Sekretärin des Regionalbüros Nord sagt: „Seit die COP30 vorbei ist, achtet die Öffentlichkeit weniger auf dieses Thema, und die Regierung will die Bohrungen weiter vorantreiben. Die FischerInnen müssen sich zusammenschließen, um überhaupt mit der öffentlichen Hand ins Gespräch zu kommen.“

Entgegen den Empfehlungen eigener technischer Gutachter hatte die Umweltbehörde Ibama die Bohrungen in einem ökologisch besonders sensiblen Gebiet im vergangenen Oktober genehmigt. Der Konzern habe Erfahrung mit Tiefseebohrungen, hieß es damals, Unfällen sei vorgebeugt. Tatsächlich hat der Konzern seit 2020 laut dem Sender Deutsche Welle 1.700 Bußbescheide für Umweltsünden kassiert. Im Januar liefen

bei einem Unfall im Amazonas-becken etwa 160 Kilometer von der Küste entfernt bis zu 18.000 Liter einer Bohrflüssigkeit aus, die vom Konzern als „ungefährlich“ bezeichnet wurde. Ibama stoppte die Bohrungen für 30 Tage und verhängte ein Bußgeld von 2,5 Mio Reais, weil die Substanz toxisch für Pflanzen und Tiere sei.

Die „Schlamm“ genannte Flüssigkeit „enthält außer toxischem Diesel auch Bariumsulfat, das auf dem Meeresboden giftiges Barium freisetzen kann“, erklärt der Ozeanologe und Umweltschützer Gustavo Moura aus Belém. Der ursprüngliche individuelle Notfallplan, den Ibama genehmigt hat, sehe keine Maßnahme vor, die verhindern würde, dass ausgelaufene Flüssigkeiten den Meeresboden erreichen. „Der Schlamm agiert bis heute dort und wir wissen nicht, wann die Toxizität sich abbaut.“

Seit Februar bohrt die Petrobras wieder im Block 59: Die Regierung hat zwar erklärt, der Ausbau der Erdölförderung im Amazonasbecken sei notwendig, um Geld für den nachhaltigen Umbau zu generieren. Aber es ist nicht einmal bekannt, welche Erträge im Block 59 erwartet werden, die endgültige Tiefe soll erst in diesem Monat erreicht werden.

Gleichzeitig hat Brasilien im Juni mit 4.475 Millionen Barrel so viel Erdöl gefördert wie noch nie. In Pelotas im Süden des Landes ist 2024 ein Erdölvorkommen von geschätzt 15 Milliarden Barrel entdeckt worden, im März wurden bedeutende Funde im Pre-Sal in Campos vermeldet. Sind die Bohrungen in der Nähe des großen Amazonaskorallenriffs also wirklich notwendig?

Die Bundesstaatsanwaltschaft hatte Ibama bereits im Februar nahegelegt, die Bohrgenehmigung bis zur Vorlage umfassender Studien aufzuheben. Moura fragt: „Wie viele neue Bohrlöcher sind denn konkret zur Energiewende nötig? Wann können wir aufhören, neue Bohrungen einzuleiten?“ Der nationale Fahrplan zum Ausstieg aus fossilen Energien könnte solche Antworten geben. Doch das von Präsident Lula bis Februar eingeforderte Dokument liegt bislang noch nicht vor. Ediana Tavares sagt: „Bei unserem Treffen habe ich Berichte von FischerInnen gehört, die nach Ölunfällen Haut- und Krebserkrankungen bekommen haben. Wir können die nächsten sein. Aber noch lässt sich hier im Amazonasbecken das Schlimmste verhindern.“

Zu wenig Fluss für zu viele Wünsche

Der alte Traum vom grenzenlosen Westen kollidiert am Colorado River mit der Dürre. Während in Cave Creek nur abgewartet wird, zeigt Phoenix neue Wege auf

Aus New York **Sebastian Moll**

Shawn Kreuzwiesner wirkt erstaunlich gelassen. Der drahtige Mittfünfziger lehnt sich in seinem Bürostuhl in der Stadtverwaltung von Cave Creek, einem 5.000-Seelen-Ort in der Wüste von Arizona, zurück und zeigt auf die Versorgungskarte seiner Gemeinde. Sie ist übersät von blauen und grünen Punkten, die zeigen, woher die einzelnen Anwesen ihr Wasser beziehen: Blau ist die Hauptwasserversorgung aus einem Kanal, der das Wasser des Colorado River abzweigt, grün sind wild gebohrte Grundwasserbrunnen.

Eigentlich müsste Kreuzwiesner in Panik verfallen. Denn 90 Prozent des wohlhabenden Ortes, der zu einem Großteil aus großzügigen Villen im Wildweststil besteht, bezieht das Wasser aus dem Colorado. Und die US-Bundesregierung hat gerade einen Plan zur Neuverteilung des Flusswassers veröffentlicht, demgemäß Arizona rund 80 Prozent weniger zusteht als bislang. Cave Creek hätte über Nacht ein massives Problem. „Die Pferdekoppeln und Pools der Ranches müssten erst einmal verschwinden“, sagt Kreuzwiesner.

Natürlich weiß der Versorgungsdezernent von Cave Creek, der vorher in einer ähnlichen Position in der Großstadt Tucson gearbeitet hat, dass die Katastrophe nicht über Nacht eintritt. Der neue Plan für den Colorado soll Ende des Jahres in Kraft treten. Bis dahin wird es Klagen geben. Klagen einzelner Gemeinden und Städte und vor allem Klagen der Staaten des unteren Colorado Basins – Arizona, Nevada und Kalifornien –, die von den Kürzungen am stärksten betroffen sind.

Außerdem hat Kreuzwiesner selbst für den Extremfall einen vorläufigen Plan: Es werden drastische Sparmaßnahmen verordnet. Und die rund 30 Kilometer südlich liegende Stadt Phoenix, die weit besser vorgesorgt hat, hat bereits Hilfe zugesagt.

Dennoch drängt die ange drohte Neuverteilung des Colorado-Wassers die Menschen hier akut dazu, sich mit einer Frage zu beschäftigen, die sie seit langer Zeit zu vermeiden suchen. Die sieben Staaten entlang des Colorado – neben Arizona, Kalifornien und Nevada auch Neu Mexiko, Utah, Wyoming und Colorado – sind komplett von dem Fluss als Lebensader abhängig. Sie haben eine Bevölkerung von 40 Millionen Menschen.

Der Colorado hat jedoch schon lange nicht mehr genügend Wasser für so viele Menschen. Die Region befindet sich seit 15 Jahren in einer Dürreperiode, wie es sie hier seit 1.200 Jahren nicht mehr gegeben hat. Am größten Stausee des Colorado, dem Lake Mead, ist der um mehr als 20 Meter gesunkene Wasserpegel an Salzrändern an den Felsen rundum abzulesen. Kein Experte rechnet mehr damit, dass der See je wieder die alte Höhe erreicht. Die Turbinen am Hoover Dam haben jetzt schon nicht mehr genügend Wasser, um sich zu drehen.



„Badewannenrand“: mineralhaltige Ablagerungen markieren die früheren Wasserstände des Lake Mead, Nevada (USA) Foto: Caroline Brehman/reuters

Diese Dürre ist nicht vorübergehend. Die Wasserknappheit wird bleiben. Deshalb ist die zuständige Bundesbehörde, das Bureau of Reclamation, nun gezwungen den mehr als 100 Jahre alten Verteilungsschlüssel für das Colorado-Wasser den neuen Realitäten anzupassen.

So steht die Mega-Region an einem Scheideweg. Wie die Gemeinde Cave Creek muss die gesamte Hochwüste von den Rocky Mountains bis an den Pazifik rasch und radikal ihre Lebensgewohnheiten ändern. Sonst droht ein Mad-Max-artiges Szenario von Geisterstädten, von absinkenden Böden über einem entwässerten, ausgehöhlten Grund und mit dem Sterben einer Landwirtschaft, die mehr als die Hälfte des Obstes und Gemüses der USA produziert.

Das Tragische an der jetzigen Krise ist, dass sie lange vorhersehbar war. Im Grunde war sie bei der Besiedlung des Westens von Anfang an angelegt.

Als zu Beginn des 20. Jahrhunderts der amerikanische Westen durch die Eisenbahn und die Urbanisierung rasant wuchs, schlossen die sieben Staaten einen Vertrag, wie das Wasser des Colorado verteilt werden sollte, den „Colorado River Compact“. Doch der Vertrag, der sogenannte, war von Beginn an zu optimistisch.

Auf die sieben Bundesstaaten wurden 16,5 Millionen „acre feet“ verteilt, die Wassermenge, die dazu nötig ist, einen US-amerikanischen Acre – rund ein Drittel eines Fußballfeldes – einen Fuß tief, also etwa 30 Zentimeter unter Wasser zu setzen. So viel Wasser hatte der Fluss in den Jahren vor dem Vertragsab-

schluss geführt. Doch es waren außerordentliche nasse Jahre, schon wenig später gab der Fluss diese Menge nicht mehr her.

Parallel dazu erfuhr der Südwesten eine Bevölkerungsexplosion, wie sie 1922 niemand hätte voraussehen können. Als etwa im Sun Valley, dem zentralen Tal von Arizona, Theodore Roosevelt den Salt River anstauen ließ, rechnete er damit, dass er die Versorgung für 100.000 Menschen sichern

„Die Leute denken nur an sich selbst und an das Hier und Jetzt“

Solange Whitehead,
demokratische Stadtverordnete

würde. Das Tal, das sich rund 100 Kilometer weit zwischen den McDowell Mountains, den Superstitions und den White Tank Mountains erstreckt, beheimatet heute jedoch eine gigantische urbane Region mit knapp fünf Millionen Menschen, die sich auf die Städte Phoenix, Tempe und Tucson verteilen.

Und der Boom im Valley reißt nicht ab. Nachdem ab den 70er Jahren vorwiegend wohlhabende Pensionäre des Klimas und der vergleichsweise geringen Lebenshaltungskosten wegen hierherzogen, zieht vor allem der Großraum Phoenix heute die Technologie- und die Rüstungsindustrie an. Halbleiter-Produzenten und Hardware-Hersteller für sensible Waffentechnik haben das Gebiet entdeckt und eine ganze Kultur

junger Tech-Arbeiter und Start-ups mit sich gebracht.

Sie alle folgen noch immer dem alten Versprechen des Westens – der offenen „Frontier“, eines unberührten Landes mit unbegrenzten Ressourcen und Möglichkeiten. Zu dieser amerikanischen Vision der Terra Nullius passt es auch, dass indigene Nationen im Colorado River Compact von 1922 überhaupt nicht vorkamen. Es war so, als existierten sie nicht. Erst in den vergangenen 50 Jahren gelang es ihnen nach und nach, ihre Anteile am Colorado River-Wasser einzuklagen.

Heute hat das Valley genügend Wasser für seine fünf Millionen Bewohner, weil in den 70er Jahren ein 200 Kilometer langer Kanal durch das Tal gebaut wurde, der das Wasser des Flusses von der Grenze zu Kalifornien in die Mitte des Staates bringt. Durch die Betonwanne des Central Arizona Project fließen jährlich 1,4 Billionen Liter, das Äquivalent von knapp einer halben Million olympischer Schwimmbecken.

Sollte der jetzige Plan der Trump-Regierung in Kraft treten, würde über Nacht der Wasserstand in dem großen Kanal drastisch absinken, der mitten durch das Tal führt. Arizona hätte den größten Anteil an den Kürzungen der Colorado-Kontingente. Eine akute Notlage, die manche im Valley noch immer nicht wahrhaben wollen.

Die Gemeinde Scottsdale etwa, der reiche Nachbar von Phoenix, den man auch das „Beverly Hills von Arizona“ nennt, hat gerade aus seinem neuen Haushalt 300 Millionen US-Dollar wieder gestrichen,

die für eine Abwasseraufbereitungsanlage geplant war. Dabei hängt Scottsdale zu 70 Prozent vom Wasser des Colorado ab, die Kürzungen hätten hier wie in Cave Creek dramatische Auswirkungen.

Doch anstatt alles dafür zu tun, die Unabhängigkeit vom Colorado voranzutreiben, marschiert das republikanisch regierte Scottsdale in die andere Richtung. Die demokratische Stadtverordnete Solange Whitehead, die sich für die Wasseraufbereitung einsetzt, wurde in einem Video-Clip als „Kloaken-Solange“ verspottet. Ihre politischen Gegner hielten ein Glas ungeklärtes Wasser hoch und sagten: „Die Linken wollen euch zwingen, das zu trinken.“ Das Projekt der neuen Anlage wurde „Von der Toilette zum Wasserhahn“ getauft.

Whitehead macht das ver-rückt. „Die Leute denken nur an sich selbst und an das Hier und Jetzt. Sie stecken einfach den Kopf in den Sand.“ Dass die Ressourcen im Südwesten knapp sind, dass man aufhören muss, Raubbau an der Natur zu treiben, wolle einfach nicht in die Köpfe hinein.

In der Nachbarstadt Phoenix macht man es besser. Die neue

Abwasseraufbereitungsanlage für 330 Millionen US-Dollar steht kurz vor der Fertigstellung. Die 1,5-Millionen-Einwohner-Stadt hat in nassen Jahren große unterirdische Wasserreserven angelegt. Und sie verbraucht heute weniger Wasser als in den 50er Jahren, als gerade einmal 360.000 Menschen hier lebten. Selbst wenn der neue Plan der Bundesregierung umgesetzt wird, hat Phoenix noch genug Wasser, um umliegenden Gemeinden wie Scottsdale und Cave Creek auszu helfen.

So macht das Beispiel von Phoenix Hoffnung. Die demokratische Bürgermeisterin Kate Gallego führt unter anderem eine Kooperation der Gemeinden von Arizona an, die durch einen Austauschplan die Versorgung sicherstellen soll. Parteizugehörigkeit soll dabei keine Rolle spielen.

Ob Arizona und der gesamte Südwesten rechtzeitig die Kurve zur Nachhaltigkeit schaffen, ist dennoch alles andere als sicher. Die Zeit läuft der Region davon – und somit den gesamten USA. Ein Dahinsinken einer der produktivsten und innovativsten Gegenden des Landes hätte unvorstellbare Folgen.

Auf dieser Seite
finden Sie jeden Montag
Geschichten rund
um die Klimakrise



Die Welt verstehen.
Immer dienstags,
mit dem taz-Newsletter.

taz.de/newsletter



Anzeige

Der Kampf um die Vorherrschaft ist wieder entflammt

Im Jemen greift die Iran-unterstützte Huthi-Miliz die Nationalen Widerstandskräfte an. Diese stehen der international anerkannten Regierung und Saudi-Arabien nahe

Von **Najm Aldain Qasem**

In den frühen Morgenstunden des Sonntags wird die jemenitische Hafenstadt Mokka am Roten Meer von einem der schwersten Raketenangriffe seit Jahren getroffen. Die Huthi-Miliz feuerte mehr als zehn ballistische Raketen auf den Hafen und Stellungen der sogenannten Nationalen Widerstandskräfte ab. Dabei handelt es sich um eine Art Miliz, die der international anerkannten Regierung und Saudi-Arabien nahesteht. Ihr Gründer ist Tareq Saleh, Mitglied im Präsidialrat, dem Regierungsgremium des Jemen. Laut der Gruppe trafen die Raketen zivile Einrichtungen im Hafen sowie Kraftwerke, sieben Menschen wurden getötet, etwa 35 verletzt.

Im Jemen gibt es grob zusammengefasst zwei Lager: Die Iran-unterstützte Huthi Miliz steht auf der einen Seite. Sie nahm Mitte der 2010er Jahre große Teile des Westjemen ein. Auf der anderen Seite stehen die Regierung und verschiedene Anti-Huthi-Milizen, darunter eben die Nationalen Widerstandskräfte. Sie bilden keine geeinte Front, sondern haben unterschiedliche Vorstellungen davon, wie ein von der Huthi-Kontrolle befreiter Jemen aussehen sollte.

Die Nationalen Widerstandskräfte halten ein kleineres Gebiet im südwestlichen Jemen: Die Küste von Mokka bis hinauf an die Außenbezirke von Hodeidah, das wiederum von den Huthis kontrolliert wird. Seit Ende Juli blockieren die Huthis den Verkehr von Schiffen mit Bezug zu Saudi-Arabien durch die Meerenge Bab al-Mandab. Und zwischen dem Kerngebiet der Huthis und Bab al-Mandab liegt das von den Nationalen Widerstandskräften kontrollierte Gebiet.

Die Gruppe stellt also das größte Hindernis für die Kontrolle der Huthis über die Meerenge dar. Sie hat Berichten zufolge bereits mehrere mit Sprengstoff beladene Drohnenboote zerstört, welche die Huthis zuvor auf Handelsschiffe losgeschickt hatten.

Der Beschuss von Mokka durch die Huthis war wohl eine Reaktion auf einen vorangegangenen Angriff der Streitkräfte der Regierung, bei der eine Kommandozentrale der Huthis südlich der Stadt Hodeidah zerstört wurde. Dieser Angriff auf Hodeidah folgte wiederum auf eine Attacke der Huthi-Miliz in Saudi-Arabien, zum zweiten Mal innerhalb kurzer Zeit. Getroffen wurde eine Raffinerie von Aramco, größte Erdölfördergesellschaft der Welt und zum Großteil im Besitz des saudi-arabischen Staates. Die Eskalationsspirale ist derzeit also in vollem Gange.

Die jemenitischen Regierungstruppen betonen, sie würden lediglich reagieren und die Kämpfe nicht ausweiten. Die Regierung erklärt, sie wolle nicht in einen regionalen Konflikt hineingezogen werden.

Den Preis für die Eskalation zahlt auch die Zivilbevölkerung: Bei Angriffen der Huthis auf das Gebiet Marib wurden laut dem Gesundheitsministerium zwei Zivilisten getötet, 14 verletzt. Marib befindet sich neben der von den Huthis kontrollierten Hauptstadt Sanaa und beherbergt über eine Million Binnenvertriebene.

In Hodeidah warf ein Menschenrechtsbüro den Huthis vor, Dutzende Familien aus Dörfern südlich von al-Jarrahi und Jabal Ras gewaltsam vertrieben, ganze Dörfer geräumt und sie in Kasernen und Waffenlager umgewandelt zu haben. Den Bewohnern seien nur wenige Stunden Zeit zum Verlassen der Orte gegeben worden. Der stellvertretende Direktor Ghalib al-Qudaimi bezeichnete dies als „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“.

Die Huthis wiederum zahlen für die Eskalation ihren eigenen Preis. Seit Juli sollen Berichten zufolge etwa 32 Menschen bei Explosionen vor dem Abschuss von Raketen ums Leben gekommen sein; 26 Mitglieder ihrer Raketenstreitkräfte jüngst beim Zusammenbau von Raketen in einem Tunnel westlich von Sanaa.

Adnan al-Jabrani, Experte für die Huthis, sagt, die Gruppe „versucht, den Kampf noch vor seinem Beginn mit Raketen und Drohnen zu entscheiden“. Doch diese Waffen verlören auf kurze Distanz ihren Wert, sie seien für einen Krieg außerhalb des Jemen entwickelt worden, nicht mit Kräften im Land. Diesmal schätzten die Huthis ihre Gegner falsch ein, sagt er.

Übersetzung: Lisa Schneider

Mecca-Agreement gegen die Regionalkrise

Saudi-Arabien, Pakistan und die Türkei wollen sich künftig in allen Verteidigungslagen beistehen. Die Bedrohung sitzt in Teheran – aber nicht nur

Von **Mathias Brüggmann**

Die Welt im Nahen Osten ordnet sich neu. Ausgerechnet in der für den Islam heiligen Stadt Mekka haben Saudi-Arabien, die Türkei und Pakistan ein für die Region völlig neues Sicherheitsabkommen geschlossen: das Mecca Defence Agreement. Damit ergänzen sich drei Mittelmächte: Saudi-Arabien verfügt als größter Ölstaat am Golf über gewaltige Geldreserven, Pakistan als einziges islamisches Land über Atomwaffen und die Türkei stellt die zweitgrößte Nato-Armee und ist bedeutende Rüstungsproduzentin.

Der Pakt ist eine Reaktion auf die eskalierende Regionalkrise seit dem US-israelischen Angriff auf Iran am 28. Februar und den folgenden iranischen Vergeltungsschlägen auf arabische Golfstaaten. Vor allem Riad nimmt zur Kenntnis, dass die USA nicht mehr die Schutzmacht für die arabischen Golfstaaten sind. Das Vertrauen in die Vereinigten Staaten sei bereits mehrfach „erschüttert“ worden, sagt Andreas Reinicke, Direktor des Deutschen Orient-Instituts: „Diese Ursprungsidee,

die Amerikaner verteidigen den Golf, ist im Grunde genommen ad acta gelegt. Man braucht etwas Neues“, so der frühere EU-Sonderbeauftragte für den Friedensprozess im Nahen Osten.

Der Text des Abkommens ist bisher nicht öffentlich. In einer gemeinsamen Erklärung zu den gegenseitigen Verteidigungsgarantien heißt es, diese seien darauf ausgerichtet, „die kollektive Abschreckung gegen jegliche Aggression zu stärken“. Es werde festgelegt, „dass jeder bewaffnete Angriff gegen einen der drei Staaten als Angriff gegen alle drei Staaten angesehen wird“. Weiter heißt es darin: „Das Abkommen sieht die Stärkung aller Aspekte der Verteidigungszusammenarbeit zwischen den drei Staaten vor.“ Es seien gemeinsame Manöver, Austausch von Geheimdienstinformationen, Kooperation in Rüstungsfragen und andere Punkte geregelt, heißt es in regierungsnahen Medien der drei Unterzeichnerstaaten. Nach Angaben der beteiligten Länder steht der Beitritt auch anderen Staaten wie Ägypten und Katar offen.

Vor allem Saudi-Arabien will sich gegen Angriffe aus Iran

und der von Teheran unterstützten Huthi-Miliz im Jemen schützen. Beide attackieren derzeit außerdem das Ölexportgeschäftsmodell des Landes: Iran blockiert die Straße von Hormus, die Huthis die Meerenge Bab al-Mandab, die Riad als Alternativroute durch das Rote Meer dienen soll und am Jemen vorbei verläuft. Durch die Straße von Hormus werden normalerweise ein Fünftel der globalen Öl- und ein Viertel der Flüssiggasexporte verschifft.

Teheran kritisierte den neuen Pakt gleich: „Die Saudis sollten wissen, dass ein Abkommen auf dem Papier mit der Türkei und Pakistan ihnen keine Sicherheit bringen wird, genauso wenig wie ihnen jahrelanges einseitiges ‚Ausbeuten‘ durch die Amerikaner Sicherheit gebracht hat“, schrieb Ebrahim Rezaei, Mitglied des Auswärtigen Ausschusses im Parlament, auf der Plattform X. „Ändert eure Politik, damit ihr nicht bei anderen um Sicherheit betteln müsst.“

Saudi-Arabien, die Führungsmacht des sechs arabischen Golfstaaten umfassenden Gulf Cooperation Councils und wirtschaftlich wichtigstes Land der

Region, geht mit dem Abkommen einen anderen Weg als Nachbar Vereinigte Arabische Emirate. Diese hatten in der ersten Amtszeit des US-Präsidenten Donald Trump gemeinsam mit weiteren Ländern der Region die sogenannten Abraham Accords geschlossen – ein Kooperationsabkommen mit Israel.

Aus Israel kam bereits scharfe Kritik an dem neuen Dreierpakt: Naftali Bennett, ehemaliger israelischer Premier, sagte, „die Türkei ist der neue Iran, und Ankara versucht, Saudi-Arabien gegen Israel aufzubringen und eine feindselige sunnitische Achse mit dem atomar bewaffneten Pakistan zu bilden“. Solche Äußerungen – und auch der Angriff Israels auf eine Delegation der Hamas in Katar im vergangenen September – tragen dazu bei, dass einige Golfländer Israel als wachsende Bedrohung in der Region wahrnehmen. Der in Riad ansässige Analyst Masoud Alfak meint, „das vorrangige Ziel besteht darin, die regionale Sicherheit und Stabilität zu fördern, anstatt Konfrontationen zu suchen oder sich an Kriegen zu beteiligen“. Dennoch dürften zunächst die Spannungen wachsen: Die Emirate hatten die Führungsrolle der Saudis zuletzt immer wieder herausgefordert, etwa im Jemen, wo es im Winter Kämpfe zwischen von Riad und Abu Dhabi unterstützten Fraktionen gab. Und Pakistans Rivale Indien rückte zuletzt den Emiraten und Israel näher.

Die USA beäugen das Abkommen sorgenvoll, vor allem die immer engere Annäherung Saudi-Arabiens und des Atomstaats Pakistan. Denn Washington hatte kürzlich Riad per Vertrag den Bau von Atomkraftwerken zugesagt – will aber wohl verhindern, dass die Saudis Atomwaffen bekommen. Das jedoch hatte Kronprinz Mohammed bin Salman angekündigt, sollte Rivale Iran die Bombe bauen.

Man freut sich über das Verteidigungsabkommen: die Staatschefs der Unterzeichnerstaaten Türkei, Saudi-Arabien und Pakistan
Foto: apaimages/Saudi Press Agency/imago



Forderungen, die einer Kapitulation gleichkämen

Iran wähnt sich in der Oberhand und stellt radikale Forderungen für die Öffnung der Straße von Hormus. Dabei steht das Land wirtschaftlich selbst unter Druck

Von **Teseo La Marca**

Im Persischen gibt es ein beliebtes Sprichwort: Du kannst nicht zwei Wassermelonen in einer Hand halten. Im übertragenen Sinn bedeutet das: Wer zu viel fordert, bekommt am Ende weder das eine noch das andere.

Momentan jongliert der Iran sogar mit drei Wassermelonen. Die eine besteht aus umfassenden Zugeständnissen der USA im Gegenzug für die Wiedereröffnung der Straße von Hormuz. Nach wie vor ist der Schiffsverkehr nur eingeschränkt möglich, immer wieder beschießen die Revolutionsgarden Schiffe mit Raketen. Damit das aufhört, hat Trump Teheran schon Mitte Juni unter anderem die Aufhebung aller US-Sanktionen und 300 Milliarden Wiederaufbauhilfe angeboten.

Doch Teheran verlangt mehr. Die Straße von Hormuz soll unter iranischer Kontrolle bleiben und der Iran soll ganz offiziell die Möglichkeit bekommen, von den durchfah-

renden Schiffen eine Art Mautgebühr zu erheben. Zu diesem Zweck einigten sich Berichten zufolge Iran und Oman, mit dem man sich die Hoheitsgewässer der Meerenge teilt, vor wenigen Tagen über neue Schifffahrtsrouten, die de facto eine iranische Verwaltung der Meerenge sicherstellen würden. Das ist die zweite Wassermelone.

Die dritte verkündete Mohammad Bagher Zolghadr, der Sekretär des Obersten Nationalen Sicherheitsrats des Iran, am Samstag: Es ist eine Liste mit sechs Bedingungen, die die USA noch vor der Öffnung der Straße von Hormuz erfüllen müssen.

Laut Zolghadr erwartet der Iran, dass die Vereinigten Staaten ihre Seeblockade und die Sanktionen gegen den Iran aufheben, ihre Streitkräfte aus der Region abziehen, Kriegsreparationen zahlen, eingefrorene iranische Vermögenswerte freigeben, von weiteren Drohungen absehen und Angriffe auf mit dem Iran verbündete Milizen in der Re-

gion einstellen. Diese maximalistischen Forderungen kämen einer Kapitulation der USA gleich.

Zugleich eskaliert die Lage an anderer Front: Die mit dem Iran verbündete Huthi-Miliz im Jemen hat eine wichtige Erdölanlage in Saudi-Arabien mit Kampfdrohnen angegriffen.

Woher die Islamische Republik Iran ihr Selbstbewusstsein nimmt, ist indes fraglich. Denn auch der Iran leidet gerade massiv unter der anhaltenden Blockade seiner Häfen. Die Ölexporte des Landes sind seit der Wiedereinführung der US-Blockade am 4. Juli weitgehend eingebrochen. Mittel- bis langfristig ist der iranische Staat auf diese Öleinnahmen aber angewiesen, um sowohl Militärausgaben als auch den internen Repressionsapparat zu finanzieren. Teherans Unverfrorenheit könnte auf Siegesgewissheit beruhen – und auf der Annahme, dass die USA nicht bereit sind, die Blockade noch lange aufrechtzuerhalten.

Sie hat aber auch andere Gründe. Die iranischen Entscheider haben wenige Alternativen, wenn sie ihre interne Machtbasis von radikalen Regimeanhängern erhalten wollen. Und auf diese ist das Regime angewiesen, um sich gegen den Unmut des Rests der Bevölkerung zu schützen.

Auch aus geostrategischer Sicht braucht der Iran die Kontrolle über die Meerenge von Hormuz: Wenn sich die USA aus dem Konflikt tatsächlich zurückziehen, werden neue Angriffswellen durch Israel sogar wahrscheinlicher. Gegenschläge gegen die Golfstaaten, die man bisher mit amerikanischen Militärbasen in der Region gerechtfertigt hat, sind dann eine noch riskantere Option als bislang. Auch die Golfstaaten selbst könnten, wie sie es bereits im Frühsommer getan hatten, zu eigenen Maßnahmen greifen. Die Straße von Hormuz bleibt daher für den Iran das mächtigste Instrument der Abschreckung.

Wettlauf um die Macht in Kamerun

Kameruns Präsident Paul Biya weilt in der Schweiz, Oppositionsführer Issa Tchiroma lebt in Gambia. Beide sehen sich als Staatschef – Platz ist nur für einen. Die Zeit der Entscheidung naht

Aus Banjul **Helena Kreiensiek**

„Sämtliche Interviews müssen mit den gambischen Autoritäten abgesprochen werden“, sagt Issa Tchiroma. Um keinen diplomatischen Eklat zu verursachen, halte er sich zurück, erklärt, „der gewählte Präsident der kamerunischen Bevölkerung“, wie Kameruns Oppositionsführer sich selbst vorstellt, am Telefon in Gambias Hauptstadt Banjul. Er weiß: Jedes Wort, das er öffentlich äußert, wird in der Heimat genauestens registriert.

In Gambia lebt Issa Tchiroma, der wichtigste Widersacher des kamerunischen Präsidenten Paul Biya, seit dem 7. November 2025, streng abgeschirmt. Nach der umstrittenen Präsidentschaftswahl in Kamerun am 12. Oktober 2025 hatten sich sowohl Biya als auch Tchiroma zu Siegern erklärt. Der 93-jährige Biya, seit 1982 Staatschef, behielt die Macht. Tchiromas Haus in der Stadt Garoua wurde von Soldaten abgeriegelt, um jeden organisierten Widerstand im Keim zu unterbinden. Die Regierungspartei RDPC versuchte noch zu verhandeln und bot Tchiroma das Amt des Premierministers an, doch er lehnte ab.

Der amtlich verkündete Wahlsieg Biyas mit 53,66 Prozent der Stimmen ist gefälscht, davon ist Tchiroma bis heute überzeugt. Bei Unruhen nach der Wahl starben nach offiziellen Angaben 16 Menschen, laut Opposition 55. Tchiroma war zunächst verschollen – bis seine Ankunft in Gambia bekannt wurde. Angeblich war er aus Kamerun über saisonal genutzte Wege entlang des spärlich überwachten Benue-Flusses zunächst ins benachbarte Nigeria entwischt. Nach Recherchen des Magazins „The Africa Report“ soll ein grenzüberschreitendes Fulani-Netzwerk Tchiroma zunächst nach Nordnigeria und anschließend nach Gambia gebracht haben. Tchiroma habe demnach über Jahre ein Netzwerk aufgebaut, das weit über seine Heimatregion im Norden Kameruns hinausreiche. Insbesondere seine Kontakte zur transnationalen Pulaaku-Bewegung, die sich für kulturelle und politische Solidarität unter Fulani einsetzt, hätten ihm eine schützende Infrastruktur verschafft.



Die Fulani, im französischen Sprachraum Afrikas „Peul“ genannt, gehören zu den größten ethnischen Gruppen West- und Zentralafrikas. So ist auch Gambias First Lady Fatoumatta Bah-Barrow eine Fulani und soll maßgeblich dafür plädiert haben, Tchiroma aufzunehmen. Nigerias Behörden hatten hingegen angeblich reserviert auf Tchiromas Anfrage nach Zuflucht reagiert – auch, um das sicherheitspolitisch wichtige Verhältnis zum Nachbarn nicht zu belasten. Die Regierungen in Abuja und Yaoundé arbeiten bei der Bekämpfung dschihadistischer Gruppen im Tschadseebecken eng zusammen.

Tchiroma lebt zwar im Exil, aber er will zurück nach Kamerun. In mehreren Ankündigungen hat der ehemalige Minister an das kamerunische Militär appelliert, ihn abzuholen und in seine Heimat zu bringen. Zugleich bekräftigte er seinen Anspruch auf das Präsidentenamt. Den 14. August, den Nationalfeiertag der Streitkräfte, wollte er als Präsident der Republik Kamerun und Oberbefehlshaber der Armee begehen, ließ sein Umfeld vor Kurzem erklären.

Es ist nicht das erste Mal, dass Tchiroma seine Rückkehr aus dem Exil ankündigt. Seine Sprecherin Alice Nkom, eine be-

kannte Menschenrechtsaktivistin, gibt sich auf Nachfrage zurückhaltend. Sie lässt lediglich verlauten, Tchiroma gehe es gut und man arbeite an seiner baldigen Rückkehr. Unter seinen Anhängern hat sich derweil eine eigene Kampagne formiert. Unter dem Slogan „Tchiroma Yayato“ (sinngemäß „Tchiroma kommt“) mobilisieren seine Unterstützer landesweit für den Exilanten.

Das Timing dürfte Kalkül haben, denn von Amtsinhaber Paul Biya fehlt seit Wochen jede Spur im Land. Seit dem 7. Juni hält sich der 93-Jährige, wie auch in der Vergangenheit schon so oft, im schweizerischen Genf auf und nährt damit die Gerüchte um seine fragile Gesundheit. Statt selbst zu sprechen, schickt Biya fleißig Dekrete, von einem angeblichen Machtvakuum wollen dessen Parteikollegen nichts wissen. So wurden am 3. August per Präsidialverordnung fünf Oberste zu Generalmajoren befördert und auch im Verteidigungsministerium veranlasste Biya erhebliche Personalwechsel.

Während Biyas Kommunikationsteam in der Vergangenheit über aufgezeichnete Ansprachen oder ähnliche Formate Lebenszeichen des Präsidenten schickte, erfüllen nun die Präsidialdekrete die Funktion, das Image aufrechtzuerhalten, wonach die staatliche

Maschinerie ganz normal weiterläuft. Tchiroma und dessen Anhänger stellen genau das infrage. „Es ist unmöglich, dass Biya die Dekrete selbst unterzeichnet hat“, so Tchiroma. Biya sei schließlich nicht im Land.

Mit seinen 93 Jahren ist Biya der älteste amtierende Staatschef der Welt. „Ich folge einmal mehr dem Ruf des kamerunischen Volkes“, verkündete er im Sommer 2025 seine Kandidatur für seine achte Amtszeit. Wie lange er diesen Ruf noch weiter folgen kann, wird zunehmend angezweifelt. Aber offen reden kann man darüber nicht. Seit 2024 ist es in Kamerun offiziell verboten, über den Gesundheitszustand des Präsidenten zu spekulieren. Und laut einer Gesetzesänderung vom April dieses Jahres kann nur Kameruns Vizepräsident die Amtsunfähigkeit des Staatshaupts durch das Verfassungsgericht feststellen lassen und das höchste Staatsamt provisorisch übernehmen – aber das Amt des Vizepräsidenten ist momentan gar nicht besetzt.

Tchiroma dagegen steht in den Startlöchern, um das Amt anzutreten, als dessen legitimer Träger er sich sieht. Wer zuerst wieder der kamerunischen Boden betritt, Biya oder Tchiroma – mit jedem Tag wird diese Frage für Kamerun brisanter.

Issa Tchiroma am 12. Oktober 2025 bei der Stimmabgabe zur Präsidentschaftswahl in Kamerun. Er sieht sich als den gewählten Präsidenten
Foto: Welba Yamo Pascal/apicture alliance

1.628 Tage Krieg in der Ukraine



Wenn Baden zum Gesundheitsrisiko wird

Im Badensee Basiw Kut in Riwna kann man sich gut abkühlen, wenn durch Stromsperrungen die Klimaanlage ausfallen. Doch der See ist belastet

Von **Viktoriia Stadnychuk**

An einem heißen Sommertag Ende Juni stand ich morgens gegen acht Uhr auf und machte mich für die Arbeit fertig. Zwar hatte ich nachts die Wohnung durchgelüftet, trotzdem war es schon wieder heiß und stickig. Ich kühlte mich unter der Dusche etwas ab, bevor ich losging. Die Temperatur in meiner Heimatstadt Riwna hatte an diesem Tag ihren historischen Höchstwert erreicht.

Eigentlich war es unmöglich, sich länger außerhalb der Reichweite einer Klimaanlage aufzuhalten. Aber durch die Hitze war das Netz schon seit Tagen so überlastet, dass der Strom immer wieder abgeschaltet werden musste. Und ohne Strom keine Klimaanlage. Man stellt sich dann die Frage: Wie rettet man sich vor der Hitze? Für mich ist Schwimmen die beste Option. In Riwna bietet sich dafür der große Badensee Basiw Kut an. Von jedem beliebigen Punkt der Stadt aus ist er schnell per Bus, Auto und sogar zu Fuß zu erreichen. Das Beste: Er kostet keinen Eintritt.

Außerdem gibt es einen Sandstrand, Toiletten und Duschen sowie einen Sportplatz gleich nebenan. Boote mieten kann man auch. Man könnte also denken, dass sowohl die Stadt als auch private Investoren großes Interesse an der Entwicklung der Infrastruktur am Basiw Kut hätten. Und ein bisschen stimmt das auch. Aber nicht so, wie es für den See gut wäre. Einer der wichtigsten Akteure bei der Entwicklung des Seegebiets war der Bauunternehmer Serhij Kachanowski, der auch von städtischen Behörden unterstützt wurde. Beim Bau neuer Wohngebiete ging es zunächst einmal darum, die Immobilienpreise in Seenähe stabil zu halten. Doch Vertreter eines regionalen Gesundheitszentrums wiesen gegenüber Suspilne, dem staatlichen ukrainischen Rundfunk, auf Probleme mit der Wasserqualität hin. Der See könne sich nur noch begrenzt selber reinigen.

Schon seit Langem werden im Basiw Kut Bakterien wie Escherichia coli oder der Parasit Giardia intestinalis, die Magen-Darm-Beschwerden auslösen können, nachgewiesen. Besonders in der Hochsaison. Am Strand wurden bislang die Grenzwerte nicht überschritten, doch vom Baden raten Experten dringend ab. Doch ungeachtet der Gesundheitsgefahr ist der Basiw Kut im Sommer voller Badegäste. Das liegt sicher auch daran, dass es eben kein Badeverbot gibt. Es gibt einige private Strände und Schwimmbäder, die jedoch Eintritt kosten. Die Preise beginnen bei 270 Hrywnja, etwas über 5 Euro. Ich habe einen älteren Kollegen gefragt, wie das in seiner Jugend war. Nazar ist um die 40 und sagt, dass man im Basiw Kut noch Anfang der Nullerjahre problemlos habe schwimmen können und es keine Berichte über Gesundheitsgefahren gegeben hätte. Erst mit dem Bau neuer Wohnsiedlungen am See hätten die Probleme angefangen.

Der Fluss Ustja sei allerdings schon seit den 80er Jahren durch Industrie- und Landwirtschaftsabwässer verunreinigt worden. Das bestätigen auch Umweltschützer der Nationalen Universität für Wasserwirtschaft und Naturmanagement in unserer Stadt. Ende Juni haben Freiwillige vom Freilichtpark Ostwytisia aus begonnen, den Basiw Kut mithilfe der Chlorellaalge zu reinigen. Diese Methode hat man bereits in anderen Städten der Westukraine wie Chmelnyzkyj und Ternopil angewandt. Vielleicht kann man bald auch im Basiw Kut ohne Gefahr baden.

Aus dem Ukrainischen Gaby Coldewey



Dieser Artikel wurde möglich durch finanzielle Unterstützung des Recherchefonds Ausland e. V. taz.de/auslands-recherche

Viktoriia Stadnychuk, 20, ukrainische Journalistin aus Lwiw, arbeitet im westukrainischen Riwna bei Suspilne Riwna, einer Regionalredaktion der Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalt der Ukraine. Die Autorin war Teilnehmerin eines Osteuropa-Workshops der taz Panter Stiftung.

Schlagabtausch wegen Ceuta

Erst sollte Spanien raus aus der Schengen-Zone, jetzt kontert Spanien mit Grenzkontrollen für Italien

Aus Rom **Michael Braun**

Italiens Ministerpräsidentin Giorgia Meloni ist außer sich. Warum? Spanien hat von Samstag an für aus Italien kommende Reisende Grenzkontrollen eingeführt, die die Schengen-Regeln außer Kraft setzen. Mangels gemeinsamer Landgrenzen trifft die vorerst bis zum 7. September geltende spanische Maßnahme nur per Flugzeug oder Schiff Einreisende.

Eine pure „Repressalie“ ohne weitere Rechtfertigung sei das, schimpft Melonis Europaminister Tommaso Foti. Er vergisst allerdings hinzuzufügen, dass es die in Rom regierende Postfascistin Giorgia Meloni ist, die das jetzt ausgetragene Duell mit Spaniens sozialistischem Minis-

terpräsident Pedro Sánchez eröffnet hat.

Italien hatte unmittelbar nach Ausbruch der Ceuta-Flüchtlingskrise heftige Breitsen gegen Spanien gefahren wie kein anderer Mitgliedstaat der EU. Ohne auch nur ein Wort über eventuelle Verantwortlichkeiten Marokkos zu verlieren, setzte Meloni umgehend die spanische Regierung auf die Anklagebank und forderte Spaniens „Ausschluss aus der Schengen-Zone“ – auch wenn ein solcher Schritt vertraglich nirgends vorgesehen ist.

Italien ließ es nicht bei Worten bewenden. Am 1. August ordnete Meloni – als einzige in Europa – die Aussetzung der Schengen-Regeln gegenüber Spanien an. Angeblich sollen die seitdem

geltenden Grenzkontrollen für aus Spanien kommende Passagiere nicht für EU-Bürger*innen, sondern nur für Menschen aus Drittstaaten gelten.

Worin die „Bedrohung der nationalen Sicherheit“ bestehen soll, die abgewehrt werden soll, ist schwer nachzuvollziehen. Ceuta gehört nicht zum Schengenraum, und kein einziger der dort vor zehn Tagen eingetroffenen Geflüchteten hat es nach Europa geschafft. Meloni ist das egal, kann sie doch so erneut ihren Ruf als harte Bekämpferin der „illegalen Einwanderung“ aufpolieren. Nicht umsonst enthalten ihre verbalen Attacken gegen Madrid immer wieder Hinweise auf die „zu lasche“ Einwanderungspolitik der Regierung Sánchez.

Pedro Sánchez hat jetzt Giorgia Melonis Herausforderung angenommen. Auch die von ihm mitten in der Hauptreisezeit angeordneten Grenzkontrollen werden mit dem Schutz der nationalen Sicherheit begründet, im Wissen darum, dass diese Begründung genauso lächerlich ist wie die von italienischer Seite.

Ein Ende der Eskalation ist nicht in Sicht. Meloni giftet, sie werde sich spanischen „Ultimaten“ nicht beugen. Stattdessen rüstet das italienische Außenministerium jetzt auf. Es ordnete an, in Reaktion auf die spanische „Vergeltungsmaßnahme“ jetzt den „konsularischen Schutz“ für italienische Reisende zu verstärken. Was immer das heißen soll.



debatte

Fatale Stimmungsmache

Italiens Wahlkampf läuft heiß, obwohl die neue Regierung erst 2027 gewählt wird. Die politische Rechte gibt sich laut und hetzt bei Sicherheitsfragen

Gewählt wird in Italien eigentlich erst im nächsten Jahr, im September. Womöglich findet die Wahl aber auch schon im April oder Mai 2027 statt – wenn Ministerpräsidentin Giorgia Meloni es so will. Und schon jetzt hat die regierende Rechte ihr großes Wahlkampfthema gefunden: innere Sicherheit. Seit Wochen vergeht kaum ein Tag, an dem Melonis Partei Fratelli d'Italia (FdI) genauso wie ihre Koalitionspartner Lega sowie Forza Italia (FI), zu diesem Thema nicht die Trommel rühren, oder besser gesagt: auf die Pauke hauen.

Da ist der Fall des Juweliers Mario Roggero, der zwei flüchtende Raubtäter von hinten erschoss. Keine Notwehr, befanden Gerichte und verurteilten Roggero wegen Totschlags zu 14 Jahren und 9 Monaten Haft. Der Aufschrei innerhalb der Rechten war groß. Ein braver Bürger werde da eingesperrt, so der Vorwurf. Im Parlament hielten die Mitglieder der Rechtsfraktionen Schilder mit der Forderung „Sofort frei!“ hoch und direkt nach dem

Von ihrer teils faktenbefreiten Sicherheitskampagne hält das die Rechte nicht ab

Haftantritt bekam der Juwelier hochkarätigen Besuch – sowohl von Lega-Chef Salvini als auch von Galeazzo Bignami, dem Fraktionsvorsitzenden der FdI im Abgeordnetenhaus.

Wenige Tage später starb der Marokkaner Abderrahim Fakir in Bologna. Zwei Polizisten wollten ihn verhaften und drückten ihn minutenlang in die Bauchlage. Auch hier galt das Mitgefühl der Rechten nicht dem Toten, sondern den Polizisten. „Professionell“ hätten die gehandelt, hieß es aus den Reihen der Regierungsparteien. Die Linke wurde derweil als Nestbeschmutzer beschimpft, weil Bolognas Bürgermeister Matteo Lepore zu einer Trauerkundgebung aufgerufen hatte, an deren Rand sich linksradikale Autonome eine Straßenschlacht mit der Polizei lieferten. Ein „brandgefährliches Klima“ habe Lepore erzeugt, befand ein Politiker aus der Meloni-Partei und forderte Lepores Rücktritt.

Weiterginges am 25. Juli, als Demonstrant*innen im norditalienischen Susatal an der Baustelle einer Eisenbahnstrecke stundenlang mit der Polizei aneinandergerieten – von einer Seite flogen Knallkörper, von der anderen Tränengasgranaten. Die Rechtsregierung reagiert darauf mit der Forderung weiterer Gesetzesverschärfungen sowie der Einführung des Straftatbestands „Straßenterrorismus“. So sollen in Zukunft bei Ausschreitungen Protestierende wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung verfolgt werden können.

Das ist der Sound: auf der einen Seite Melonis Rechtsregierung, die die Sicherheit der braven Bürger*innen schützt, auf der anderen Gesocks, Kriminelle oder radikale Linke, denen das Handwerk gelegt werden muss. Derweil wird der parlamentarischen Linke pauschal „Komplizenschaft“ mit den Gewaltbereiten vorgeworfen. Ein Senator der FdI sagte zu einer Kollegin der gemäßigten

Partito Democratico, dass es sich doch eindeutig um „eine kriminelle Vereinigung“ handle wenn sie „mit ihren Kumpels aus den besetzten Autonomen Zentren“ losziehe, um Steine zu werfen.

Während Italiens Rechte in den genannten Fällen auf konkrete Ereignisse reagierte, zeigte sie zeitgleich, dass solche Ereignisse gar nicht nötig sind, um die metaphorische Sicherheitsschraube noch enger zu ziehen. Die Regierungskoalition brachte unter anderem einen Gesetzentwurf ein, der das Jugendstrafrecht verschärfen soll. Bisher galt im italienischen Jugendstrafrecht, dass in jedem Verfahren automatisch die Zurechnungsfähigkeit des Täters geprüft werden muss. In Zukunft dagegen könnte eine Generalannahme gelten, laut der die beschuldigte Person erstmal als zurechnungsfähig gilt. Den Gegenbeweis müsste dann die Verteidigung antreten.

Dieser Vorstoß der Rechten ist paradigmatisch für ihre lautstarke Kampagne zur inneren Sicherheit. Sie behandelt ein Nicht-Problem: Pro Jahr werden im Land rund 30.000 Jugendliche Straftaten begeschuldigt – bei nur rund 60 von ihnen wurde das Verfahren wegen Unzurechnungsfähigkeit eingestellt. Doch über solche Zahlen debattiert Italiens Öffentlichkeit nicht. Ebenso wenig darüber, dass Italien sich bei den Statistiken zur Jugendkriminalität in Europa ziemlich weit unten bewegt.

Ein ähnliches Bild zeichnet sich bei den Erwachsenen ab. Meloni, Salvini & Co. verbreiten das Bild, Italiener*innen müsste um Leib und Leben fürchten, wenn sie vor die Haustüre treten. Faktisch fielen in Italien im letzten Jahr 286 Menschen einem Tötungsdelikt zum Opfer. Zum Vergleich: In Deutschland waren es im Jahr 2024 668 Menschen.

Entgegen dem Bild, das politisch vermittelt wird, nimmt in Italien die Zahl vieler Verbrechen schon seit Jahren ab. So lagen Tötungsdelikte im Jahr 2004 noch bei 717, Raubtaten bei 46.400. Letztere sanken bis 2024 auf 28.700, Diebstähle gingen im gleichen Zeitraum von knapp 1,5 Millionen auf gut 1 Million zurück. Von ihrer teils faktenbefreiten Sicherheitskampagne hält das die Rechte nicht ab. Das hat zwei Gründe. Erstens: sie scheint zu funktionieren. Für die Verschärfung des Jugendstrafrechts sind laut Umfragen 73 Prozent der Bürger*innen, 50 Prozent stellen sich im Fall des toten Marokkaners auf die Seite der Polizei, 53 Prozent sind für die Begnadigung des Juweliers Roggero. Obwohl die Rechte mit ihrem Sicherheitsgezetzer einen Kampf gegen Windmühlen führt, ist sie – so absurd das klingt – politisch weiterhin in der Offensive.

Zweitens ist das Lager Melonis in einem Punkt jedoch in der Defensive – gegenüber dem Ex-Fallschirmjägergeneral Roberto Vannacci, der Anfang des Jahres seine rechtsradikale Partei Futuro Nazionale aus der Taufe gehoben hat. Im Fall des verurteilten Juweliers zum Beispiel predigt Vannacci schon seit Monaten eine Veränderung des Notwehrparagrafen. Er fordert konkret, dass auch Rückenschüsse auf flüchtende Räuber unter Notwehr fallen sollen.

Was die Regierung mit ihren Forderungen nach mehr innerer Sichererheit wirklich erreicht, ist eine Schwächung von Italiens Rechtsstaat und eine Vergiftung der Stimmung im Land.



Michael Braun Promovierter Politologe, seit 1996 Journalist in Rom, seit 2000 taz-Korrespondent, tätig für deutsche Rundfunkanstalten, das italienische Wochenmagazin „Internazionale“ und als Wissenschaftlicher Mitarbeiter für das Büro Rom der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Entschuldigung, uns ist leider in der Ausgabe vom 07. 08. 2026 ein Fehler unterlaufen. Der Debatten-text „Rechter Schneeball-effekt“ von Dana Müller wurde zwischen Donnerstag 19 Uhr und Freitag 11 Uhr fälschlicherweise dem Autoren Andreas Petrik zugeschrieben.

Eva Fischer über den Selenskyi-Besuch beim Putin-Freund Vučić

Die Opferung des Kosovo

Am Samstag tat der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj etwas zum allerersten Mal: Er besuchte seinen serbischen Amtskollegen Aleksandar Vučić in Belgrad – einen Putin-Freund. Serbien hat sich den westlichen Sanktionen gegen Russland nicht angeschlossen und behielt trotz des Angriffskriegs auf die Ukraine seine guten Beziehungen zu Moskau bei. Das Westbalkanland ist zudem erklärter Gegner der Nato und stattdessen Beobachter im von Russland geführten Verteidigungsbündnis OVKS.

Doch angesichts der anhaltenden russischen Angriffe bemüht sich Selenskyj um weitere Unterstützung. Vučić versucht wiederum, seine Beziehungen mit der EU zu verbessern, da er innenpolitisch unter Druck steht und sein Verbündeter auf EU-Ebene, der frühere ungarische Premier Viktor Orbán, weg vom Fenster ist.

Das Ergebnis des Treffens: Bis Ende des Jahres soll ein Freihandelsabkommen finalisiert werden, bei der Ernährungs- und Energiesicherheit möchte man zusammenarbeiten, ebenso bei der EU-Integration. Eine militärische

Kooperation sei hingegen kein Thema, stellte Vučić klar. Auch für ihn ist das Vorgehen heikel: Das Land ist abhängig vom russischen Gas.

Ein großes Opfer bedeutet das Treffen hingegen für Kosovo, das stets seine Solidarität mit der überfallenen Ukraine bekundet hatte. Belgrad akzeptiert die Unabhängigkeit der Kosovaren nicht. Zwar hat Serbien dabei fünf EU-Länder auf seiner Seite, die EU-Kommission stellt hingegen klar, dass die Normalisierung der Beziehungen zu Kosovo eine Bedingung für eine serbische EU-Mitgliedschaft ist.

Auch die Ukraine sieht Kosovo als Teil Serbiens und bekräftigte dies bei dem Treffen indirekt. Im Gegenzug erkenne Serbien an, dass die von Russland besetzten Gebiete zur Ukraine gehören. Damit wird die Ukraine für Serbien ein fester und wichtiger Verbündeter in der Kosovo-Frage, was wiederum Belgrad mehr Verhandlungsmacht gegenüber Brüssel im Beitrittsprozess geben könnte – zulasten Pristinas und der kosovarischen Unabhängigkeit.

Jürgen Gottschlich über das Sunnitische Militärbündnis

Die Atombombe im Blick

Der Nahe Osten hat ein neues Militärbündnis. Und nicht nur irgendeines, sondern ein Bündnis, das laut türkischem Außenminister Hakan Fidan die gesamte Region stabilisieren soll, die seit der Aufteilung des Osmanischen Reiches durch die europäischen Kolonialmächte nicht mehr zur Ruhe gekommen ist. Das will symbolträchtig das sogenannte Mekka-Bündnis der sunnitischen Regionalmächte Türkei, Saudi-Arabien und Pakistan nun ändern.

Das Bündnis, so Fidan weiter, sei offen für weitere Mitglieder, als Erstes sei an Ägypten gedacht. Anders als von vielen gleich vermutet, sei es nicht gegen den schiitischen Iran gerichtet und auch nicht gegen Israel.

De facto tritt die Türkei einem Bündnis bei, das Saudi-Arabien und Pakistan schon früher geschlossen hatten, weil beide wissen, dass sie sich auf die USA nicht mehr verlassen können. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan will das Bündnis nicht als Alternative zu Nato, sondern als ergänzende Struktur in der Region.

Das Bündnis sieht zwar eine Beistandsklausel ähnlich dem Artikel 5 der

Nato vor, doch niemand scheint davon auszugehen, dass türkische oder saudische Soldaten Pakistan in einem neuen Krieg mit Indien unterstützen werden oder Saudi-Arabien die Türkei bei einem Konflikt mit Griechenland. Es geht mehr um die Bündelung jeweiliger Fähigkeiten.

Die Türkei hat in den letzten Jahren ihre Waffenindustrie immer mehr ausgebaut, ist jetzt international konkurrenzfähig und sucht sichere Absatzmärkte. Pakistan hat eine große Armee, die Saudis haben Geld und die Türkei die Militärtechnik. Das soll allen dreien nutzen, denn sie werden weniger abhängig von US-Waffenkäufen. Es gibt aber noch eine weiterreichende Überlegung. Pakistan ist zwar arm, aber es ist dennoch eine Atommacht.

Sowohl die Saudis wie die Türkei gehen davon aus, dass es Trump und Netanyahu letztlich nicht gelingen wird, den Iran vom Bau einer Atombombe abzuhalten. Für diesen Fall wollen sie vorbereitet sein und dafür ist die pakistanische Atomtechnik die beste Möglichkeit zur eigenen Atombombe, unabhängig von den USA.

ausland 10

Simon Poelchau über die Boni für Bahn-Manager

Warum erst jetzt?

Interessierte Bahn-Reisende dürften anlässlich der jüngsten Einlassungen des neuen Bundesverkehrsministers gestaunt haben. „Es wird sich konkret auf die Bonuszahlungen von Bahn-Managern auswirken, wenn die Ziele, die der Bund vorgibt, nicht eingehalten werden“, sagte Steffen Bilger (CDU) Springers heißem Blatt. Boni sollen nun an Pünktlichkeitsvorgaben geknüpft werden.

Echt jetzt? Das ist kein Aprilscherz im Sommerloch? Nicht falsch verstehen. Den Bahn-Manager die Boni zu nehmen, wenn die Züge nicht pünktlich kommen, ist wirklich eine gute Idee. Aber sie ist sogar so gut und naheliegend, dass sich die Frage aufdrängt, warum es noch kein Verkehrsminister vor Bilger es geschafft hat, auf diese Idee zu kommen.

Überall in der freien Wirtschaft sind Boni für Manager an konkrete Zielvorgaben geknüpft. Weil es bekannt ist, dass Vorstände gerne tricken und die Zahlen kurzfristig schönrechnen, ist es auch gang und gäbe, die Sonderzahlungen an den langfristigen Erfolg des Unternehmens zu kop-

peln und erst nach ein paar Jahren aus-zuzahlen.

Nun ist die Bahn kein normales kapitalistisches Unternehmen. Weil ihre Privatisierung während der letzten großen Finanzkrise abgeblasen wurde, ist sie noch immer komplett in Staats-hand. Das ist auch gut so, denn sie erfüllt einen sehr wichtigen Zweck der öffentlichen Daseinsvorsorge: Menschen und Güter auf der Schiene von A nach B zu befördern. Das sollte auch so bleiben. Und deswegen sollten Bahn-Manager auch nach Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit der Verbindungen und nicht nach irgendwelchen betriebswirtschaftlichen Kennzahlen bezahlt werden.

Dass es unter Bilger bei der Bahn wirklich besser wird, scheint dennoch unwahrscheinlich. Schließlich gab er als offizielles Ziel für den Fernverkehr bis 2029 eine Pünktlichkeitsquote von 70 Prozent bekannt. 100 Prozent werde es auf absehbare Zeit nicht geben, so der Politiker. Und insofern sind die Ankündigungen des neuen Verkehrs-minister dann leider doch nicht so überraschend.



FUTURZWEI

Magazin für **Zukunft und Politik**

NACHSPIELZEIT

Die offene Gesellschaft liegt schwer im Rückstand. Wie drehen wir das Ding noch?

Mit: Daniel Cohn-Bendit, Karoline Eichhorn, Alina Frieske, Ruth Fuentes, Dana Giesecke, Maja Göpel, Diana Kinnert, Reinhard Loske, Wolf Lotter, Anna-Verena Nosthoff, Lukas Rietzschel, Hartmut Rosa, Uwe Schneidewind und Harald Welzer



**JETZT
ABONNIEREN!**



mit Abo-Prämie

taz FUTURZWEI-Abo-Prämie
Was wäre, wenn wir mutig sind?
das neue Buch von Luisa Neubauer

Von Patrick Guyton

Vor kurzem war der Popstar Peter Maffay bei den Regensburger Schlossfestspielen und hatte sich zu Beginn seiner Show von der Gastgeberin Gloria von Thurn und Taxis distanziert: Der Platz sei, „so schön er ist, belastet durch Äußerungen und Haltungen, die wir nicht teilen“.

Die Rechtsauslegerin saß in der ersten Reihe, Maffay sagte ihr ins Gesicht: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Das gilt ungeachtet seiner Herkunft, Hautfarbe oder Religionszugehörigkeit. Radikale, rassistische, menschenverachtende Positionierungen lehnen wir ab.“

Vor dem Konzert hatten Regensburger Initiativen etwa gegen rechts, für eine lebenswerte Stadt oder vom DGB den Auftritt verurteilt, sowie auch alle anderen auf dem Schloss. BMW und auch das Regensburger Autohaus „Stern-Center“, ein Vertragspartner von Mercedes-Benz, hatten bereits zuvor ihr Sponsoring der Festspiele gestoppt. Als global aufgestellte Unternehmen wissen sie, dass Völkisch-Rechtes dem Geschäft schadet. Übrig geblieben als Financiers waren noch eine Designfirma für Haus und Garten sowie ein Münchner Vermieter von großen Kränen.

Gloria von Thurn und Taxis, eine Ikone der Rechten bis Rechtsextremen, hat nun auf ihre Weise auf Peter Maffay reagiert. In einem Instagram-Film ist sie zu sehen als Frau, die Grimassen schneidet. Im Maffay-Tonfall sagt sie: „Guten Abend meine sehr verehrten Damen und Herren“ und prustet los. Thurn und Taxis macht weiter und imitiert Maffays rollendes „R“ der Rumäniendeutschen übermäßig: „Dieser Platz, diese Bühne, dieses Haus ist wunderschön.“

Sie kneift die Augen zu und wackelt mit dem Kopf: „Aber es ist auch belastet.“ Während im Hintergrund blöd gelacht wird, fährt sie fort im Maffay-Stil: „Deswegen möchte ich sagen: Wir haben uns entschlossen, hier zu spielen, weil wir uns von diesen Aussagen, die belastet sind, distanzieren möchten. Wir sind für Toleranz, wir sind für Diversität, und wir sind für – ihr wisst schon.“ Sie klopfte die Hände auf die Knie und dreht sich laut lachend weg. Besonders herzhaft amüsiert sich eine Frau links hinter Thurn und Taxis mit grünem Kleid und knallrotem Kopf. 38 Sekunden sind das.

Das Instagram-Video war von Gloria-Bruder Carl Graf von Schönberg-Glauchau gepostet worden. Mutmaßlich entstand es bei einem heiteren Treffen des Ekel-Adels. Nach einem Tag war der Film gelöscht. Eine Anfrage der taz bei Thurn und Taxis wie auch ihrem Bruder über die genaueren Umstände dieser Zusammenkunft blieb unbeantwortet.

Thurn und Taxis hat Maffay in dem Video nicht nur imitiert oder nachgeäfft. Sie hat ihn rassistisch beleidigt, sie scheißt auf ihn. Das ist gemein und primitiv. Wegen seiner Herkunft aus Siebenbürgen und dem dortigen Sprachenschlag. Peter Maffay siedelte 1963 im Alter von 14 Jahren mit seinen Eltern von Braşov/Kronstadt in die Bundesrepublik über.

Seinen ersten Hit „Du“ landete er mit 20. Auch heute berichtet er manchmal, wie sich die Diskriminierung als „Rucksackdeutscher“ mit rollendem „R“ angefühlt hatte.

Ebenfalls mit 20 heiratete die einstige Gräfin von Schönburg-Glauchau wiederum bei den Thurn und Taxis' ein und hatte ausgesorgt. Mit 19 noch hatte sie laut Wikipedia nach dem Besuch von vier teils privaten Schulen endlich die Mittlere Reife erlangt, muss schwierig gewesen sein.

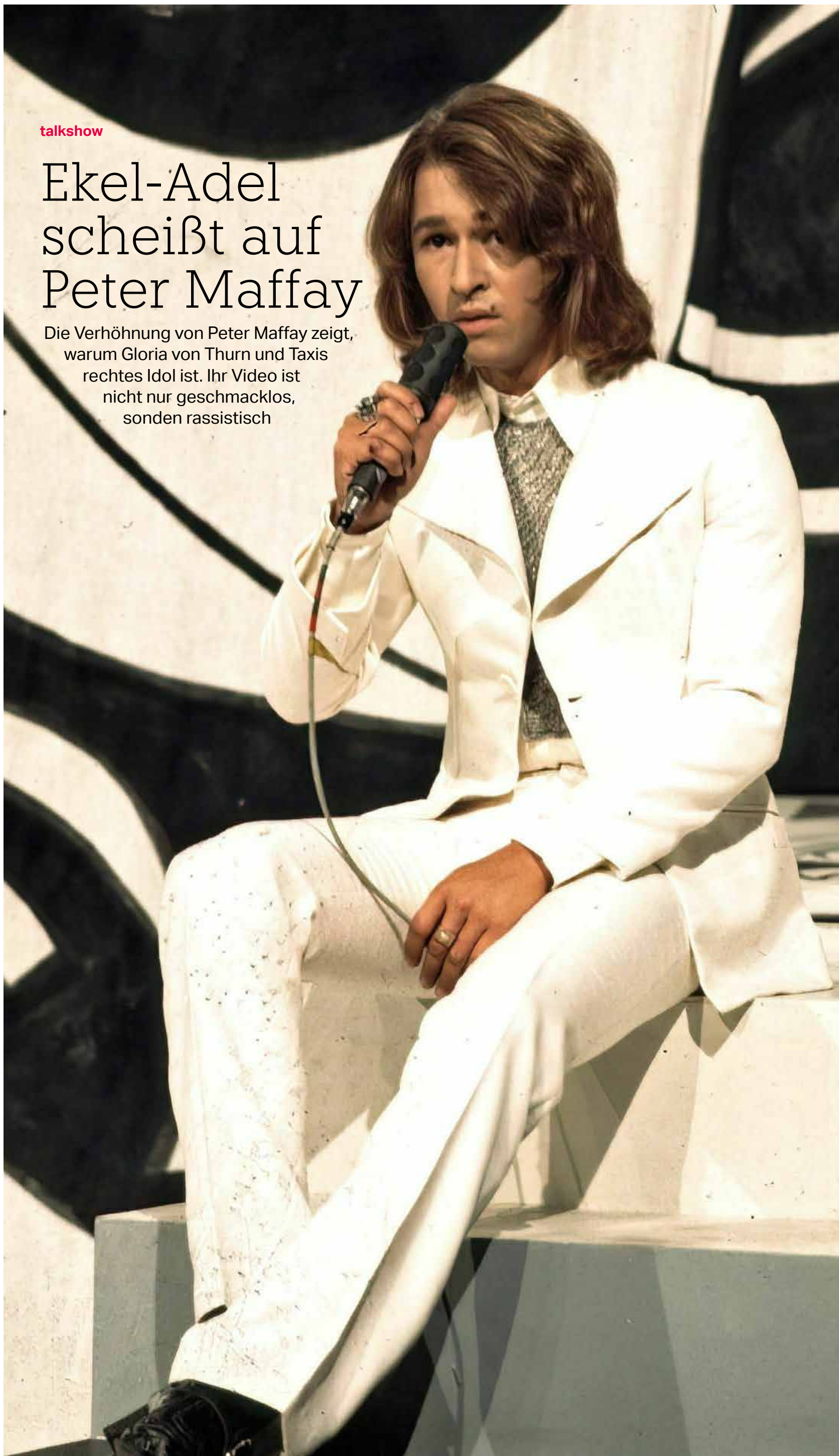
Seit 1919 gibt es in Deutschland keinen Adel mehr, aber das Haus behielt trotz der Abschaffung die ganzen Vons und Zus in den Namen, vor allem aber auch seinen gigantischen Besitz. Damit blieb der Clan wie wenig andere aus dem zweiten Stand weitgehend verschont.

Jetzt sieht man das Ergebnis dieser Schonzeit.

talkshow

Ekel-Adel scheißt auf Peter Maffay

Die Verhöhnung von Peter Maffay zeigt, warum Gloria von Thurn und Taxis rechtes Idol ist. Ihr Video ist nicht nur geschmacklos, sondern rassistisch



Mit weißer Weste: der Sänger Peter Maffay, 1970 Foto: Archiv/Peter Maffay/star-media/imag

Foto: Jessica Barthel



wie geht es uns, frau irmschler?

Das Krümelverteilergerede von oben, Hoffnung auf den Generalstreik, deutsche Medien im Instakachel-Modus, und Männer, die sich raffen müssen

taz: Frau Irmschler, was war schlecht vergangene Woche?
Paula Irmschler: In meiner Stadt, die keine Ausnahme ist, geht es mit jeder Woche menschenfeindlicher zu. Die Armut wird größer, der Fluss verpufft, es gibt keine saftigen Wiesen mehr, stattdessen liegt überall Stroh herum und jeder weiß warum. Überleben sollen am Ende nur Autos und Straßen und dafür wird alles getan, gebaut und verdrängt. Zudem werden Leute mit Autoritätsfetisch mit immer mehr davon ausgestatte – Security, Polizei, Mitarbeiter hier und da –, um Leute, die keine kühlende Bleibe haben, bei ihrer Suche danach zu vertreiben. Der Nächstenliebe-Eintritt zum Kölner Dom beträgt jetzt zum Beispiel 12 Euro und damit irgendein Dödel mit hässlicher Weste die öffentliche Toilette in der Innenstadt vor kranken, armen Leuten beschützt, gibt die Stadt eine halbe Million pro Jahr aus.

taz: Und was wird besser in dieser?
Irmschler: Die letzten überlebenden Vögel pfeifen hier von den Dächern, dass die Leute sich das nicht mehr gefallen lassen und sich zusammen tun und streiken. Von Generalstreik wird gar von den hier ansässigen grünen Halsbandsittichen herumgezitschert. Man darf gespannt sein.

taz: 45 Jahre sind ein langes Arbeitsleben, das für eine Rente ohne Abschläge reichen muss, sagt Brandenburgs SPD-Regierungschef Dietmar Woidke. Stimmen Sie zu?
Irmschler: Ich habe diese verrückte Idee, dass man sich auf diese Art Krü-

melverteilergerede von oben gar nicht einlassen muss. Wieso Zeit damit verschwenden, zu überlegen, warum man Leuten unterschiedlich wenig geben sollte, damit sie dann unterschiedlich schlecht davon leben, während andere einfach mehr und mehr und mehr mit unseren Grundbedürfnissen (wie zum Beispiel wohnen, essen, leben) Profit machen, statt es diesen Reichen einfach mehr wegzunehmen? Ich als Politikerin sage: Alle sollen haben, was sie brauchen. Egal wer wie viel arbeiten kann oder konnte. Es gibt ja gar nicht zu wenig.

taz: Bis zu 60.000 Menschen sind von Marokko in die spanische Exklave Ceuta geflüchtet. Laut Medienberichten sind bei dem Versuch, nach Spanien zu gelangen, über 70 Menschen gestorben. Ist die Berichterstattung in Deutschland dem Thema gerecht geworden?
Irmschler: Nö. Deutsche Medien lassen sich seit Jahren von Plattformlogiken herumschubsen und setzen online auf Effekthascherei und viel zu behämmerte, verkürzte Sprache, die in Fällen von Migration und Krieg fast nur noch populistisch ist. So gut wie jedes Medium verfiel bereitwillig der inneren rassistischen Verlockung und umschrieb die Menschen und deren Not mit Begriffen wie „Flut“ und „Sturm“. Das war wirklich totale Scheiße, die deutsche Medien da abgezogen haben, um es Zitatkachel-like zu sagen.

taz: Die Popwelt blickt gerade mal wieder auf die Sängerin Ariana Grande. Gibt es überhaupt einen gu-



Foto: Daniel Cole/reuters

ten Weg über Promis und ihre Körper zu reden?
Irmschler: Über Körper selbst wahrscheinlich nicht, weil man einfach nicht wissen kann – und es einen auch nichts angeht –, wie es einem anderen Körper geht und weshalb er wie aussieht. Die Leute ziehen Schlüsse, denn sie haben irgendwann in den 80ern (welchen Jahrhunderts auch immer) gelernt: dick = faul, viel am Essen und wertlos, dünn = Disziplin, gut beherrschbar, zart. Stimmt aber alles nicht, Körper entwickeln sich aus vielen Gründen unterschiedlich und weisen unterschiedlich viel Stärke oder Fitness auf. Schön sind eh alle. Worüber man, gerade in der Kultur, besser sprechen kann, ist Performance, Darstellung, Symbole, denn darum geht es ja. Wieso sehen weibliche Körper im Pop zum Beispiel immer mehr aus wie von Ausbeutern aus der Sexindustrie ausgedacht oder wieso verkaufen Popstars uns Produkte, die uns einschnüren und unbeweglich machen sollen (Shapewear), mit denen wir unseren Körper bekämpfen sollen (Abnehmprodukte) oder sinnlose, giftige, wirklose Cremes (Anti-Ageing)? Wieso hauchen weibliche Popstars ihre Songs teilweise nur ins Mikro und wieso kriechen sie bei Auftritten auf dem Boden herum? Wieso rasieren sie sich alle kollektiv den ganzen Körper?

taz: Der Terroranschlag auf den Berliner CSD liegt nun gut zwei Wochen zurück. Eine Frau ist dabei gestorben, etliche Menschen wurden von dem Attentäter verletzt. Worüber ist zu wenig gesprochen worden?

Irmschler: Darüber, dass viel zu schnell zu viele bereit waren, die Sprache der Polizei und ihre Erzählung hinzunehmen. Wie schnell zum Beispiel linke Online-Aktivist:innen und Journalist:innen das Fahndungsbild einer migrantisierten Person durch soziale Netzwerke jagten, war nach allem, was spätestens seit den „Dönermorden“ über unsere liebe Polizei herausgekommen ist, ganz schön irritierend. In der Nacht drauf hat Deutschland übrigens wieder Menschen nach Afghanistan abgeschoben.

taz: Schon wieder steht ein Mann vor Gericht, der mehrere Frauen betäubt, vergewaltigt und dabei gefilmt haben soll. Diesmal spielte es sich in Deutschland ab, es wird der Berliner Pelicot-Fall genannt. Wie können wir damit umgehen, ohne an der überwältigenden Anzahl von Taten zu verzweifeln?
Irmschler: Man kann damit nicht umgehen und man muss daran verzweifeln. Es ist so banal und warum auch immer so schwer: Männer müssen aufhören, diese unsägliche Scheiße zu bauen. Männer müssen sich raffen. Männer müssen aufhören, Frauen zu hassen, sie auszubeuten, sie zu missbrauchen, sie sich schwach und halb oder ganz tot zu wünschen. Sie können damit heute noch aufhören, wenn sie es wollten.

Fragen: Selina Hellfritsch

Paula Irmschler ist Autorin und Musikjournalistin. Sie vertritt an dieser Stelle für zwei Wochen Friedrich Küppersbusch.

specht der woche

Abschottung ist nie gut

Christian Specht, Jahrgang 1969, ist politisch engagiert und setzt sich für mehr Mitwirkungsmöglichkeiten von Menschen mit Beeinträchtigung in den Medien ein. Seit 2017 ist er der erste Mensch mit Beeinträchtigung im Vorstand der Lebenshilfe. Er hat ein Büro in der taz und zeichnet (un)regelmäßig den „Specht der Woche“.

Ich habe das Meer und den Grenzzaun in Ceuta gemalt. Da haben Menschen versucht, übers Meer zu schwimmen. Manche haben es auch

nicht geschafft und sind ertrunken.

Ich habe auch ein paar Rettungsringe gemalt. Ich finde es schlimm, wie man mit den Menschen, die fliehen umgeht. Ich habe das Gefühl, dass wir uns immer mehr abschotten.

Wir lassen keine Leute mehr rüber. Das ist nicht die richtige Lösung. Ich finde, man sollte die Schlepper bestrafen. Die machen den Leuten Hoffnung, nehmen viel Geld und dann betrügen sie die Menschen.

Und Europa sagt, wir wollen die Geflüchteten nicht. Das finde ich schlimm.

Wie wäre das denn während der DDR gewesen? Da sind Menschen auch geflohen.

Ich erinnere mich noch an das Geflüchtetenlager in Marienfelde. Da waren die damals untergebracht. Das hätten die Leute auch nicht gut gefunden, wenn wir da gesagt hätten, wir wollen die nicht.

Protokoll: Clara Dünkler



Das Meer und der Grenzzaun in Ceuta
Illustration: Christian Specht



Daniela Sepehri
Aus Prinzip Hoffnung

Hoffnung ist eine bewusste Entscheidung

In Jahr lang habe ich für diese Kolumne jeden Monat nach etwas gesucht, das Hoffnung macht. Das klingt im Rückblick schöner, als es manchmal war. Es gab Tage, da musste ich ziemlich lange suchen.

An Tagen, in denen Kriege eskalieren, Menschen hingerichtet wurden, Demokratien bröckelten und Rechtsextreme stärker wurden. An Tagen, an denen politische Entscheidungen getroffen wurden, bei denen mir beim besten Willen nicht einfallen wollte, was daran Hoffnung machen sollte. Manchmal saß ich vor meinem leeren Dokument und dachte: Wie soll ich da Hoffnung finden?

Ich habe mit dieser Kolumne gelernt, dass Hoffnung nicht das ist, was übrig bleibt, wenn alles gut läuft. Hoffnung ist eine bewusste Entscheidung, die wir treffen. Und mehr noch: Hoffnung ist etwas, das wir lernen können, vielleicht sogar lernen müssen.

Hoffnung ist nicht naiv. Sie bedeutet nicht, uns die Realität schönzureden, Leid kleinzureden oder uns selbst einzureden, dass am Ende schon irgendwie alles gut werden wird. Im Gegen-

Wer glaubt, dass nichts mehr verändert werden kann, wird irgendwann aufhören, es zu versuchen

teil: Wer hofft, muss sich die Realität ziemlich genau ansehen, sonst weiß man schließlich gar nicht, wofür man kämpft.

In dieser Kolumne habe ich über Menschen geschrieben, die trotz Krieg feiern. Über Frauen, die trotz Repressionen auf die Straße gehen; über Proteste, die Regierungen unter Druck setzen; über Männer, die anfangen, gegen Gewalt an Frauen aufzustehen; über Menschen, die sich gegen Abschiebungen wehren, gegen Rassismus demonstrieren, queere Räume verteidigen oder einfach immer wieder aufstehen, ob-

wohl sie allen Grund hätten, liegenzubleiben.

Und irgendwann habe ich gemerkt: Die Hoffnung war die ganze Zeit immer da. Sie lag nicht unbedingt in politischen Entscheidungen oder in Regierungen oder Schlagzeilen. Sie lag die ganze Zeit bei den Menschen.

Das hat auch verändert, wie ich Nachrichten lese. Ich suche heute nicht mehr nur nach dem, was schiefgeht. Ich frage mich jetzt: Wer widerspricht da gerade? Wer organisiert sich? Wer gibt nicht auf? Wo verändert sich vielleicht gerade etwas zum Guten? Wo kämpfen Menschen für eine bessere Welt?

Manchmal musste ich die Hoffnung dafür regelrecht herbeizwingen. Und ich glaube inzwischen, dass auch das in Ordnung ist. Denn gerade jetzt ist es wichtig, nicht darauf

zu warten, dass die Hoffnung von alleine kommt.

Die kommenden Landtagswahlen werden uns wahrscheinlich viele Gründe liefern, Angst zu haben. Rechte Parteien werden weiter versuchen, unsere Gesellschaft davon zu überzeugen, dass Solidarität Schwäche sei, Migration eine Bedrohung und Menschenrechte unrealistisch. Sie werden uns erzählen, dass Gerechtigkeit unmöglich ist. Genau deshalb dürfen wir ihnen nicht auch noch unsere Hoffnung überlassen.

Hoffnung ist politisch. Hoffnung ist Widerstand. Wer glaubt, dass nichts mehr verändert werden kann, wird irgendwann aufhören, es zu versuchen. Wer aber daran glaubt, dass Veränderung möglich ist, wird aktiv. Meine Kolumne endet hier, aber meine Suche nach Hoffnung hört nicht auf. Aus Prinzip.

„Wir dürfen die sowjetische Methode nicht wiederholen“

Der ukrainische Schriftsteller Andrej Kurkow im Gespräch über sein neues Kriegstagebuch, seine Familiengeschichte und Boule für Veteranen



Raketenangriff auf Kyjiw im Oktober 2022 Foto: Sergii Kharchenko/imag

Interview Jens Uthoff

taz: Herr Kurkow, viele Autor*innen halten wie Sie den Kriegsalltag in Tagebüchern fest oder schreiben Kriegsslyrik. Warum wird diese Literatur in der Ukraine und auch im Ausland gerade so viel gelesen?

Andrej Kurkow: Innerhalb der Ukraine ist die Hochphase dieser Literatur meines Erachtens schon wieder vorbei. Die Ukrainer erleben den Krieg täglich, sie wollen nicht auch noch darüber lesen. Krimis und Liebesgeschichten ausländischer Autoren verkaufen sich gerade gut. Auch in vielen anderen Ländern lässt das Interesse an den Kriegsaufzeichnungen nach.

taz: Welche Funktion hat diese Art von Literatur?

Kurkow: Ein gutes Beispiel ist das Buch des jungen Dichters Artur Dron, das derzeit sehr populär ist in der Ukraine. Er war Soldat, wurde verwundet und demobilisiert. Bücher werden in der Ukraine oft kaum lektoriert, eigentlich ist dies ein großes Problem. In seinem Fall ist es gut. Sein Buch ist direkt, ehrlich, emotional; es gibt Wiederholungen. Aber sie erfüllen eine Funktion, wenn er etwa über den Tod des geliebten Sanitäters Doc schreibt. Die Leser wollen keine Fakten, keine Statistiken, sie suchen nach der menschlichen Geschichte.

taz: Sie leben heute wieder in Kyjiw und in dem Dorf Lasariwka nahe der Hauptstadt. Pendeln Sie zwischen diesen Orten?

Kurkow: Ja, meine Frau und ich verbringen in der Regel fünf Tage auf dem Land und zwei Tage in Kyjiw. Auf dem Land ist es ruhiger, wir hören nur gelegentlich Drohnen und können dort besser schlafen. In Kyjiw war das zuletzt nicht möglich.

taz: Welches waren für Sie besonders aufwühlende Momente in diesem Krieg?

Kurkow: Den ersten Tag des Kriegs werde ich nie vergessen. Die Explosionen um 5 Uhr. Ich stand 40 Minuten vor dem Fenster und schaute auf die leere Straße. Dann kamen weitere Explosionen um 6 Uhr. Ich musste erst realisieren, dass jetzt wirklich Krieg ist. Ein paar Tage später fuhren wir auf der Autobahn

Richtung Westen, tausende Autos vor uns und hinter uns. Wir fuhren an Orten wie Bucha und Hostomel vorbei und hörten die Schüsse und Explosionen. Der Krieg wurde schnell zu etwas Alltäglichem: Man verstand, es würde weitergehen. Ich erzähle im zweiten Tagebuch auch die Geschichte unserer Freunde Walentin und Tanja, einem Arzt und seiner Frau. Er war nach Deutschland geflüchtet und ist dort, in der Fremde, gestorben. Seine Frau wollte mit seiner Asche nach Kyjiw zurückkehren, um die Urne zu bestatten. Sie konnte nicht zurück, weil Kyjiw heftig bombardiert wurde. Irgendwann schaffte sie es schließlich, die Asche zurückzubringen. Diese Geschichte hat mich sehr mitgenommen.

taz: Sie schildern auch immer wieder subversive und witzige Aktionen der Ukrainer. Verschaffen diese Erleichterung?

Kurkow: Wenn man den Krieg als neue Normalität akzeptiert, versucht man unbewusst etwas Skurriles darin zu finden. Man reißt Witze, erzählt absurde Geschichten. Wobei das heute weniger passiert als zu Beginn des Krieges. Aber es gibt immer wieder bewegende Geschichten. In einem Nachbarort unseres Landwohnsitzes in Lasariwka habe ich zum Beispiel gesehen, dass es dort eine Pétanque-Mannschaft gibt. Ich wunderte mich ein bisschen darüber. Dann erfuhr ich, dass Pétanque ein beliebter Sport unter Veteranen geworden ist. Der Kapitän der Veteranen-Mannschaft hat mir später stolz das Emblem seiner Mannschaften gezeigt – ein lustiges Logo mit einer Ente. Sein Team heißt „Wilde Ente“.

taz: Sie sind ethnischer Russe und bezeichnen sich gleichzeitig als überzeugten Ukrainer. Wie ist Ihr familiärer Hintergrund?

Kurkow: Mein Vater stammte aus Rostow am Don. Er war Donkosake. Katharina die Große wollte das Kosakenheer im 18. Jahrhundert auflösen und unterwerfen, viele entwaflnete Kosaken wurden daraufhin Bauern oder Arbeiter. Andere gingen in den Nordkaukasus – wie die Vorfahren meines Vaters. Meine Mutter ist in Leningrad geboren,

Der Autor

Andrej Kurkow ist einer der bekanntesten ukrainischen Schriftsteller. Er wurde 1961 in St. Petersburg geboren und lebt seit seiner Kindheit in Kyjiw. In westlichen Ländern wurde er mit dem Roman „Picknick auf dem Eis“ (1996/dt. 2000) bekannt. In den vergangenen Jahren hat er drei Kriegstagebücher veröffentlicht, in diesen Tagen erscheint der aktuelle Band „Jahre im Feuer: Die Zerstörung der Ukraine“ (aus dem Englischen von Rebecca DeWald, Haymon Verlag, Innsbruck 2026, 212 Seiten, 22,90 Euro)



Foto: Christoph Hardt/imag

sie stammt aus einer Priesterfamilie. Mein Vater war zunächst Militärpilot in der Nähe von Leningrad und hat sie dort kennengelernt. Die Mutter meines Vaters lebte in Kyjiw, sie war Chirurgin und Direktorin eines Sanatoriums für Kinder mit Tuberkulose, eine berühmte Ärztin. Nachdem mein Vater das Angebot bekam, als Testpilot für die Antonow-Flugzeugfabrik zu arbeiten, zog unsere Familie nach Kyjiw. Da war ich zwei Jahre alt. Wir lebten einige Jahre bei meiner Großmutter. Aber meine Eltern haben nie Ukrainisch gelernt. Fast niemand sprach in Kyjiw in dieser Zeit Ukrainisch – außer vielleicht Professoren, Schauspieler und Schriftsteller.

taz: Politisch hatten Sie Differenzen mit Ihrem Vater, oder?

Kurkow: Ja. Mein Vater war überzeugter Kommunist. Aber er wollte nicht über Politik und Kommunismus reden. Für ihn war der Zusammenbruch der Sowjetunion im Jahr 1991 dramatisch. Er glaubte weiter an die Idee der Sowjets, es seien bloß

die Falschen an der Macht gewesen.

taz: Haben Sie damals etwas von dissidenten Gruppen mitbekommen, die das Ukrainische stärken wollten?

Kurkow: Ich hatte viel mit Dissidenten zu tun. Aber auch sie waren alle russischsprachig. Mein Bruder war auch Dissident.

taz: Hat er unter Repressionen gelitten?

Kurkow: Er selbst wurde einmal verhaftet. Zum Glück war meine Mutter eine angesehene Ärztin. Von dem Richter, der über den Fall meines Bruders entscheiden sollte, hieß es, er sammle leidenschaftlich Medaillen. Wir besaßen in unserer Familie viele Medaillen unseres Urgroßvaters, er hatte sie im Ersten Weltkrieg bekommen. Meine Mutter hat sie dem Richter geschenkt. So bekam mein Bruder nur zwei Jahre auf Bewährung. Später haben wir die Medaillen in einem Antiquitätenladen wiedergesehen.

taz: Sie schreiben weiterhin auf Russisch, aber auf Russisch erscheinen Ihre Bücher gar nicht mehr.

Kurkow: Genau. Meine Muttersprache ist Russisch, Ukrainisch lernte ich erst als 14-Jähriger in der Schule. Dokumentarische Texte schreibe ich inzwischen auch auf Englisch und Kinderbücher auf Ukrainisch. Prosa schreibe ich auf Russisch, da brauche ich Freiheit und die Sprache als Instrument. Dazu muss ich sie perfekt beherrschen.

taz: Findet man überhaupt noch russischsprachige Bücher in der Ukraine?

Kurkow: Sie sind in Online-Buchhandlungen erhältlich, in den Geschäften hingegen nicht. In Antiquariaten lassen sich jedoch nach wie vor ältere russischsprachige Bücher finden.

taz: Sie schreiben im zweiten Tagebuch: „Eine feindselige Einstellung gegenüber der russischen Kultur ist [auf ukrainischer Seite] zu einem festen Bestandteil des Russisch-Ukrainischen Kriegs geworden“. Wird es zum Problem, wenn die russische Sprache in der Ukraine geächtet wird?

Kurkow: Die erste Welle des Patriotismus ist meines Erachtens vorbei, inzwischen kehren

einige zum Russischen zurück. Einige Leute begannen nach Beginn des Angriffskriegs auf Ukrainisch zu reden und wollten kein Russisch mehr sprechen. Die Entwicklung ist da aber nicht so eindeutig.

taz: Die Dekolonisierungsdebatte polarisiert in der Ukraine. Zuletzt diskutierte das Land über Statuen von Michail Bulgakow und Isaak Babel. Eine Babel-Skulptur soll entfernt werden, obwohl dieser selbst Opfer des Stalinismus war. Schießt die Dekolonisierung über ihr Ziel hinaus?

Kurkow: Sie ist vor allem kontraproduktiv. Es gab so viele Diskussionen auf Social Media über Bulgakow, das ist eine gute Werbung für seine Bücher! Die Bücher dieser Autoren werden dadurch eher mehr gelesen als weniger, das gleiche wird mit Isaak Babel passieren.

taz: Was wäre der richtige Umgang mit den Biografien von Babel, der in jungen Jahren für die Tschecha arbeitete, und Bulgakow, dem nun eine ukrainefindliche Haltung nachgesagt wird?

Kurkow: Alles Gute und Schlechte, was auf ukrainischem Boden geschah, gehört zur ukrainischen Geschichte. Dasselbe gilt für historische Persönlichkeiten und Schriftsteller, die in der Ukraine lebten und wirkten. Wir müssen objektive Biografien veröffentlichen und diese Schriftsteller als Teil der ukrainischen Literatur und Kultur erforschen, ihren Einfluss und ihre Kreise untersuchen. Wir dürfen nicht die sowjetische Methode wiederholen, die biografische Fakten über wichtige historische Persönlichkeiten verschwiegen, andere als übertrieben darstellte und wieder andere erfand. Bulgakow zu verteufeln ist töricht.

taz: In der Ukraine bleibt auch die Wehrgerechtigkeit ein großes Thema. Die Soldaten kämpfen teilweise seit Jahren an der Front, sind völlig erschöpft.

Kurkow: Zum Glück gibt es jetzt eine Reform des Wehrdienstes. Soldaten sollen einen Vertrag unterschreiben, in denen die Dienstzeit und Freistellungen festgelegt sind. Es gibt zurzeit eine Frontlinie, die 1.000 Kilome-

ter lang ist, den Ukrainern fehlen einfach viele menschliche Kräfte. Natürlich sind die Soldaten, die seit 2022 kämpfen, wütend und schimpfen auf die Menschen, die in Kyjiw und Lwiw in Bars oder Cafés sitzen. Dazu kommt, dass die Kinder der heutigen politischen Elite noch immer verschont werden vom Kriegsdienst. Das ist einer Demokratie nicht würdig.

taz: Sie sprechen auch die Kolaboration mit den Besatzern in den inzwischen wieder befreiten Gebiete an.

Kurkow: Ja, auch darüber brauchen wir einen öffentlichen Diskurs. Ein Freund von mir, ein Renter, kehrte nach der Okkupation in sein Heimatdorf Andriivka bei Kyjiw zurück. Sein Haus wurde während der Besatzung leergeräumt. Sein Nachbar war während der Besatzung sehr freundlich zu den Russen, hat Wodka mit ihnen getrunken, ihnen wohl geholfen. Solche Fälle werden gar nicht erst untersucht. In Gebieten wie Saporischschja ist das Problem viel größer, weil manchmal 30 bis 40 Prozent der Bevölkerung in den Dörfern dort bereit waren, mit Russen zu kolaborieren.

taz: Sie wollten nach dem 24. 2. 22 erst mal keine Fiktion mehr schreiben, sind nun aber zu ihr zurückgekehrt und haben Ihren Ermittler Samson reaktiviert („Samson und das Galizische Bad“). Der Krimi spielt in der Zeit der ukrainischen Unabhängigkeit während des russischen Bürgerkriegs. Verhandeln Sie mit den historischen Parallelen zugleich die Gegenwart?

Kurkow: Ja, es gibt sehr viele Parallelen. Einmal die Gewalt von russischer Seite. Und auch damals versuchten die Menschen einfach zu überleben und waren dabei sehr kreativ. Wenn ich über 1919 schreibe, hilft mir das, die Gegenwart zu verstehen.

taz: Die Figur Samson hat ein abgetrenntes Ohr, bekommt dadurch aber die wundersame Fähigkeit, andere Menschen bei ihren Gesprächen abhören zu können. Wenn Sie diese Fähigkeit hätten, wie würden Sie sie nutzen?

Kurkow: Ich würde den Gesprächen zwischen Putin und Lawrow lauschen.

szene
Mit Quallen schwimmen

Je näher ich dem Ort komme, desto weiter scheint er sich von mir zu entfernen. Existiert Wolgast wirklich?, frage ich mich denn auch. Und kriege ein Gefühl, dass sich die Kilometerangaben auf den Radwegeschildern kaum verändern. Nicht, dass ich nach Wolgast möchte. Aber ich weiß: Wenn ich dort bin, ist die Ostsee nicht mehr weit. Und dann kann ich hineinspringen. Dafür habe ich den weiten Weg von Berlin auf mich genommen: Um mit den Quallen zu schwimmen („Die sind lieb, die tun nichts“, wird mir am Abend eine Frau sagen, die an mir vorbeigeht); um zu spüren, wie sich meine Locken klebrig vom Salz anfühlen; um zu sehen, wie die Sonne hinter den Dünen verschwindet; und danach unter der Dusche, wie Sandkörner in den Abfluss gespült werden. Um sieben Uhr besteige ich mit dem Rad in Berlin-Süd-kreuz den RE3 Richtung Stralsund. Bis Bernau unterhalte ich mich mit einer Ärztin, die dort im Dienst ist und kurz vor der Rente steht. Wenn sie nicht mehr arbeiten muss, wird sie auch wieder Fahrradtouren unternehmen – ohne Ziel, ohne Eile, erzählt sie. Ihre Augen glänzen dabei. Nach dem Ausstieg in Greifswald trinke ich erstmal einen Kaffee am Hafen. Kurz darauf bin ich schon auf der Radstrecke, begleitet von Schmetterlingen und Vögeln, im Hintergrund das Geräusch von Traktoren. Es riecht nach frisch gemähtem Gras und den Kiefernadeln, die den Boden bedecken. Ich mache einige Pausen: um auf die Landkarte zu schauen, den Aussichtspunkt „Schlafende Bäume“ zu fotografieren oder mir das Gesicht einzucremen. Wolgast erreiche ich irgendwann nach fünf Stunden Fahrt. Viel sehe ich allerdings nicht von dem Ort. Ich überquere zügig die blaue Ziehbrücke über die Peene und bin schon auf Usedom. Später schaue ich vom Strand aus darauf, wie er sich von Karlshagen aus leert. Ich stelle mir vor, wie sich stattdessen die Pizzerien und Eisdielen der Straße füllen. Ich sitze im nassen Sand, öffne ein Bier und bin endlich angekommen. Luciana Ferrando

Sanfte Schwünge kommen aus der Hüfte

„Hope!“ ist das Motto des Sommerfestivals am Hamburger Kampnagel. Ein Parforce-Ritt durch Tanz, Performance, Konzert und Debatte soll die Sinne anregen



Szenenbild aus Ayelen Parolins „Irresistible Revolution“ Foto: Stanislav Dobak

Von Jens Fischer

Hoffnung ist im Gegensatz zu naivem Optimismus eine innere Bewegtheit, die hinausführen will aus der beängstigenden Wirklichkeit. Raus aus den multikrisenhaften Bedrohungen. Auch wenn sich ein solcher Ausweg nicht öffnet, niemand ihn aufzeigt und zudem an einen erlösenden Deus ex machina nicht zu glauben ist, rumort die Hoffnungsenergie tatenlos weiter. Wie Kunst sie freisetzen kann, will das diesjährige Sommerfestival auf Kampnagel zeigen, dem Produktionshaus der freien darstellenden Künste in den ehemaligen Kranfabrikhallen von „Nagel & Kaemp“ in Hamburg-Winterhude. „hope!“ hat sich der seit 2013 amtierende künstlerische Leiter András Siebold als Motto ausgedacht und das Ausrufezeichen ganz im Sinne von Ernst Blochs „Prinzip Hoffnung“ als Aufforderung zum Handeln gesetzt: Hoffnung soll das Publikum als fundamentale Kraft für aktives Entstehen für eine bessere Welt erleben. Ideal passt dazu die Festivaleröffnung mit Ayelen Parolins Choreografie „Irresistible Revolution“. Händchen haltend, eine Melodie summend schleicht das 24-beinige diverse Ensemble wie

eine aufgeregt unsichere bis hibbelig-hilflose Kita-Kinder-Girlande in den leeren Bühnenraum. Die Körper sind zitternd aufgeregt, ihre Unruhe sucht eine Form des physischen Ausdrucks. Da Parolins Inspiration für diesen Abend aus dem argentinischen Karneval kommt, sind alle Tänzer:innen erstmal in légère Hüftschwünge, -drehungen, -zuckungen verstrickt, die zu Samba, Cumbia und den Murgas von Straßenfesten gehören, wo sich Chorgesang, Perkussion, Tanz und politisatorische Texte vermengen. Für die „Irresistible Revolution“ erheben sich Trommelrhythmen über eine sanfte Bassmelodie, erklingen immer lauter, dringlicher. Entsprechend mutiger entwickeln die Künstler:innen dazu aus der Hüfte heraus einen jeweils eigenen Bewegungskanon, präsentieren mit feiner Ironie das Ver- sowie Entklemmen ihrer unwiderstehlichen Antriebe. Spielmaterial dabei sind Alltagsgesten sowie Impressionen aus Pop-Videoclips, Selbstfindungs-Workshops und dem Kampfsport, von Disco-Floors wie auch traditionellen Festen. Hier und da gibt es ein Zitat aus der Tanzgeschichte. Nach und nach kommen Demonstrationsgebärden hinzu, etwa erhobene Arme und Fäuste. Dass die bro-

delnde Energie auch eine sexuelle ist, wird ebenfalls deutlich. Lasziver kommen Selbstdarstellungen und Anbaggerei daher, Körper schmiegen sich aneinander, verknoten und verknäueln sich. Finden zu Paaren, Trios, kleinen Rudeln zusammen und gleiten wieder auseinander. Es entsteht ein dreidimensionales Wimmelbild, für das alle Exaltationen perfekt aufeinander abgestimmt und vitalissimo choreografiert sind, ein geordnetes Chaos, in dem alles wie spontan erfunden wirkt. Unerschöpflich scheint die Bewegungsfantasie. Besonders beeindruckt, wie präzise die Ununiformität als Fest der Gruppenbildung und der Individualität inszeniert ist, die eben in die Gruppe ein-, nicht in ihr aufgeht. Beim besten Willen ist die atemberaubende Tanzvielfalt auf der großen Bühne aus Publikumperspektive nie im Ganzen wahrzunehmen und macht schnell klar: „Irresistible Revolution“ bietet Augen-, Ohren-, Euphorisierungsfreuden und Humor für mindesten zwei Besuche. Zum Finale gibt es dann den symbolischen Kick ins Politische – mit der ersten und einzigen unisono getanzten Szene, ein gemeinsames Hüpfen als tumultuösem Ausdruck des Hoffens. Daraus entwickelt sich ein fröhlich ausgelassener Demons-

trationszug sich auftürmender und widerständig an die Bühnenbegrenzung klopfender Körper. Aus schamvoll vereinzelter Hoffnung wird der freiheitslustige Aufbruch eines Kollektivs. Allein beim Zuschauen vermittelt dieser dynamische Flow des Miteinanders einen Energieschub fürs rebellische Aktivbleiben. „hope!“ Zu einem großen Festival gehören natürlich auch gegenteilige Erfahrungen – etwa der Verzicht auf Narration, Choreografie und Bildsprache von mitreißender Energie in Adam Seid Tahirs Performance „and from their hair, unending forest“. Dass Seid Tahir dabei den Riesen Ymir aus der nordischen Mythologie spielt, dessen von Odin geschlachteter Körper der Ursprung der Welt sei, ist dem Programmzettel zu entnehmen, auf der Bühne vermittelt sich das nicht. Ein stolz leidender Gesichtsausdruck mag die Aussage illustrieren, Adam Seid Tahir identifiziert sich als queere:r Schwarze:r Künstler:in in Skandinavien mit dem Außenseiter aus der Edda, künstlerisch überzeugt das leider nicht. Und die Musik animiert kaum zum Spiel, sondern überdröhnt ES. Schließlich verschwimmen Protagonist:in und Bühne im Diffusen – ersticken hoffnungslos in künstlichem Nebel.

Sieben weitere Uraufführungen stehen auf dem Programm. Das Sommerfestival bietet zeitgenössischen Tanz, Performing Arts, sehr viele Popkonzerte und Partys, einige Diskussionen, Lesungen, Filme, Kunstinstallationen sowie Bewirtung im Kampnagel-Garten. Für Hoffnungen wie Menschenrechte in Russland wirbt ein Vortrag von Julija Nawalnaja, Witwe des ermordeten Oppositionsführers Alexej Nawalny. Wie sie ihre Krebserkrankungen überwunden haben, thematisieren Melanie Jame Wolf mit einem Comedy- und Jacob Jonas mit einem Tanz-Abend. Dass ein solch kunterbunter Genremix eine Zukunft haben soll, ist ebenfalls mit „hope!“ gemeint. Die denkmalgeschützten Kampnagel-Hallen werden ab September 2026 drei Jahre lang für 168 Millionen Euro saniert, technisch ertüchtigt und baulich erweitert. Abschied vom rohen Industriecharme feiert Christoph Marthaler mit „Erste letzte Sekunde – eine Gala“ zum Ausklang des Veranstaltungsreignis. 2027 sei trotzdem ein Sommerfestival geplant, heißt es auf Kampnagel, die Baustelle werde Spielort, verstärkt aber auch der Hamburger Stadtraum. „hope!“, Kampnagel-Sommerfestival, Hamburg, noch bis zum 23. August 2026

Anzeige

KLASSEN

KULTUR

KAMPF!!!

In Zeiten von Rechtsruck und Kulturkampf braucht es aktive und laute Gegenöffentlichkeit. Deshalb Journalismus von links – unbestechlich, unbequem, unabhängig.

taz.de/abo

10x wochentaz für nur 10 Euro
Mo – Fr digital, samstags gedruckt

Puppenhaus-
artiges
Museumsmo-
dell im
„Cabinet of
Wonders.
Lothar
Osterburg
back from
Brooklyn“ Foto:
© Herzog
Anton
Ulrich-Muse-
um, Kathrin
Ulrich



Vom Bildrand guckt das Mädchen mit dem Weinglas

Lothar Osterburg legt im Herzog Anton Ulrich Museum in Braunschweig einen traumschönen Parcours durch die Kunstgeschichte – mit irritierendem Maßstab

Von **Bettina Maria Brosowsky**

Es ist gewiss eine ganz eigene, schöne und gleichsam ambivalente Sache für Künstler:innen, die Einzelausstellung in einem renommierten Museum in der Stadt zu haben, aus der man kommt. Dort, wo die allerersten künstlerischen Schritte oft nicht recht goutiert wurden. Diese Erfahrung macht gerade Lothar Osterburg im Herzog Anton Ulrich Museum in Braunschweig. Osterburg wurde 1961 just in Braunschweig geboren, lebt aber seit fast 40 Jahren in den USA. 2011 hatte er in einer Berliner Galerie einige Arbeiten gezeigt, erzählt er, nun sind viele, auch ganz neu entstandene in seiner niedersächsischen Heimatstadt zu bewundern.

Ja, „bewundern“ ist hier die richtige Betrachtungshaltung, denn Osterburg knüpft in seinen Themen und Arbeitsweisen an die Kuriositätenkabinette und Wunderkammern alter dynastischer Sammlungen an,

die, wie auch in Braunschweig, den Grundstein legten für staatliche Museen kunsthistorischer Ausrichtung.

Im Zentrum der Ausstellung steht ein über zwei Meter langes Modell des Herzog Anton Ulrich Museums. Gefertigt ist es in farbigem Papiermaché aus alten Kunstdrucken und Landkarten. Die Fassadenfront kommt recht naturgetreu daher, allenfalls irritieren überdimensionale Autos – und ein U-Bahnabgang, dessen tiefer gelegenes Innenleben durch ein kleines Sichtfenster inspiert werden kann.

Hier stand die U-Bahn New Yorks Pate, der Stadt, in der Osterburg lebt. Die Rückseite des Gebäudes ist zerklüftet und bietet Raum für biografische wie kunstgeschichtliche Spekulationen. Über jenes ornamentierte Bleiglasfenster etwa, das von außen zu sehen ist und, leicht geöffnet, Jan Vermeers „Das Mädchen mit dem Weinglas“ in den Bildrand rückt. Das um 1659 entstandene Ge-

mälde ist eines der Highlights des Braunschweiger Hauses.

Vom dornigen Weg, Künstler zu werden, erzählen weitere Raumfragmente mit den Materialschlachten zur „Mappenprüfung“ an der Kunsthochschule Braunschweig oder der (abgelehnten) Bewerbung zur Teilnahme an einer der „Herbstausstellungen“ norddeutscher Künstler:innen in Hannover.

Lothar Osterburg hatte aber auch Erfolg. Er konnte 1981 sein Kunststudium in Braunschweig aufnehmen, konzentrierte sich auf die Zeichnung und vor allem die Druckgrafik. Ein akademisches Austauschprogramm brachte ihn 1987 nach San Francisco an die State University. Verschult sei es dort zugegangen, so Osterburg. Doch konnte er dort seine druckgrafischen Fähigkeiten in der Lithografiewerkstatt unter Beweis stellen, für niemand Geringeres als Roy Lichtenstein akquirierte er erste Aufträge.

Osterburg avancierte zum Spezialisten für die Heliogravüre, ein

historisches Tiefdruckverfahren, das ein Fotopositiv in eine Druckplatte übersetzt. Christian Boltanski oder John Baldessari wussten seine Dienste zu schätzen, die charakteristisch tiefschwarz mysteriöse Unschärfe der Heliogravüre wurde fortan zum Spezifikum von Osterburgs eigener Kunst. Die Druckgrafik spülte ihn später nach New York und seine Werkstätten, wo er für seinen Lebensunterhalt auch „Master Prints“ anfertigt. Sein favorisierter Künstler wie Kunde sei William Kentridge.

In der eigenen Grafik greift Osterburg auf kunsthistorische Topoi oder traumhafte Erinnerungen zurück. Es gibt eine Serie zu 30 seiner vormaligen Ateliers. Das erste war eine Dachkammer mit einer Fensterluke – oder doch zwei? – ganz in der Nähe des Museums. Giovanni Battista Piranesis Architekturfantasien der „Carceri“, vom Italiener stetig verdichtet und um irrwitzige Details erweitert, überarbeitete Os-

terburg neuerlich, fügte weitere Zugbrücken ins Nirgendwo zu.

Die biblische Erzählung vom Turmbau zu Babel, bekannt etwa durch Gemälde von Pieter Bruegel dem Älteren, war Anlass für ein Modell aus Miniaturbüchern, das, abfotografiert, zur Heliogravüre wurde – und zum Sinnbild für die Bereicherung jeder Kultur durch viele Sprachen. Bei Osterburg schwimmen Städte auch mal vor der Skyline Manhattans oder alles bewegt sich in seinen Mehrkanalvideos, musikalisch begleitet von seiner Ehefrau, der Komponistin Elizabeth Brown. Und immer wieder irritieren subtile Maßstabsverschiebungen, die hier nicht nur viele Facetten dieses Braunschweiger-New Yorker Künstlers, sondern auch der Kunstgeschichte entdecken lassen.

„Cabinet of Wonders: Lothar Osterburg back from Brooklyn“.
Herzog Anton Ulrich Museum
Braunschweig, bis 4. Oktober 2026



Uli Hannemann
Freiberufliches Schreiben

Klingeln, Auftrag, Honorar, Happi

Eigentlich wäre es mir lieber, die Zeitungsleute würden sich morgens früher melden, wenn sie was von mir wollen. Also bis zehn, und nicht erst nach elf, manchmal sogar halb zwölf. Da sitze ich nämlich schon seit acht an anderem Zeug, und mehr als drei Stunden konzentrierter Arbeit kann ich knicken.

Im Bergwerk wäre ich daher eher nicht so gut aufgehoben. Spätestens um elf würde ich den Förderkorb zutage besteigen: „Nee, sorry, Leute, das reicht jetzt echt, und ich bin auch schon voll dreckig...“

Erschwerend kommt hinzu, dass ich mir für jeden gelungenen Satz – und das sind, bei aller

Bescheidenheit, nicht wenige – traditionell ein Sektchen genehmige. Als Freiberufler brauchst du einfach bestimmte Tricks und Routinen, um die eigene Arbeitsmoral hochzuhalten. Das begreifen die Bergwerkmenschen oft nicht; das ist ja eine komplett andere Berufsmentalität.

Doch ich versteh' natürlich, dass die Redaktion es erst bei allen anderen versucht, bevor sie bei mir anrufen. Weil letztlich ist das immer noch eine Tageszeitung und kein Clownspamphlet. Das sehe ich absolut ein. Als Redakteurin würde ich auch zuerst die richtigen Journalisten fragen, und bis klar ist, dass an dem Tag keiner kann, wird es schon mal später.

Solange sitze ich am Schreibtisch wie ein Soldat im Schützengraben, der auf einen Einsatz wartet, der dann vielleicht einmal im Monat überhaupt kommt. Mein Gewehr ist die Tastatur, mein Magazin hat 26 Schuss plus Umlaute und Satzzeichen. Ratatatat. Ladehemmung kenne ich nicht.

Ich bin, wie das die Verhaltensbiologie nennt, konditioniert: Mein Körper reagiert automatisch auf bestimmte Schlüsselreize. Sobald am Donnerstag um elf das Telefon klingelt, zeige ich schon so eine Art pawlowschen Reflex. Klingeln,

Auftrag, Honorar, Happi. Ich beginne schon, zu recherchieren, ehe ich überhaupt weiß, worüber ich schreiben soll. Gleichzeitig läuft der Speichel.

In der Beziehung bin ich wie so ein Rabe, der gelernt hat, auf ein Klingelzeichen hin mit seinem Schnabel ein Türchen zu öffnen, hinter dem sich Futter befindet.

Raben finde ich ja toll. Also keine Krähen, sondern echte Kolkragen. „Der Rabe ist der klügste und schönste Vogel der Welt“, verkünde ich nonstop in so einem Mix aus Wikipedia und „BBC Earth“. „Er kann lesen, schreiben und singen. Und er wird hundertfünfzig Jahre alt.“ Ich wäre supergern ein Rabe. Dann wäre ich auch total klug.

Meine Frau findet das unangenehm nerdig – ebenso wie, dass ich ihr verboten habe, die

Ich beginne schon zu recherchieren, ehe ich überhaupt weiß, worüber ich schreiben soll. Gleichzeitig läuft der Speichel

Hirschkühe immer Rehe zu nennen, wie so'n beklopptes Kind. Wauwau, Muhkuh, Reh. Jetzt ärgert sie mich die ganze Zeit, indem sie zu Raben extra Krähen sagt, und zu Krähen Raben.

„Ach, wieder so ‚ne Scheißkrähe“, sagt sie verschlagen, wenn ich im Wald fasziniert nach den majestätischen Vögeln Ausschau halte, die übrigens im Schnitt drei bis sechs gefleckte Eier legen. Ihre spöttische Ignoranz bringt mich zuverlässig zur Weißglut – das ist im Grunde auch wieder so eine Klingel, die man bei mir bloß zu drücken braucht.

Besonders originell finde ich das nicht. Es ist einfach nur niederträchtig, und allenfalls ein gradueller Unterschied zu Fieslingen, die herausgefunden haben, dass man andere Leute mobben kann, indem man ihnen ein Messer in den Rücken rammt. Toll, ganz toll. Glückwunsch für diese Sternstunde der Psychologie.

Wo war ich stehengeblieben? Ach ja, bitte keine Anfragen nach elf Uhr. Ich könnte ihnen das natürlich auch sagen, aber warum nicht stattdessen in diese Zeitung hereinschreiben? Vielleicht lesen sie die ja sogar, und das wäre dann viel eleganter. Dann haben sie es auch gleich schriftlich.



taz  **shop**

Unsere Redakteur*innen und schreiben unermüdlich für die taz, aber es reicht längst nicht aus für das, was sie zu sagen haben. Also schreiben sie Bücher. Und weil sie danach immer noch nicht müde sind, schreiben sie von Hand ihren Namen vorne rein – damit Sie nie wieder überlegen müssen, was Sie zum nächsten Geburtstag verschenken. Nett, oder?

Kampf um die Plastikscheibe

Ultimate Frisbee ist schon lange eine ernsthafte, für ihr Fairplay bekannte Sportart. Zur WM in Irland wird nun gefordert, israelische Vereine auszuschließen



Von **Ralf Sotscheck**

Die älteren Leserinnen und Leser erinnern sich an sonnige Nachmittage im Park, an denen man sich auf einer Wiese eine flache Plastikscheibe zuwarf: das Frisbee. Aus dem anspruchswosen Freizeitvergnügen ist eine ernsthafte Sportart mit Weltmeisterschaften geworden. Die nächste Klub-Weltmeisterschaft finden dieses Jahr vom 15. bis zum 22. August im südwestirischen Limerick statt.

Mit dabei sind auch die beiden Berliner Teams „Wall City“ bei den Männern und „jinX midnight“ bei den Frauen. Beide gehören zur europäischen Frisbee-Elite, und beide sind im Verein Turngemeinde in Berlin 1848 organisiert, der seit 2002 eine eigenständige Ultimate-Abteilung unterhält, die mehr als 220 aktive Mitglieder zählt.

Woher der Name „Wall City“ kommt, ist offensichtlich. Aber „jinX midnight“? Eigentlich bedeutet das Wort „verhexen“, aber vermutlich ist der Name dem James-Bond-Film „Stirb an einem anderen Tag“ aus dem Jahr 2002 entlehnt. Darin taucht eine Giacinta Johnson auf, genannt Jinx und gespielt von Halle Berry. Sie ist eine US-amerikanische Geheimagentin der NSA, die sich mit Bond zusammentut. Doch ob der Name des Frisbee-Teams wirklich daher stammt, wissen selbst die Spielerinnen nicht, da die Namensgebung lange vor ihrer aktiven Zeit stattfand.

Die Sportart entstand bereits 1968 in den USA. Seit den Anfängen hat Ultimate Frisbee zunehmend an Beliebtheit gewonnen und zählt mittlerweile Millionen von Aktiven. Bereits

1989 wurde die erste Weltmeisterschaften der Vereinsmannschaften ausgetragen. 1996 kam Ultimate Frisbee auch nach Irland und ist dort eine der am schnellsten wachsenden Sportarten. Weil der Begriff „Frisbee“ ein eingetragenes Warenzeichen des Spielzeugherstellers Wham-O ist, durfte der Sport ursprünglich nicht „Ultimate Frisbee“ heißen, sondern nur „Ultimate“. 2024 wurde das Warenzeichen dann doch an die Ultimate Frisbee Association lizenziert.

Die Teams bestehen aus sieben Spielerinnen und/oder Spielern, das Spielfeld ist 100 Meter lang und 37 Meter breit, also etwa so lang wie ein Fußball- oder Rugbyfeld, aber halb so breit, es weist an beiden Enden eine „Endzone“ auf. Die Teams werfen sich das Frisbee gegenseitig zu und arbeiten sich über das Spielfeld vor. Einen Punkt gibt es, wenn jemand das Frisbee in der gegnerischen Endzone fängt. Man darf nicht laufen, während man das Frisbee in der Hand hält, und hat 10 Sekunden Zeit, es zu werfen. Wird das Frisbee abgefangen oder fällt zu Boden, kommt es zum Gegenangriff. Es ist ein rasanter Amateursport, selbst auf dem höchsten europäischen Level wird niemand für das Werfen der 175 Gramm schweren Scheibe bezahlt.

Ultimate Frisbee ist eine kontaktlose Sportart, es gibt keine Schiedsrichter. Der Schwerpunkt liegt auf Fairplay. Selbst auf höchstem Niveau wie etwa bei Weltmeisterschaften regeln die Spieler und Spielerinnen alle Regelverstöße untereinander. Kommt es zu einem Foul, besprechen die Beteiligten die Situation. Bei jedem Turnier wird ein „Spirit of the Game“-

Preis an das Team mit dem größten Teamgeist vergeben. Nur selten kommen auch „Beobachter“ zum Einsatz. Sie können anbieten, einzugreifen, wenn keine Einigung unter den Beteiligten erzielt wird.

Im Vorfeld der diesjährigen Klub-WM hat die geplante Teilnahme eines israelischen Vereins in Limerick für Unruhe gesorgt. „Ranelagh Ultimate“, das mit acht irischen Titeln und einer europäischen Goldmedaille seit seiner Gründung im Jahr 2011 als erfolgreichster irischer Sportverein aller Zeiten gilt, veröffentlichte eine Erklärung, in der die Teilnahme von „New Age“, dem israelischen Landesmeister, abgelehnt wird. Unter Hinweis auf die Gräueltaten in Gaza forderten die Dubliner die World Flying Disc Federation (WFDF) – die FIFA des Frisbee – auf, entweder alle israelischen Mannschaften von Wettkämpfen auszuschließen, bis „die anhaltenden groß angelegten Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht in Gaza eingestellt sind“, oder der Mannschaft eine neutrale Bezeichnung aufzuerlegen, um sicherzustellen, dass keine israelische Flagge gezeigt wird.

Das löste im Internet eine heftige Debatte über Sportboykotte aus: Befürworter lobten das Eintreten für die Menschenrechte, während Kritiker argumentierten, dass dadurch der inklusive „Spirit of the Game“ verletzt werde, da einzelne Sportler für die Politik ihres Landes bestraft würden.

Knapp eine Woche vor Beginn der WM hat die WFDF selbst in der Sache noch nichts entschieden. Die beiden teilnehmenden irischen Teams erklärten aber, dass sie keinesfalls gegen das israelische Team antreten werden.

Ultimate ist ein beliebter Amateursport, der mittlerweile von Millionen von Menschen auf der ganzen Welt getrieben wird
Foto: foto-2press/imago

Der weite Weg zum Gold

Diesen Montag beginnt die Leichtathletik-EM. Auch das deutsche Team reist zu Recht mit einigen Medaillenambitionen an. Eine Vorschau

Wenn am Montag die Leichtathletik-EM in Birmingham beginnt, werden die Blicke nicht nur auf die Top-Stars um Armand Duplantis, Femke Bol oder Karsten Warholm gerichtet sein. Auch die deutschen Leichtathleten haben durchaus hier und da die Chance auf eine Medaille – wenn nicht sogar auf Gold.

Allen voran natürlich Weitspringerin Malaika Mihambo. Die Olympiasiegerin und zweifache Weltmeisterin hat in Birmingham einen Titel zu verteidigen. Mit einer Saisonbestleistung von 7,05 Metern, gesprungen beim Diamond-League-Meeting Mitte Juli in London, ist sie derzeit die zweitbeste Europäerin. Weiter ist nur die Italienerin Larissa Lapichino gekommen, mit 7,12 Metern aber auch nur ein Stückchen. Um sich die Chance auf Gold zu bewahren, muss Mihambo aber ihren Anlauf unter Kontrolle bringen. Die Saison ist bisher von vielen ungültigen Versuchen geprägt. Trifft sie jedoch das Brett, dann ist alles möglich.

Was alles so möglich ist, hat Yemisi Mabry gezeigt. Vor zwei Jahren gewann die Kugelstoßerin sensationell die Goldmedaille bei den Olympischen Spielen in Paris. Nun soll am liebsten das gleiche Edelmetall in Birmingham hinzukommen. Ihre Saisonbestleistung von 20,37 Metern stammt allerdings aus der Halle, im Sommer übertraf sie diese magische Marke noch nicht. Das

dernisläuferin nicht mehr so schnell gerannt. Mit ihren 9:07,50 Minuten katapultierte sich Krause auf Platz acht in der Weltrangliste. Allerdings kommt die ärgste Konkurrenz, nämlich Lea Mayer auf Platz neun, aus dem eigenen Lager.

Sprinterin Lückenkemper hatte dagegen in letzter Zeit zu kämpfen. Ein Zeckenstich brachte die Vorbereitung der Europameisterin von 2022 durcheinander, sodass sie bei den deutschen Meisterschaften Nachwuchstalant Jolina Ernst den Vortritt lassen musste. Eine Einzelmedaille könnte also schwierig werden, die 4x100-Staffel gehört allerdings zu den ganz großen Gold-Favoriten in Birmingham.

Das gilt natürlich auch für den Weltmeister im Zehnkampf, Leo Neugebauer. Nicht weniger als die Goldmedaille wird von dem 26-Jährigen, der vor zwei Jahren den deutschen Rekord auf 8.961 Punkte schraubte, erwartet. In dieser Saison musste er bloß dem Schweizer Simon Ehammer den Vortritt lassen, der in Birmingham jedoch nur im Weitsprung antritt. Während alle auf Neugebauer schauen, sollte man allerdings nicht Niklas Kaul aus den Augen verlieren. Der Europameister von 2022 ist ebenfalls in guter Form.

Wie es sich anfühlt, einen Uralt-Rekord zu brechen, weiß auch Emil Agyekum. Erst im Juli verbesserte der 400-Meter-Hürden-Sprinter den 44 Jahre alten deutschen Rekord von Harald Schmid. Besser in Europa war in dieser Saison nur Superstar Karsten Warholm. Eine Medaille könnte also durchaus drin sein. Davon träumt auch Owen Ansah, der als erster Deutscher überhaupt beim 100 Meter Sprint unter zehn Sekunden blieb. Allerdings droht ihm wegen des Vorwurfs einer verweigerten Dopingkontrolle eine mehrjährige Sperre.

Deutschlands Kader ist voll von Rekordhaltern. So auch Frederik Ruppert, der im Mai als erster Europäer in der Geschichte unter acht Minuten über 3.000 Meter Hindernis geblieben ist. Somit gehört der 29-Jährige ebenfalls zu den ganz großen Favoriten auf eine Goldmedaille in Birmingham.



Auch er wird über viele Hürden springen müssen, um Europameister zu werden: Zehnkämpfer Leo Neugebauer (3. v. l.)
Foto: Philipp Stevens/imago

sollte sie aber, will sie eine Medaille gewinnen. Denn die Konkurrenz, allen voran die Niederländerin Jessica Schilder, ist stark.

Ebenfalls mit Medaillenambitionen reisen Gina Lückenkemper und Gesa Krause in die englische Industriestadt. Letztere ist in Topform, seit sieben Jahren ist die Hin-

was alles nicht fehlt

Trauer: Lionel Messis Vater Jorge Messi ist im Alter von 68 Jahren gestorben. Aus Gründen des Datenschutzes und aus Respekt vor der Familie würden keine weiteren Einzelheiten dazu bekanntgegeben, so die Klinik in Argentinien. Jorge Messi war eine prägende Figur in Lionel Messis Karriere. Er brachte ihn als Jugendlichen nach Barcelona, nachdem ein Wachstumshormonmangel festgestellt worden war. Der FC Barcelona nahm ihn in seine

Jugendakademie auf und übernahm die Behandlungskosten.

Freude: Center-Spielerinnen Luisa Geiselsöder, 26, durchlebt bei Portland Fire eine schwere Zeit. Davon profitiert jetzt das deutsche Nationalteam. Denn Portland hat Geiselsöder nun die vorzeitige Freigabe erteilt und somit kann sie den deutschen Basketballerinnen bereits zu Beginn der WM-Vorbereitung zur Verfügung stehen. „Ich freue mich riesig, schon jetzt

zum Team zu stoßen“, sagte sie. Am Montag steht das erste Training an, am Samstag das erste Testspiel gegen Spanien. Die anderen vier WNBA-Spielerinnen stoßen erst kurz vor Beginn der WM in Berlin (4. bis 13. September) dazu.

Wut: Neue Vorwürfe setzen Fifa-Präsidenten Gianni Infantino weiter unter Druck. Der Fußball-Weltverband wettete indes gegen eine angebliche Schmutzkampagne. Die

jüngste Berichterstattung habe zudem „unbelegte Behauptungen und nachweislich falsche Aussagen“ enthalten. Zuvor war bekannt geworden, dass unter Infantino als Uefa-Generalsekretär eine hohe Abfindung an seine frühere Mitarbeiterin gezahlt sowie deren Studium finanziert worden sei. Ebendiese seeni damals außerdem schnell von einer administrativen Stelle in eine deutlich besser bezahlte Führungsposition aufgestiegen.

Anzeige





Jetzt bestellen!

26 Euro | shop@taz.de | T. (030) 25 90 21 38

gurke des tages

Anderswo brennen ganze Wälder in der Größe halber Länder, aber die Hütte, die sprichwörtliche Hütte, die brennt nur in Werl: „Brennende Gartenhütte sorgt für Feuerwehreinsatz“, so lautete die volle Polizeimeldung am Sonntag, und sie beinhaltete ferner den tollen Satz: „Die ersteintreffenden Polizeibeamten konnten das Feuer zunächst eindämmen, bis die Feuerwehr vor Ort die weiteren Löscharbeiten übernahm.“ Was aber taten die zweiteintreffenden Beamten? In die Röhre schauen?



das wetter

Der aalglatte Komtur

Der allglatte Komtur war zahlreich erschienen. Auch war er ortänderlich und trotzdem radikal polizeienbekannt. Für Torten war er ein Gefährder, weswegen die Kuchenpolizei meist vergeblich nach ihm fahndete. Ja, es gab Waagen, die seine Daten weitervermittelten, vornehmlich an vornehme Ärzte, deren Gelübde mottenzerfressen schienen. Nach Straußfurt aber kam der aalglatte Komtur nie, obgleich er selbstredend

ein 1a Schwimma wa. Spielte seine Erscheinung auf irgendwas an? Zum Beispiel auf Motive aus Mozarts Müsli oder was von Monteverdi in Montevideo? Nein, davon kann nicht ausgegangen werden, schon gar nicht um die Uhrzeit. Das Nachtleben ist hier eh nicht so toll. Überhaupt war eher Wels die Stadt seiner Träume: eine Stadt, die nach einem Fisch benannt war! In Bayern fand sich kein Hering! Wels, Wels, nur du allein!

Alles andere als scheue Individuen

Die lustige Tierwelt und ihre ernste Erforschung (248): Amseln singen nicht nur gern, sie passen sich auch der Stadt mühelos an

Von Helmut Höge

Zwei nach Geschlechtern getrennte Forschungsgruppen einer Berliner Privatuniversität befragten im Neubau-Viertel Karow-Nord Ehepaare, ob der Mann oder die Frau bei der Wahl ihres Einfamilienhauses bestimmend war. Sie kamen dabei zu ganz unterschiedlichen Ergebnissen. Ähnlich ist es bei den Amselforschern: „Die Rolle des Männchens bei der Nistplatzwahl ist umstritten“, heißt es auf Wikipedia. „Manche Autoren gehen von einer alleinigen Entscheidung des Weibchens aus, andere nehmen an, dass das Männchen dem Weibchen die infrage kommenden Nistplätze zeigt oder auf andere Weise mehr oder weniger Einfluss nimmt.“

Bei einer anderen Amselforschung – im Rahmen eines „Jugend forscht“-Wettbewerbs – war die „Sonderpreisgewinnerin“ von der Frage ausgegangen, ob die Londoner und Berliner Amseln unterschiedlich singen: „Ja, es lassen sich Unterschiede (Dialekte) nachweisen.“

Dem Amselgesang widmen sich etliche Vogelforscher, denn die Amsel gilt als „besonders kreativ in der Erfindung, Kombination und Variation von Motiven. Die melodiosen Strophen klingen für menschliche Ohren eingängig und gefällig, ganz im Gegensatz zu dem bei Erregung zu hörenden Zetern oder ‚Tixen‘, einer Aneinanderreihung hoher ‚tix‘-Laute.“ Nicht zuletzt wegen des Gesangs, von Männchen wie Weibchen, wurden sie in Neuseeland und Australien eingebürgert. Vielen Farmern dort gelten sie nun als Schädlinge und werden verfolgt, weil sie



Mehr als ein Schattenriss: Amsel beim Trällern Foto: dpa

ihre Obstplantagen und Weinberge plündern. In Nordamerika und Südafrika waren die Einbürgerungsversuche erfolglos.

Die Amsel war einmal ein scheuer Waldvogel, aber nach und nach wanderte sie in die Städte ein, wo sie sich stark vermehrte und inzwischen zu den beliebtesten und am wenigsten scheuen Wildvögeln gehört. Der Hobbyornithologe Dr. Salm-Schwader geht davon aus, dass die Ursache für diese Standortverlagerung mit der Erfindung des Rasenmähers und den damit möglich gewordenen großen Kurzrasenflächen in den städtischen Parkanlagen und Gärten zusammenhängt. Den Amseln erleichtern sie das akustische Auffinden von Regenwürmern, die in ihren Gängen ein scharrendes Geräusch verursachen, wenn sie sich bewegen.

Die Regenwürmer zählen neben Insekten zur Hauptnahrung der Amseln. Dr. Salm-Schwader vertritt die These, dass das Kurzhalten der Rasenflächen sich positiv auf die Intelligenzentwicklung sowohl der Amseln als auch der Regenwürmer ausgewirkt habe, denn je kürzer das Gras, desto schneller müssen beide reagieren.

Das Projekt „ICARUS“ der Max-Planck-Gesellschaft, das 200 in Gefangenschaft geborene Amseln mit Sensoren ausgerüstet und freigelassen hat, will weitere 1.800, die ebenfalls besendert werden, „aus der Natur“ nehmen, wie der MDR das nannte, um die Flugrouten der 2.000 Amseln zu verfolgen. „Aber was weiß man, wenn man weiß, ob und wo sich die Singvögel herumtreiben?“ Fragte sich der MDR. „Ihre Migrationsbe-

wegungen von Nord nach Süd und umgekehrt sind bekannt. Auch, dass sich manche inzwischen nicht mehr jährlich auf die Reise machen.“

Je weiter nördlich die Amseln leben, in Schweden, Finnland und Russland, desto mehr fliegen im Herbst nach Süden, während von den in Mitteleuropa heimischen sich ein immer geringerer Teil in etwas wärmere Regionen absetzt. Der Ornithologe Jochen Hölzinger weiß sogar, wo sich die Amseln aus Baden-Württemberg hinbegeben: Ihr bevorzugtes Winterquartier ist das untere Rhönetal („Die Vögel Baden-Württembergs“, Band 3/1).

Außerdem weiß man, dass die in Städten lebenden Amseln seltener nach Süden fliegen als die in Wäldern lebenden. Und dass die Amselmännchen

häufiger in ihren Revieren bleiben als die Weibchen, höchstens weichen sie kurzfristig der Kälte aus. In den Städten brüten pro Hektar vier und mehr Paare, in den Wäldern kommt höchstens ein Brutpaar auf einen Hektar. Wobei die Beobachtungen der „Bird-Watcher“ ergaben, dass die Weibchen ihre Nester alleine bauen – in Büschen, auf Bäumen oder auf dem Boden – und dass sie ihre vier bis fünf Eier auch alleine ausbrüten. Das Männchen füttert sie währenddessen und beteiligt sich dann an der Aufzucht der Jungen.

In der Stadt suchen sich die Amseln höher gelegene Niststandorte als im Wald und scheuen sich nicht, Papier-, Plastik- und Stoff-Fetzen als Nistmaterial zu verwenden und ausgefallene Nistplätze – hinter Leuchtreklame, in Briefkästen, auf Balkonen, in Motorräumen von Schrottautos – zu akzeptieren. Ein Amselpaar baute einmal sein Nest auf einem Berggipfel, als der in Betrieb genommen wurde, musste das Männchen stets mit hinauf- und wieder hinabfliegen, um sein Weibchen zu versorgen und später ihre Jungen.

Im Wikipedia-Eintrag heißt es, dass „im Siedlungsgebiet zwar mehr Bruten pro Jahr erfolgen können, der Bruterfolg aber durch Störungen von Menschen sowie auch von Hauskatzen beeinträchtigt wird und in ländlichen Gebieten oft größer ist. In Gebieten, in denen Rabenvögel, insbesondere Elstern, zahlreich sind, kann es zu einer Häufung von Gelegeverlusten kommen.“

Der Biologe Cord Riechelmann schrieb: Es sei zwar wahr, dass Elstern „in manchen Gegen-

den von Amseln fressen“. Dennoch lasse sich „kein nachweisbarer Einfluss dieser Tatsache auf den Bestand der Amseln finden. Amseln bringen es in Städten mitunter auf bis zu drei Bruten in einem Jahr und offensichtlich können sie sich den Verlust des ersten Geleges leisten.“

Was sie jedoch kaum überleben, ist das seit 2018 durch Stechmücken übertragene Usutu-Virus: „Komplette Straßenzüge in Hamburg liegen voll mit toten Amseln“, berichtete Renke Lühken vom Institut für Tropenmedizin dem NDR. Der NABU schrieb damals auf seiner In-

Was sie kaum überleben, ist das seit 2018 durch Stechmücken übertragene Usutu-Virus

ternetseite: „Das Amselsterben nimmt offensichtlich immer größere Ausmaße an. Gab es bis vor einer Woche erst 1.500 Verdachtsfälle, sind es nun bereits 5.000 Meldungen über kranke oder verendete Vögel.“

Wo Amseln in Gärten brüten und gefüttert werden, kann es vorkommen, dass sie die Gartenbesitzer um Hilfe bitten, wenn sich eine Elster ihrem Gelege beziehungsweise ihren Jungen nähert. Die englische Autorin Len Howard berichtet in ihrem Buch „Birds as Individuals“ davon. Es handelt von einigen Blaumeisen und Amseln, die sie über Jahre fütterte und umhegte und die in ihrem Garten lebten, wozu auch das Innere des Hauses gehörte.

Ralf Sotschek

Obdachlose in die Tresorräume!

Belfast wollte sich von seiner schönsten Seite präsentieren. Die nordirische Hauptstadt war zum ersten Mal Gastgeber des Fleadh Cheoil, des Musikfestivals, das jedes Jahr von einer anderen Stadt oder Gemeinde ausgerichtet wird. Eine Woche lang brummte die Stadt, die den Ruf als gefährliches Zentrum des gewalttätigen Nordirland-Konflikts mit 3.600 Toten längst hinter sich gelassen hat.

Wenn da nur nicht die Obdachlosen wären. Die störten das neue, saubere Image. Deshalb mussten sie verschwinden. Laut „The People’s Kitchen“, der einzigen Anlaufstelle der Stadt, die Obdachlosen Essen anbietet, haben Polizeibeamte damit gedroht, Menschen zu verhaften, wenn sie in der Innenstadt auch

nur ihren Schlafsack auf den Boden legten oder sich gar daraufsetzten, geschweige denn zum Schlafen hineinschlüpfen.

„The People’s Kitchen“ musste deshalb an die Antrim Road außerhalb der Festivalzone umziehen, und zwar in die Tresorräume einer ehemaligen Filiale der Ulster Bank, die bis zum Rand mit Lebensmittel- und Kleiderspenden gefüllt waren. Die Wohltätigkeitsorganisation stellt 1.200 Mahlzeiten pro Woche bereit. Der Gründer Paul McCusker sagt: „Dort, wo viele der Veranstaltungen stattfinden, gibt es Obdachlose, für die die Straße eigentlich ihr Zuhause ist.“ Aber wenn man mit einem Pint Guinness in der Hand dem fröhlichen Lied eines Straßenmusikers lauscht, will man keine hungrigen Menschen sehen.

Der Fleadh Cheoil hat sich von bescheidenen Anfängen 1951 in der Kleinstadt Mullingar zu einem Riesenspektakel entwickelt. Neben den Wettbewerben, an denen rund 6.000 Musikerinnen und Musiker in den verschiedenen Instrumental-, Gesangs- und Tanzkategorien teilnehmen, finden parallel unzählige Sessions und Auftritte von Musikern in Pubs, Clubs, Gemeindehallen, Kirchen und auf den Straßen statt.

Die Sache ist für die Veranstalter höchst lukrativ, rund 800.000 Besucher kamen in der vergangenen Woche nach Belfast und gaben schätzungsweise 50 Millionen Pfund aus, um traditionelle irische Musik zu hören.

Nicht alle Musik ist jedoch willkommen: Der Sprecher des nordirischen Parlaments, Ed-

win Poots von der Democratic Unionist Party (DUP), hat einen Wutanfall bekommen, nachdem aus einem Imbisswagen das IRA-Lied „Celtic Symphony“ laut heraus geschallt ist. Der Vorfall bestätigte seine Vorurteile gegen die irische Kultur. Poots ist ein Young-Earth-Kreationist. Er glaubt, dass die Erde nur etwa 6.000 Jahre alt ist, und lehnt die Evolutionstheorie ab. Die Imbiss-Betreiber erklärten, das Lied sei rein versehentlich abgespielt worden. Man sei „absolut bestürzt“ darüber.

Die Bestürzung über die Vertreibung der Obdachlosen hielt sich dagegen in Grenzen. Vielleicht glaubt Poots, dass Obdachlose genauso ein Fake sind wie Dinosaurier. Denn als die angeblich gelebt haben, gab es die Erde ja noch gar nicht.

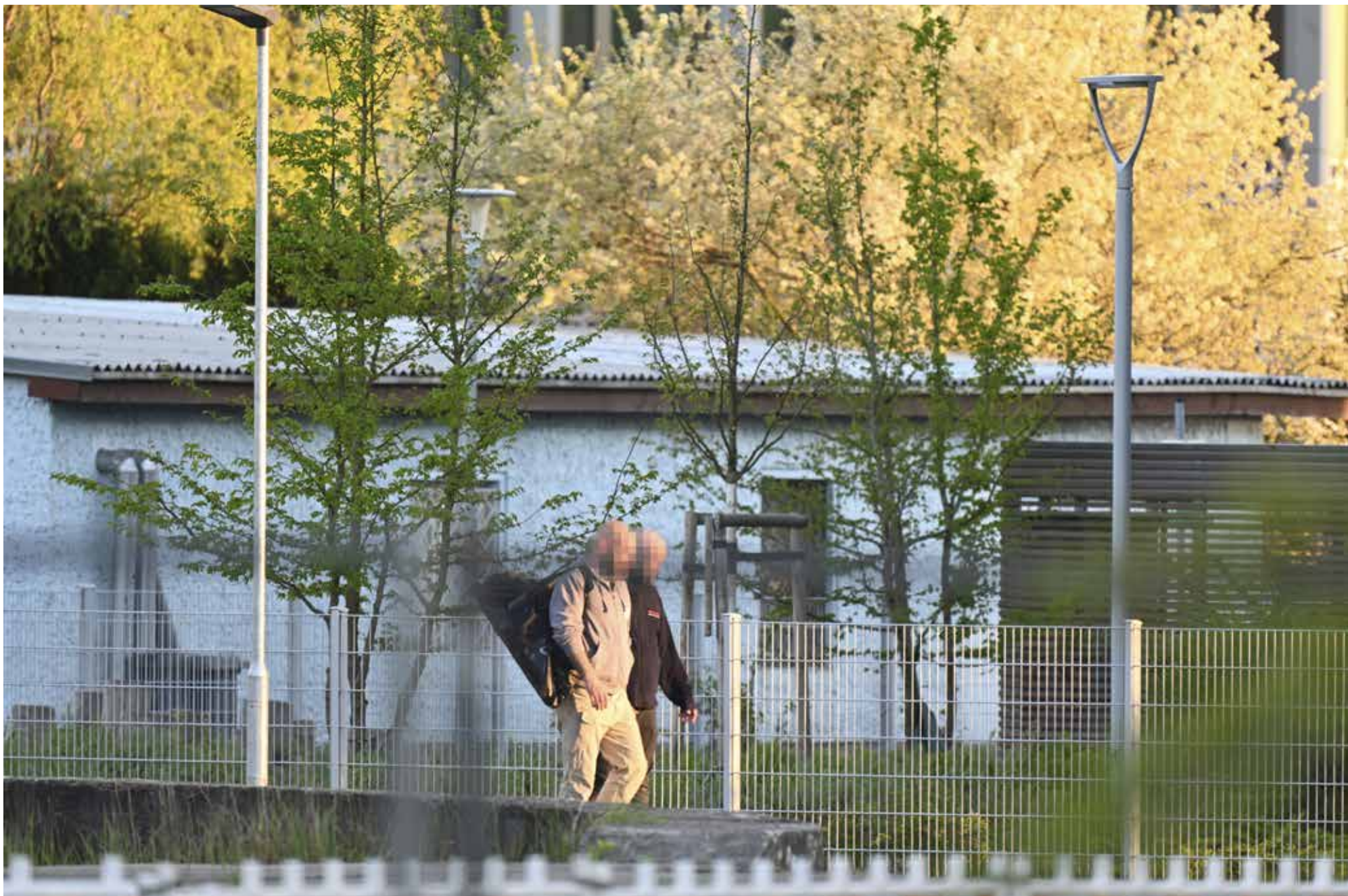
taz die tageszeitung

erscheint tägl. Montag bis Samstag, Herausgeb.: taz die tageszeitung. Verlagsgenossenschaft eG

Hausanschrift: Friedrichstraße 21, 10969 Berlin
Postanschrift: Postf. 610229, 10923 Berlin
Telefon: 030 | 25 902-0 | www.taz.de
Chefredaktion: Katrin Gottschalk, Barbara Junge, Ulrike Winkelmann
Chefreporter: Peter Unfried
Lokalredaktionen:
Nord-Hamburg: Stresemannstraße 23, 22769 Hamburg, 040 | 38 90 17-0
Bremen: Pieperstraße 7, 28195 Bremen, 0421 | 96026 0
Berlin: Friedrichstraße 21, 10969 Berlin, 030 | 25 902 0
Verantwortlich i.S. des Pressegesetzes: Barbara Junge
Anzeigen: Dieter Schwengler
Berliner Lokalteil: Susanne Memarnia | alle Berlin
Regionaleil Nord: Jan Kahlcke | Hamburg
LeserInnenbriefe E-Mail: briefe@taz.de
Fax: 030 | 25 902 516
taz Shop: 030 | 25 902 138
Anzeigenverkauf: taz-Anzeigenabteilung, Friedrichstraße 21
Tel.: 030 | 25 902 314
E-Mail: anzeigen@taz.de

Die Redaktion übernimmt keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos und Illustrationen. Die taz und alle in ihr enthaltenen Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Alle Anbieter von Beiträgen, Fotos und Illustrationen stimmen der Nutzung in den taz-Ausgaben im Internet, auf DVD sowie in Datenbanken zu.
Verlag: taz Verlags- und Vertriebs GmbH Friedrichstraße 21, 10969 Berlin
Geschäftsführer-innen: Aline Lüllmann, Andreas Marggraf
Gesellschafter: taz Verlagsgenossenschaft eG, Berlin
Vorstand: Pascal Beucker, Redakteur | Anne Fromm, Redakteurin | Aline Lüllmann, Kauffrau | Andreas Marggraf, Kaufmann | Anja Mierel, Verlagskauffrau | alle Berlin
Aufsichtsrat: Tolgay Azman, Unternehmer, Hamburg | Dr. Astrid Deilmann, Historikerin, Berlin | Jens Pohlmann, Wirtschaftsprüfer | Steuerberater, Bielefeld
Abo-Service: 030 | 25 902 590 9.00 – 16.00 Uhr | Mo. – Fr.
Fax: 030 | 2 59 02-680
E-Mail: abo@taz.de
Abo-Nummer nicht vergessen! Mtl. Mindestpreis digital 22,40 €





Kürzlich an der Pankower Rennbahnstraße: Rechtsextreme auf dem Weg zum Boxtraining
Foto: Okular Media

Rechter Kampfsport im Bezirksstadion

In Pankow trainieren gewaltbereite Neonazis immer wieder auf bezirklichen Sportplätzen. Trotz Maßnahmen des Bezirks gehen die Trainings weiter

Von Nicolai Kary

Immer wieder kam es in den vergangenen Jahren vor, dass militante Neonazis auf Pankows bezirklichen Sportanlagen Kampfsport trainieren. Fotos, die der taz vorliegen, legen nun nahe, dass dies auch am Sonntag vor rund zwei Wochen der Fall war. Veröffentlicht wurden die Bilder zuerst auf der Rechercheplattform *Aus dem Weg*. Vier Personen aus dem Umfeld der faschistischen Kleinstpartei Dritter Weg sollen darauf beim Training im Kissingenstadion zu sehen sein. Auch mit dabei: ein bekannter Berliner Kader der Nationalrevolutionären Jugend (NRJ), der Jugendorganisation des Dritten Wegs.

Die Pankower Bezirksverordnetenversammlung hat sich in den vergangenen Jahren mit dem Training militanter Rechtsextremer auf bezirklichen Sportanlagen befasst. Im Fokus standen vor allem zwei Orte im Bezirk: das Kissingenstadion an der Forchheimer Straße sowie eine kleine Halle auf dem Sportareal Rennbahnstraße in Weißensee, die der Verein TSC Preußen '97 für Boxtrainings nutzt.

2024 reagierte der Bezirk schließlich und passte die Nutzungsordnung für öffentliche Sportanlagen an: So verbot er etwa verfassungsfeindliche Symbole auf bezirklichen Sportplätzen. Zudem wurden Schulungsmaßnahmen zur Sensibilisierung der Platz- und Hallenwarte durchgeführt. Auch unangekündigte Kontrollen waren vorgesehen.

taz-Recherchen deuten nun jedoch darauf hin, dass die Trainings an beiden Orten fortgesetzt werden. Für das Kissingenstadion sind laut dem Berliner Register – einer Meldestelle für

rechte Vorfälle – neben dem Training vor rund zwei Wochen zwei weitere Trainings im März dieses Jahres bekannt. Bei einem dieser Trainings sollen rund 10 bis 12 Personen laut der Meldung geübt haben, „wie auf am Boden liegende Personen gemeinschaftlich eingeschlagen werden kann“. Teils sollen sie dabei einschlägige T-Shirts getragen haben, unter anderem vom Dritten Weg.

Auch in der Halle des TSC Preußen am Sportareal Rennbahnstraße halten die Trainings mit Rechtsextremen offenbar an. Fotos der taz von mehreren Trainingstagen im April dieses Jahres zeigen Männer aus Strukturen wie dem Dritten Weg und der Neonazi-Partei Die Heimat. Mindestens zwei von ihnen waren bereits 2022 dabei, als die Trainings durch einen Indymedia-Artikel erstmals öffentlich wurden.

Damals hatten rund 20 Neonazis vom Dritten Weg und der Identitären Bewegung auf einem Platz nahe der Halle trainiert, die der TSC dort nutzt. Ende 2024 teilte der für Sport zuständige Bezirksstadtrat Jörn Pasternack (CDU) dann allerdings mit, der Vereinschef des TSC, Manfred R., habe die Neonazis aus dem Verein geschmissen. Antifaschist:innen mutmaßten jedoch, der Verein habe „höchstens ein paar Bauernopfer“ rausgeworfen.

Gänzlich unbegründet scheinen die Zweifel nicht: Zwar ist die Zahl der teilnehmenden Neonazis nach taz-Informationen offenbar deutlich zurückgegangen. Doch auch ein weiterer bereits 2022 bei Indymedia genannter Mann aus dem Umfeld des Dritten Wegs war offenbar noch im Mai 2025 in der Halle, wie ein der taz vorliegendes Foto nahelegt. Ende vergangenen Jahres äußerte

zudem ein bekannter NRJ-Kader vor Gericht, er trainiere beim TSC Leichtgewicht.

Die taz hat sich bei beiden Sportstätten umgehört: Ein Mitarbeiter des Kissingenstadions, der anonym bleiben möchte, sagte der taz, es seien „keine Aktivitäten von Rechtsextremen aufgefallen“. Man achte jedoch „akribisch“ darauf und sei in der Vergangenheit für rechtsextreme Symbole sensibilisiert worden. Zugänglich ist der Platz während der Öffnungszeiten für jeden.

Den Vereinschef des TSC Preußen, Manfred R., den Mitarbeiter auf dem Sportareal Rennbahnstraße kumpelhaft „Manne“ nennen, erreichte die taz bis Redaktionsschluss nicht. Auch telefonische und schriftliche Anfragen blieben unbeantwortet.

Der TSC gibt auch sonst nicht viel über sich preis. Informationen zum Verein gibt es kaum. Dem Land Berlin gilt der Verein derzeit als „förderungswürdige Sportorganisation“. Die Prüfung der Förderungswürdigkeit sei jedoch „fortlaufend angelegt“, heißt es seitens der Senatsverwaltung. Der TSC erhält keine finanziellen Zuwendungen, hat vom Bezirk aber die Zulassung für die kleine Halle auf dem Sportareal Rennbahnstraße. Der aktuelle Nutzungsvertrag des Vereins endet im März nächsten Jahres, eine Verlängerung ist jedoch nicht ausgeschlossen.

Über die regelmäßigen Trainings mit Neonazis beim TSC lägen dem Bezirksamt „keine belastbaren Erkenntnisse“ vor, ließ Bezirksstadtrat Pasternack die taz wissen. Man positioniere sich „eindeutig gegen ein Training von Neonazis auf öffentlichen Sportanlagen des Bezirks“, so Pasternack, ein „Ausschluss von Sporttreibenden al-

lein aufgrund ihrer Gesinnung“ sei jedoch rechtlich nicht zulässig.

Die sportpolitische Sprecherin der Linken in der BVV, Jaana Stiller, ist angesichts der Neonazi-Trainings im Bezirk besorgt: Natürlich sei es „richtig, dass der Bezirk auf rechtlich einwandfreier Grundlage arbeiten muss“, sagt sie. Jedoch zeige sich hier, dass der bezirkliche Ansatz auf Grenzen stoße, weil dieser „fast ausschließlich auf offensichtliche Verstöße wie das Tragen verfassungswidriger Symbole“ reagiere. Das führe mitunter dazu, dass extrem rechte Symbole „schlicht nicht gezeigt werden“.

Stiller fordert vom Bezirk deshalb ein konsequenteres Einschreiten: „Wenn seit Jahren öffentlich bekannt ist, dass bekannte Rechtsextreme auf bezirklichen Anlagen trainieren, reicht es nicht aus, fehlende Erkenntnisse

„Es reicht nicht, fehlende Kenntnisse oder Vorfälle als Begründung dafür anzuführen, dass man keine Konsequenzen zieht. Diese Gruppen schlagen regelmäßig auf Andersdenkende ein“

Jaana Stiller, sportpolitische Sprecherin der Linken in der BVV Pankow

oder Vorfälle als Begründung dafür anzuführen, dass man keine Konsequenzen zieht, denn die Gruppen schlagen regelmäßig auf Andersdenkende ein“, so die Linkspolitikerin.

Tatsächlich kam es in Berlin in den vergangenen Jahren wiederholt zu brutalen Angriffen gegen Linke und Antifaschist:innen, an denen sich mutmaßlich Mitglieder des Dritten Wegs beteiligten. Besonders schwerwiegend war etwa der Angriff am Berliner Ostkreuz im Jahr 2024, bei dem rund 15 bis 20 Neonazis Knüppel, Schlagstöcke und Pfefferspray einsetzten.

Im Mai des vergangenen Jahres dann versuchten Neonazis, mit Hämmern bewaffnet in die Szenekneipe „Fischladen“ in Friedrichshain einzudringen. Und erst kürzlich wurde in Pankow eine linke Aktivistin von Personen angegriffen, von denen die Betroffene vermutet, dass es sich um Mitglieder des Dritten Wegs handelt.

Die Nutzung bezirklicher Sportanlagen durch Rechtsextreme sei „hoch problematisch“, betont auch die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR) auf Anfrage der taz. Es sei „nicht hinzunehmen, dass erklärte Gegner:innen der Demokratie staatliche Infrastruktur nutzen, um sich womöglich auf den von ihnen angestrebten Umsturz vorzubereiten“.

Mit Blick auf die Trainings im Kissingenstadion erhofft sich die linke Bezirksverordnete Stiller nun, dass dort das Hausrecht künftig konsequenter durchgesetzt und bekannten Neonazis Hausverbote erteilt werden. Zudem fordert sie den Bezirk auf zu prüfen, ob auf eine Verlängerung des Nutzungsvertrags mit dem TSC Preußen verzichtet werden kann.



Desiree Fischbach
Bewegung

n der Fahrrad-Selbsthilfe-Werkstatt kann man jeden Montag das eigene Fahrrad beim Plattenladenkollektiv in Neukölln selber reparieren. Vorkenntnisse sind dafür nicht mal nötig, da fachliche Unterstützung vor Ort wartet (Montag, 10. August, Neckarstr. 19, 18 Uhr).

Bei der offenen Mieterberatung von Rechtsanwalt Henrik Solf mit Unterstützung der Bezirksgruppe Prenzlauer Berg der Berliner Mietergemeinschaft in der Baiz erhalten Berliner:innen rund um mietrechtliche Fragen fachkundige Unterstützung (Montag, 10. August, Schönhauser Allee 26 A, 18:30 Uhr).

Ebenso gibt es jeden Dienstag praktische Hilfe bei der solidarischen Sozialberatung in der Lunte mit Sozialberatung zu Fragen rund um das Thema ALG II. Auf Deutsch und Englisch und mit Anmeldung über die Website (Dienstag, 11. August, Weisestr. 53, 18 Uhr).

Ebenfalls bei der solidarischen Sozialberatung von BASTA! Erwerbsloseninitiative in der Schererstraße 8 im Wedding gibt es Beratung zu Themen wie Bürgergeld und Co. Immer mittwochs, außer am letzten Mittwoch im Monat. Angeboten wird das Ganze auf Deutsch und Englisch. Bei konkreten anderen Sprachwünschen wird geraten vorher nachzufragen. Die Beratung findet ohne Termin statt, allerdings gibt es eine Warteliste, die um 16 Uhr geschlossen wird (Mittwoch, 12. August, Schererstraße 8, 15 Uhr).

Sozialberatung im Wedding, die auf gegenseitiger Hilfe und Solidarität beruht

Auch im Kiezhaus Agnes Reinhold im Wedding gibt es, organisiert von der Initiative Hände weg vom Wedding! eine solidarische Jobcenter-Sozialberatung, die auf gegenseitiger Hilfe und Solidarität beruht. Das Ganze ohne vorherige Anmeldung. Es wird darum gebeten ein Smartphone, Tablet oder Notebook für etwaige Online-Anträge mitzubringen, ebenso wie alle vorhandenen Briefe vom Jobcenter. Englisch ist kein Problem, auf Anfrage ist auch eine Übersetzung folgender Sprachen möglich: Arabisch, Türkisch, Italienisch und Kurdisch (Donnerstag, 13. August, Afrikanische Straße 74, 15 Uhr).

Bei der kostenlosen rechtlichen Erstberatung im Bereich Migrationsrecht zu Themen wie Asyl, Aufenthalt und Einbürgerung, können im Kaos gemeinsam Rechte geklärt, Briefe von Ämtern gelesen sowie passende Anwäl:innen gefunden werden. Es wird darum gebeten alle Dokumente und Briefe mitzubringen, die relevant sein könnten. Eine vorherige Anmeldung ist nicht erforderlich und es kann bei Bedarf auch anonym beraten werden. Auf Englisch und auf Anfrage sind auch weitere Sprachen möglich (Freitag, 14. August, Türschmidtstr. 1, 18 Uhr).

Steffen Krach nimmt sich die Linke vor

Nach der Enteignungsansage der Linken-Bundesspitze fragt die SPD, wer in der Linkspartei das Sagen hat. Kandidat Steffen Krach macht auch Druck wegen des Russischen Hauses

Von **Uwe Rada**

Steffen Krach legt im Streit mit der Linkspartei zum Thema Vergesellschaftung von Wohnraum nach. Gegenüber der taz sagt der Spitzenkandidat der Berliner SPD: „Es überrascht mich nicht, dass Frau Schwerdtner ihren Parteifreunden in Berlin eine rote Linie bei der Enteignungsfrage diktiert.“

Im *Stern* hatte die Linken Bundeschefin Ines Schwerdtner vergangene Woche die Vergesellschaftung privater Wohnungsunternehmen zur Bedingung für eine Koalition in Berlin gemacht. „Das ist für uns ganz klar: Es wird mit der Berliner Linken in der Regierung vergesellschaftet werden“, sagte sie im Podcast „5-Minuten-Talk“. „Das ist für uns gar keine Frage. Das kann ich Ihnen sehr sicher sagen.“

Nicht nur die Berliner SPD und ihr Spitzenkandidat hatte diese Aussage kritisiert. Auch Elif Eralp, die Linken-Spitzenkandidatin für die Wahl am 20. September, war etwas zurückgerudert. „Wir werden in Berlin nach der Wahl mit den möglichen Koalitionspartnern in Gespräche gehen und dann wird auch die Vergesellschaftung auf dem Tisch liegen“, sagte Eralp dem *Tagesspiegel*. Nach einer roten Linie klang das nicht.

Steffen Krach mutmaßt nun, dass die Bundespartei der Linken in Berlin eine Regierungsbeteiligung verhindern möchte – ähnlich wie es Sahra Wagenknecht beim BSW in Thüringen versucht hat. „Schwerdtner wird wissen, dass die Wahlversprechen ihrer Berliner Parteifreunde so dermaßen hochgeschraubt sind, dass darauf nur

große Ernüchterung folgen kann“, sagt er der taz. „So einen Reality-Check kann sie für den nächsten Bundestagswahlkampf aber null gebrauchen. Also besser rote Linien ziehen und nicht regieren.“

Auch an die Berliner Linke wendet sich der SPD-Spitzenkandidat. „Elif Eralp nehme

Besser, rote Linien ziehen und nicht regieren

Steffen Krach über die Linke

ich wiederum total ab, dass sie in den Senat will und deshalb wohl bereit ist, die Enteisungsfrage nicht so kategorisch zu definieren.“ Allerdings sehe er bei manchen Linken auch einige, „die wohl lieber

Maximalopposition machen würden“.

Mit diesen Aussagen will die SPD, die in Umfragen derzeit mit 12 ganz hinten liegt, offenbar den Druck auf die Linkspartei erhöhen und selbst wieder in die Offensive kommen. Laut der jüngsten Umfrage von Civey liegt die Linke derzeit mit 21 Prozent vorne, gefolgt von der CDU, der AfD, den Grünen – und eben der SPD.

Bereits vor der neuen Debatte um Enteignung hatte sich auch die CDU auf die Linkspartei eingeschossen. Nach dem Rückzug von Kai Wegner und seiner Nominierung als neuer Spitzenkandidat hatte Finanzsenator Stefan Evers von einer Radikalisierung der Partei gesprochen. „Wir diskutieren hier über eine Partei, die so radikal ist, wie sie es in ihrer Geschichte nie zuvor war“, sagte Evers der *Welt*. „Eine Partei, die Judenhass in ihren Reihen duldet, die Polizeihasser in ihren Reihen duldet und die ganz offen die Grundlagen der sozialen Marktwirtschaft beseitigen will.“

Die Grünen dagegen halten sich aus der Debatte derzeit heraus – und könnten so die lachenden Dritten sein. „Wir sollten grüne Linien ziehen, um deutlich zu machen, wie wir die Berliner Mieterinnen und Mieter schützen, anstatt rote Linien, die Regierungsbildungen potenziell erschweren“, sagte Spitzenkandidat Werner Graf dem *Tagesspiegel*.

Am Wochenende hat SPD-Mann Krach dann noch einmal gegen die Linkspartei eingeklinkt. „Hier können wir enteignen, liebe Linke, seid ihr dabei?“ hat Krach auf einen Pappkarton gemalt und sich vor das Russische Haus in der Friedrichstraße gestellt. Zuvor hatte das französische Innenministerium davor gewarnt, dass das Russische Haus als Tarnung von den russischen Geheimdiensten genutzt werde.



Claudius Prößer war im „Volksbad“

Tauchen vorm Theater

„Entschuldigung, haben Sie schon geduscht?“ Volksbad-Bademeisterin Donata Altenburger fragt freundlich und schickt den Mann in Badehose und Hut zu den Sanitäreinrichtungen, bevor er in das 25-Meter-Becken vor der Berliner Volksbühne steigen darf. Später sieht man ihn seine Bahnen ziehen, immer noch mit Hut. Berlin halt.

Altenburger sitzt am Beckenrand, der nicht gekachelt, sondern aus Terrassendielen gebaut ist – das Becken selbst ruht in einer riesigen Wanne, die mit blauer Kunststoffolie ausgekleidet ist. Ein paar-mal habe sie schon Leute bitten müssen, nicht ins Wasser zu springen, sagt sie, aber sie freut sich über den Job im ungewöhnlichen Setting: In den kommenden acht Wochen darf auf dem Rosa-Luxemburg-Platz gekraut und getaucht werden, da, wo sonst Menschen auf die nächste Vorstellung warten oder im Anschluss ihr Flaschenbier trinken.

Vom Platz aus sieht man herzlich wenig vom Schwimmbetrieb – die Beckenkante liegt ca. 1,70 Meter über dem Boden, und die Schaulustigen auf dem Rasen rund um die Volksbühnen-Rad-Skulptur sehen vor allem Sperrholzwände, Container und ein schwarzes Gelände. Nur wer ein Ticket ergattert hat, kann die Schönheit der Szene in Gänze

erleben. „Toll“, meint ein Badegast, „und irgendwie surreal.“

Während die tanzenden Steinfiguren weit oben an der Fassade im veränderten Kontext auf einmal wie SchwimmerInnen aussehen, schickt sich am Beckenende eine kleine Gruppe an, beim ersten offiziellen Programmpunkt im Volksbad dabeizusein: Zwei TrainerInnen des queeren Sportvereins „Vorspiel“ wollen sie per Crashkurs ans Krauschwimmen heranführen – „für alle mit Seepferdchen und steifem Nacken, die es leid sind, beim Bahnziehen von rechts überholt zu werden“, wie es in der Ankündigung heißt.

Queeres und straights Schwimmen sind in der Praxis dann allerdings gar nicht so unterschiedlich, es geht um die richtige Wasserlage, die korrekte Atmung und die optimale Beinhaltung. Immerhin fließt die eine oder andere ortsbezogene Assoziation ein: Trainerin Elisa demonstriert, wie schnell die Füße sich bewegen sollten, indem sie in die Hände klatscht: „Wir sind ja hier am Theater.“

Der reguläre Badebetrieb, für den sich jedeR einen kostenlosen Slot auf der Volksbühnen-Website buchen kann (keine Ausweispflicht bei Eintritt!), wird laut Programmvorschau immer wieder durch Kurse oder DJ-Sets ergänzt. An ei-

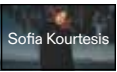
nigen Tagen wird das Bad ausschließlich der Schwarzen Community zur Verfügung stehen.

Was das Ganze sein soll, sagt die Volksbühne unter ihrem neuen Intendanten Matthias Lilienthal selbst: ein offener Ort für alle, die sich „im heißen werdenen Berliner Sommer nach Abkühlung sehnen oder mit der Nachbarschaft zusammenkommen und nichts tun“ wollen, heißt es auf der Website. „In einer Stadt, in der in den letzten Jahrzehnten systematisch Infrastruktur abgebaut wurde und öffentliche Orte zunehmend kommerzialisiert und kontrolliert werden, ist das Volksbad eine erste urbane Intervention der neuen Intendanz und eine sommerliche Einladung an die Hauptstadt.“

Lilienthal selbst ist natürlich auch da. Zur Eröffnung ist er am Mittag selbst ins Wasser gestiegen (nebst Linken-Spitzenkandidatin Elif Eralp im knallroten Badeanzug), jetzt schlurft er barfuß zu der im Pavillon neben dem Theatergebäude eingerichteten Frittenbank. „Alles ganz entspannt angelaufen“, findet er und bietet eine Pommes an. „Bei Gewitter müssen wir natürlich das Becken räumen.“ Was um ihn herum gerade blitzt, sind dann aber doch nur die Pressekameras.

Pop-Kultur
Talks
silent green
migas listening bar
Berlin-Wedding

silent green
migas listening bar
Berlin-Wedding



und viele mehr

Austausch, Inspiration & neue Perspektiven
24.—25.8.2026





Auf der Schiene geht's zum Rathaus Spandau, von dort nur weiter mit dem Bus Foto: Tina Eichner

Ziemlich schwer erreichbar

Spandau hat ein Problem mit dem Verkehr: Vom Rathaus aus geht's nur mit dem Bus weiter, und der steht oft im Stau. Die Lösungsansätze sind teilweise recht kreativ

Von Anna Simbürger

Berlins westlichster Bezirk kämpft um Anschluss. Ein Projekt nach dem anderen wird geplant, um Spandau etwas näher in Richtung Mitte rücken zu lassen – und versendet dann wieder. 50 Minuten dauert es von der taz-Redaktion in der Friedrichstraße zum Rathaus Spandau, wo Bezirksstadtrat Thorsten Schatz (CDU) jeden Morgen aus dem Bus aussteigt. Er selbst braucht nur acht Minuten zur Arbeit – in Spandau die absolute Ausnahme.

Nach Spandau kommt man mit der S-Bahn oder der U7, aber wer innerhalb des Bezirks mit den Öffentlichen unterwegs sein will, fährt Bus. „Wir sind Busbezirk Nummer Eins. Mit allen Vor- und Nachteilen“, sagt Schatz. Der Verkehrsknotenpunkt am Rathaus, wo alle Linien zusammenlaufen, sei in die Jahre gekommen. Und: „Wir haben massiv Druck auf der Straße. Die Busse stehen im Stau, sie überholen sich teilweise gegenseitig, sie sind einfach hoffnungslos überfüllt.“

Damit stehe Spandau „kurz vor dem Verkehrskollaps“, so Schatz. Betroffen seien vor allem Außengebiete wie der Spandauer Süden, Staaken oder Hakenfelde. Aber auch anderswo brauche es eine Lösung für den Verkehr: „Der Spandauer Norden ist der Ortsteil, wo am meisten Wohnungsbau betrieben wurde und auch noch betrieben wird.“ Er wünscht sich unter anderem mehrere Park-&-Ride-Angebote an der Stadtgrenze, um den Autoverkehr im Bezirk zu reduzieren.

Die Frustration der Bürger:innen vor Ort zeigt sich in einer aktuellen Umfrage des *Tagesspiegel*: Die Spandauer:innen fühlen sich am schlechtesten an den Rest der Stadt angebunden. Auf einer Skala von 1 bis 5 landete der Nordwestbezirk bei einem Wert von 2,67. Die ersten drei Plätze belegen die Bezirke Mitte, Charlottenburg-Wilmersdorf und Friedrichshain-Kreuzberg.

Mühsam wird es vor allem, wenn man sich vom Rathaus weiter in die verschiedenen Ortsteile bewegen will, zum Beispiel Richtung Heerstraße Nord. In der Großsiedlung wohnen rund 20.000 Menschen. „Die Menschen in diesem Quartier, die nach dem Sozialstrukturatlas zu den Ärmsten in ganz Berlin ge-

hören, brauchen eine bessere Anbindung“, sagt Antje Kapek, verkehrspolitische Sprecherin der Grünen.

Der Landesverband des Bunds für Umwelt und Naturschutz (BUND) kritisierte unlängst den von der Senatsverkehrsverwaltung vorgelegten Entwurf des Berliner Nahverkehrsplans (NVP) für die Jahre 2026 bis 2028: „Insbesondere für Spandau bietet er keinerlei Perspektive für die dringend nötige Ablösung überlasteter Buslinien durch leistungsstärkere Straßenbahnstrecken in absehbaren Zeiträumen“, so der BUND.

„Spandau hat als Randbezirk noch einiges aufzuholen“, meint auch Konrad Hickel, Sprecher der AG Verkehr von den Grünen in Spandau. „Beim ÖPNV haben wir das Problem, dass vor allem der schienengebundene Verkehr innerhalb Spandaus kaum vorhanden ist“, sagt Hickel. Hinzu kämen die vielen Pendler:innen, die mit dem Auto unterwegs sind.

Hickel hält eine weitere Reduzierung des Autoverkehrs auch im Zuge der Klimaanpassung für angemessen. „Gut die Hälfte der Menschen kann ein Auto gar nicht selbstständig nutzen.“ Gerade für Kinder, ältere Menschen, Menschen mit

Behinderung und ohne Führerschein sei es wichtig, die Mobilität mit dem ÖPNV zu verbessern.

Um das Mobilitätsproblem zu lösen, will Verkehrssenatorin Ute Bonde (CDU) eine Magnetschwebbahn zwischen Spandau und dem alten Flughafen Tegel bauen lassen. Antje Kapek hält die Pläne für „absoluten Unsinn“. „Eine Magnetschwebbahn bietet nicht die notwendige Nahversorgung mit einem dichten Haltestellennetz“, meint sie.

Schatz ist der Idee gegenüber offener: „Es gibt ja unterschiedliche Ideen für die Streckenführung. Wir müssen technologieoffen denken, weil wir hier nicht auf einem freien Feld arbeiten, auf dem wir unbegrenzt Platz haben.“ Alles, was den Verkehr entlaste, helfe. „Wenn es in der Breite nicht geht, müssen wir über Höhe und Tiefe nachdenken.“ Trotzdem müsse man erstmal prüfen, ob der Bau technisch möglich wäre, so der Bezirksstadtrat.

Aus Kapeks Sicht ließe sich eine Magnetschwebbahn schlecht in die bestehende Infrastruktur integrieren. Und die Abhängigkeit von einem auf diese Technologie spezialisierten Unternehmen würde die Kosten nicht nur beim Bau, sondern auch bei der Wartung nach oben schießen lassen. „Besonders problematisch ist, dass die Magnetschwebbahn-Fantasien der Senatorin als Vorwand genutzt werden, einen Großteil der seit Jahren laufenden und überfälligen Planungen zur Verlängerung der Straßen- und U-Bahn auf Eis zu legen“, so Kapek.

Eine Verlängerung der U7 zur Heerstraße Nord käme dagegen mindestens 40.000 Menschen täglich zugute, so die Grünenpolitikerin. Auch Thorsten Schatz hält eine Verlängerung der U-Bahn mindestens bis Heerstraße Nord für richtig: „Die brauchen wir, und deswegen akzeptieren wir die Variante, von der wir aktuell sagen, sie ist wirtschaftlich machbar, damit wir die Bundesförderung bekommen.“ Er selbst würde die U7 lieber noch bis an den Stadtrand ausbauen.

Kapek lässt sich davon nicht beeindrucken: „Die CDU bekennt sich zwar sehr gerne und immer wieder zum Ausbau der U-Bahn.“ Wenn es konkret werde, mache sie aber einen Rückzieher. Auch der geplante Ausbau der Straßenbahn zwischen Rathaus Spandau und Urban Tech Republic (UTC) – einem Technologiepark, der auf dem ehema-



Bezirksstadtrat Thorsten Schatz (CDU) will den Verkehrskollaps abwenden Foto: Tina Eichner

ligen Flughafen Tegel entstehen soll – wurde gestoppt.

Das erhöht den Unmut der Grünen: „Wir sehen enormes Potenzial für den Ausbau der Tram, der eine Lösung für das Spandauer Stau-Problem bietet“, so Kapek. Ihr Parteifreund Konrad Hickel sieht die Straßenbahn zudem als das barriereärmste Verkehrsmittel: „Ich sitze im Rollstuhl, und in die Straßenbahn kann ich ohne fremde Hilfe einsteigen“, sagt er. „Im Bus bin ich immer darauf angewiesen, dass der Fahrer mir eine Rampe auslegt. Das schränkt meine Selbstständigkeit und Unabhängigkeit ein.“

Stadtrat Schatz hält eine Tram in Spandau für unrealistisch: „Die Straßenbahn käme hier in einem eng verdichteten Straßennetz an.“ Nur wo die Straßenbahn in einem eigenen Gleisbett fahre, habe sie einen Vorteil gegenüber der Straße und auch Bussen. In Spandau sähen die Planungen aber vor, dass sie sich auf mindestens 85 Prozent der Gesamtstrecke für die Straße mit den Autos teile.

Während über all das diskutiert wird, ist Ende Juni die Reaktivierung der Siemensbahn angelaufen. Die seit 1980 stillgelegte S-Bahn-Strecke soll wieder in Betrieb genommen werden und vom Bahnhof Jungfernheide über die Stationen Wernerke, Siemensstadt, Gartenfeld und Daumstraße bis nach Hakenfelde führen. Schon für Dezember 2029 ist die Eröffnung geplant. Bis Gartenfeld kann auf bestehende Anlagen zugegriffen werden, darüber hinaus muss neu gebaut werden.

Diese Verlängerung hält Konrad Hickel für wünschenswert, aber unrealistisch. Die Kosten von Planung und Bau seien so hoch, dass sie das Projekt auf unabsehbare Zeit verzögern würden. Hickel verweist auf die S21, die eine weitere Nord-Süd-Verbindung in der Innenstadt schaffen soll: Der Bau des ersten Teilabschnitts vom S-Bahn-Nordring zum Hauptbahnhof dauerte ganze 16 Jahre. Zwei weitere Bauabschnitte stehen noch aus, mit der Fertigstellung ist frühestens in den 2040er Jahren zu rechnen.

Bei der CDU freut man sich über die Reaktivierung der Siemensbahn: „Im

Spandauer Norden sind knapp 20.000 Wohnungen entstanden oder noch im Entstehen“, sagt Schatz. „Das sind mal so eben 40.000 bis 50.000 Leute, die aktuell im Wesentlichen den Bus oder das Auto nutzen.“ Die Verlängerung ab Gartenfeld hält er für unabdingbar: „Da darf die Frage eigentlich nicht mehr sein, ob wir es machen, sondern nur noch, wie schnell.“ Das dürfe dann auch etwas kosten.

Laut einem Sprecher der Deutschen Bahn (DB) soll die Reaktivierung der Siemensbahn nach aktuellem Stand rund 880 Millionen Euro kosten. Das Projekt wird vom Land im Rahmen des Programms „i2030“ und durch Bundesmittel finanziert. Antje Kapek findet, dass auch die DB sich an den Kosten beteiligen solle: „Insbesondere die Verlängerung ab Gartenfeld ist eine wertvolle Ergänzung, um Siemensstadt Square, Sonnengärten, Gartenfeld, die Waterkant und Spandau insgesamt einen weiteren schienengebunden ÖPNV-Anschluss zu ermöglichen.“

Bei der Instandsetzung des bestehenden Stahlviadukts werden aktuell mehrere Verfahren auf ihre Wirksamkeit getestet. „Da es sich um ein denkmalgeschütztes Bauwerk handelt, werden die zuständigen Denkmalschutzbehörden in die Entscheidungsprozesse eingebunden“, so der DB-Sprecher. Der eigentliche Baustart für die Arbeiten ist zurzeit für das kommende Frühjahr vorgesehen. Die Fahrzeit von Siemensstadt zum Hauptbahnhof soll sich nach der Inbetriebnahme auf etwa 15 Minuten verkürzen.

Die Planung und Umsetzung all dieser Projekte wird noch Jahre dauern. Etwas früher könnte sich eventuell etwas auf dem Wasser tun. „Mein Lieblings-thema ist das Wassertaxi“, sagt Thorsten Schatz mit leuchtenden Augen. Angedacht sei eine BVG-Fähre auf der Havel, die vom Rathaus Spandau nach Norden führe und so die Spandauer Altstadt mit dem Ortsteil Haselhorst verbinde. Die Entscheidung darüber liegt aktuell bei der Senatsverkehrsverwaltung.



Hier sind Schüler*innen mit falschen Zeugnisse abgegangen: Geschwister-Scholl-Oberschule in Vechta
Foto: Von Magerfleisch - Eigenes Werk, CC BY-SA 4.0, Wikimedia

Oberschule in Vechta, Niedersachsen, vergibt seit Jahren falsche Abschlüsse

Eine Schülerin moniert, ihre Schule habe sie um ihren Realschulabschluss gebracht. Bei der Überprüfung stellt sich heraus: Sie ist nicht die einzige, sondern eine von 107 Betroffenen

Von **Nadine Conti**

In einer kurzfristig anberaumten Pressekonferenz am vergangenen Freitag musste die niedersächsische Kultusministerin Julia Willie Hamburg (Grüne) einen schwerwiegenden und peinlichen Fehler im System eingestehen. An der Geschwister-Scholl-Oberschule in Vechta sind jahrelang Schulabschlüsse falsch vergeben worden.

Zwischen den Schuljahren 2019/2020 und 2025/2026 sind in 107 Fällen die Zeugnisse von Schülerinnen und Schülern nicht richtig eingestuft worden. In 56 Fällen ist der erweiterte Sekundarabschluss nicht gewährt worden, der zum Besuch der Oberstufe berechtigt.

In 49 Fällen ist ein Hauptschulabschluss erteilt worden, obwohl es ein Realschulabschluss hätte sein müssen. Und in zwei Fällen haben Schüler die Schule ohne Abschluss verlassen, obwohl ihre Noten eigentlich für einen Hauptschulabschluss ausreichten.

Die Ursache war offensichtlich, dass die Schulleitung die Abschlussverordnung für den 10. Jahrgang nicht richtig verstanden und angewandt hatte. Dabei ging es vor allem darum, in welchen Fällen man schlechte Noten in einem Fach mit besseren Noten in anderen Fächern ausgleichen kann. In weiteren 32 Fällen sind Ermessensspielräume nicht hinreichend diskutiert worden, in diesen Fällen müssen Zeugniskonferenzen wiederholt werden.

Aufgeflogen war dieser Fehler, weil

sich eine ehemalige Schülerin im Juni an das Regionale Landesamt für Schule und Bildung Osnabrück gewandt hatte. Sie hatte die Schule 2022 mit dem Hauptschulabschluss verlassen und dann auf dem zweiten Bildungsweg ihren Realschulabschluss nachgemacht. Dabei stellte sich mit vier Jahren Verspätung heraus: Eigentlich hätte sie den von Anfang an bekommen müssen.

Nachdem die Verwaltung dies klar gestellt hatte, meldete sich eine weitere Schülerin, der es ähnlich ergangen war. Ein Bericht in der Lokalzeitung löste schließlich erhebliche Unruhe aus und sorgte dafür, dass eine flächendeckende Überprüfung eingeleitet wurde.

Dabei wurden alle Zeugnisse händisch und im Vier-Augen-Prinzip überprüft, erläuterte Kultusministerin Julia Willie Hamburg. Es sei ihr ein großes Anliegen, sich auch persönlich bei den Betroffenen zu entschuldigen. Sie werden in den kommenden Tagen und Wochen alle ein korrigiertes Zeugnis, ein Entschuldigungsschreiben und eine Aufklärung über mögliche rechtliche Ansprüche erhalten.

In bestimmten Fällen – wie dem aus eigener Tasche bezahlten zweiten Bildungsweg – könnten auch Schadensersatzansprüche entstanden sein. Für Fragen und zur weiteren Beratung steht im zuständigen Regionalen Landesamt für Schule und Bildung Osnabrück eine Anlaufstelle zur Verfügung, die unter der E-Mail-Adresse anlaufstelle-abschluesse@rlsb-os.niedersachsen.de erreichbar ist.

Die Überprüfung werde damit allerdings auch nicht Halt machen, sagt die Kultusministerin. Bisher gebe es keine Hinweise, dass es an anderen Schulen ähnliche Probleme gäbe – nicht einmal an der Oberschule, an der die Schulleiterin vorher tätig war. Trotzdem werden nun zum Schulstart noch einmal alle Schulleitungen der betreffenden Schulformen befragt und Stichproben untersucht.

Möglicherweise müsse man auch eine Neuformulierung der betreffenden Verordnung und der Anwendungsleitfäden in Betracht ziehen. Die werden aber ohnehin regelmäßig überarbeitet. Betroffen sind nach Einschätzung des Ministeriums nur solche Schulformen, an denen mehrere Abschlüsse vergeben werden und die Einstufung entsprechend komplex ist.

Das sind in Niedersachsen 288 Oberschulen und 130 Gesamtschulen. Wobei die Oberschulen das jüngere Modell sind, es gibt sie erst seit 2011. Deshalb musste auch in Vechta „nur“ bis ins Schuljahr 2019/2020 zurückgegangen werden – das war der erste Abschlussjahrgang überhaupt.



Katastrophal für die Schüler*innen, wenn die Lehrer*innen das nicht fehlerfrei hinbekommen: Schulzeugnis
Foto: Sebastian Gollnow/dpa



Ferkel des dänischen Protestschweins. Sie könnten im Swinsgaarn gut leben, nur nicht nach an Großbetrieben orientierten Regeln
Foto: Christian Wyrwa

Kein Zuhause mehr für glückliche Schweine?

Die Nutztierarche Swinsgaarn im niedersächsischen Alfeld kämpft mit Auflagen des Veterinäramtes, die für Großbetriebe mit hochgezüchteten Schweinen gemacht sind. Die Besitzer sind kurz davor, aufzugeben. Ein Besuch

Aus Limmer **Nadine Conti**

Wenn man die Ferkel mit fliegenden Ohren neben Heike Haubrok durch die Stallgasse nach draußen traben sieht, wähnt man sich für einen Moment in einem längst ausgestorbenen Bauernhofidyll. Hier hätte auch der Film „Ein Schweinchen namens Babe“ gedreht werden können.

Allerdings unterscheiden sich Haubroks Ferkelchen auf ihrem Hof in Limmer bei Alfeld in Niedersachsen optisch ein wenig vom rundum rosigen Film Schweinchen. Sie sind in unterschiedlichen Ausprägungen rot-braun gefärbt und nur in der Mitte, auf Höhe der Schultern rosa. Sie gehören einer alten Haustierrasse an, die schon einmal ausgestorben war und erst in den 1980er Jahren durch Rückkreuzungen und Neuzüchtungen wieder hergestellt werden konnte: dem rot-bunten Husumer, die zu den Sattlerschweinen gehören und auch auf den grundsypathischen Namen „Dänisches Protestschwein“ hören.

Gezüchtet wurden sie bevorzugt von der dänischen Minderheit in Schleswig, denen Ende des 19. Jahrhunderts das Hissen ihrer Flagge verboten wurde. Aus Protest hielten sie dann eben Schweine, deren Zeichnung an den rot-weißen Danebrog erinnerte.

Es sind Weideschweine, robust, langlebig und genügsam – die erwachsenen Eber entwickeln eine so lange, borstige Behaarung, dass man ihnen die

Abstammung vom Wildschwein deutlich ansieht. Das, sagt Heike Haubrok, sei auch einer der Gründe gewesen, warum sie sich in diese Tiere verliebt habe. Als Jägerin habe sie Wildschweine immer faszinierend gefunden: Ihre Intelligenz, ihr komplexes Sozialverhalten in der Rotte.

Seit fast zwanzig Jahren züchtet Haubrok diese Schweine nun. Das ist mehr als eine nostalgische Spielerei: Den Genpool solcher alten Arten zu erhalten ist auch deshalb wichtig, weil der durch die Konzentration auf wenige Hochleistungsrassen in der Massentierhaltung strukturell verarmt. Diese Tierbestände sind dann anfälliger für Krankheiten und nicht mehr in der Lage, sich veränderten Umweltbedingungen oder Futterverfügbarkeiten anzupassen.

Haubroks Bestand gehört zu den größten und wichtigsten für diese spezielle Rasse, auch wissenschaftliche Institute wenden sich an sie, wenn sie Bedarf haben. Zahlreiche andere Herdbuchzuchten, wie das Stammbuch in diesem Bereich heißt, gründen auf Tieren aus ihrem Bestand.

Die Mastschweine verarbeitet Haubroks Mann, Heinrich Thielke, als gelernter Schlachtermeister selbst. Das Fleisch und die Wurstwaren werden nur auf regionalen Märkten verkauft, wo sich die beiden über die Jahre eine treue Stammkundschaft erworben haben.

Doch seit ein paar Jahren haben sie den Eindruck, sie werden vom Pech verfolgt. Zuerst wurde ihnen die Hofstelle in Ca-

pellenhagen gekündigt, weil der Verpächter andere Pläne hatte – sie mussten also ein neues Zuhause suchen, und zwar für sich und die Schweine. Das war schon kein leichtes Unterfangen, hat viel Zeit und Nerven gekostet. Freunde der beiden gründeten extra einen Förderverein und setzten ein Crowdfunding auf. Nachdem sich der ein oder andere hoffnungsvolle Plan zerschlagen hatte, fanden sie endlich Unterschlupf in Limmer bei Alfeld.

Hier sah es zunächst so aus, als könnte etwas ganz Großes entstehen. Denn hier steht ein

„Mir ist es wichtig, dass das Schwein wieder als Lebewesen gesehen wird – und nicht bloß als Ware.“

Heike Haubrok, Schweinehalterin

altes, verfallendes Rittergut, für das es zunächst hochfliegende Pläne gab. Mit mehreren Pächtern und Mietern sollte daraus eine Art touristisches Kleinod und ein außerschulisches Lernort werden. Immerhin hat auch die Gemeinde ein vitales Interesse daran, das denkmalgeschützte Ensemble nicht einfach dem allmählichen Zerbröseln zu überlassen.

Doch nach Unstimmigkeiten unter den neuen Eigentümern liegen die ganz großen Pläne erst einmal auf Eis. Der Swinsgaarn (plattdeutsch für Schweinegarten) ist trotzdem eingezogen. Sie haben ein Freilaufgehege eingerichtet – vorschriftsmäßig doppelt umzäunt, um einen Eintrag der Schweinepest durch Wildschweine zu verhüten. Und die große Scheune mit Stallbuchten belegt, von wo die Tiere im Wechsel in ein Auslaufgehege getrieben werden können.

Mit dem Umzug, sagt Haubrok, gerieten sie allerdings auch in das Visier des nun zuständigen Veterinäramtes Hildesheim. Und damit fingen die Schwierigkeiten an. Schon die Genehmigung einer Freiland- und Auslaufhaltung wie ihrer ist ein kompli-

zierter und kostspieliger Prozess. Mehrere tausend Euro haben sie in Gutachten stecken müssen.

Doch auch nach der Genehmigung fand das Veterinäramt bei Kontrollbesuchen immer wieder etwas zu beanstanden. Bei Haubrok und ihren Unterstützern setzte sich der Eindruck fest, dass das Veterinäramt mit den Besonderheiten dieses Betriebes nichts anzufangen weiß. „Die legen hier die gleichen Maßstäbe an wie bei einem konventionellen Betrieb mit Massentierhaltung“, klagt sie. Das funktioniere so aber nicht.

Unterstützung erhält sie von Eberhard Prunzel-Ulrich, der sowohl für die Arbeitsgemeinschaft bäuerlicher Landwirtschaft (AbL) als auch den Verband norddeutscher Direktvermarkter tätig ist. „Das ist leider ein altbekanntes Problem in diesem Bereich“, seufzt der erfahrene Biolandwirt und Agraringenieur.

Die Vorschriften, vor allem die der Schweinehaltungs-Hygieneverordnung, dienen letztlich dazu, das Geschäft der großen Erzeuger und ihrer internationalen Vermarktung zu schützen. Man versucht, die riesigen Ställe der Massentierhalter mit Hygieneschleusen und Zugangsbeschränkungen vor dem Eintrag der Schweinepest zu schützen.

Die kleinen Halter, auch wenn sie gar nicht auf den internationalen Märkten mitspielen, sind darin mitgefangen, weil sich die Verwertungskreisläufe oft nicht sauber trennen lassen. Futterlieferanten, Gülletransporter, Schlachthöfe, Zerlegebetriebe bedienen beide und können theoretisch die Viruserkrankungen weiterverbreiten.

Für Kleinholdungen wie den Swinsgaarn sind aber viele Anforderungen unmöglich umzusetzen. „Man braucht da ein bisschen Augenmaß und Kompromissbereitschaft, um zu gucken, was vor Ort tatsächlich machbar und praktikabel ist“, sagt Prunzel-Ulrich.

Aber wenn man es mit Amtsveterinären zu tun hat, die damit keine Erfahrung haben – weil sie frisch von der Uni kommen oder es in ihrem Bezirk solche Betriebe bisher nicht gibt – dann wird das schwierig.

Heike Haubrok sieht dadurch ihr Lebenswerk in Gefahr. Denn eigentlich hat sie ja eine Mission. Sie will nicht nur diese alte Rasse erhalten und ihre Kunden mit hochwertigem Fleisch versor-



Heike Haubrok betreibt den Swinsgaarn und fühlt sich vom Veterinäramt gegängelt Foto: Christian Wyrwa

gen, sie will auch Aufklärungsarbeit leisten. „Mir ist es wichtig, dass das Schwein wieder als Lebewesen gesehen wird – und nicht bloß als Ware“, sagt sie.

Früher hat sie deshalb Projekte mit Kindergärten oder Grundschulklassen gemacht. Auch am neuen Standort war schon ein Projekt mit einer Förderschule angedacht – das musste sie jetzt absagen. Das Veterinäramt verlangt, dass die Kinder eine Hygieneschleuse durchlaufen und Einweg-Schutzkleidung anziehen, die nicht von außen mitgebracht werden darf. Für den kleinen Betrieb ist das schlicht nicht umsetzbar.

Das Veterinäramt kann sich zu Einzelfällen grundsätzlich nicht äußern, es hat Schweiegepflicht. Auf taz-Nachfrage räumt die Pressesprecherin des Landkreises allerdings ein, dass der Swinsgaarn die einzige Haltung dieser Art im Landkreis ist. Grundsätzlich würde man die vorhandene Ermessensspielräume aber selbstverständlich auch nutzen.

Heike Haubrok hat daran so ihre Zweifel. Sie steht neben einem Verschlag im Stall und beobachtet seufzend wie ihre Schweine das Futter aus dem Trog wühlen und auf dem Boden hin- und herschieben. „Die haben die Anweisung des Veterinäramtes auch nicht verstanden“, meint sie bitter. „Die müssen doch aus dem Trog fressen.“

Die Fütterung auf dem Boden hatte ihr das Veterinäramt verboten – bei konventioneller Schweinehaltung ist das ein Hygieneproblem, die empfindlichen Tiere werden schnell krank. Haubroks Protestschweine sind aber erheblich robuster und werden mit ganzem Korn und nicht

mit Kraftfutter gefüttert. Das Wühlen gehört zu ihrem normalen Fressverhalten.

Empört hat sie auch registriert, dass im letzten Bescheid ein zu geringes Gewicht einzelner Tiere vermerkt wurde. Das ist bei dieser Rasse eben anders als bei denen auf rasche Gewichtszunahme gezüchteten modernen Mastschweinen. Hier gibt es Lebensphasen, zum Beispiel im Wachstum, wo sie erst einmal Gewicht verlieren.

Das irgendjemand auch nur andeuten könnte, dass es ihren Tieren nicht gut geht, empört sie. Drinnen in der Hausmeisterwohnung des Herrenhauses, die sie mit ihrem Mann bezogen hat, grunzt gerade die kleine Chrisie aufgeregt unter ihrer Wärmelampe, sobald sie hört, dass sich Schritte nähern.

400 Gramm Geburtsgewicht und dann tritt die Mutter auch noch versehentlich drauf – in einer normalen Haltung wäre so ein Ferkelchen nicht durchgekommen. Nun steht Haubrok nachts alle zwei Stunden auf, um dem Tier die Flasche zu geben. Nicht bei allen Tieren erlaubt sie sich so eine enge Bindung, das ist klar. Die Mastschweine haben in der Regel keinen Namen, sagt sie.

Sonst hätte sie zu große Schwierigkeiten ihnen dabei zuzusehen wie sie munter ein letztes Mal in den Hänger traben, nicht ahnend, dass es dieses Mal zum Schlachthof geht. Und trotzdem: „Meine Schweine haben ein gutes Leben“, sagt sie. Und sie selbst mag sich ein Leben ohne sie auch gar nicht vorstellen. Nur wie lange sie das noch durchhalten kann, weiß sie nicht.



Essen auch mal vom Boden: Die robusten Protestschweine können mehr ab als hochgezüchtete Schweine
Foto: Christian Wyrwa

das wird

„Gedenken braucht Wissen“

120 Jahre nach dem Völkermord an Nama und Herero haben Museen eine besondere Verantwortung, sagt Silke Seybold vom Bremer Übersee-Museum

Interview Benno Schirrmeister

taz: Frau Seybold, ist ein in den Kolonialismus verstricktes Museum die richtige Institution, sich am Gedenktag für den Völkermord an Ovaherero und Nama zu äußern?

Silke Seybold: Ich denke, es ist gut, wenn sich dazu von vielen Seiten Stimmen erheben, auch die des Museums, in dessen Magazin nun mal die Gegenstände lagern, die Zeugen und Quellen sind für das, was damals passiert ist.

taz: Sie erinnern an die vernichteten Völker?

Seybold: Also eine Nama-Sammlung in engem Sinne haben wir nicht, abgesehen von historischen Fotografien.

taz: Warum?

Seybold: Offenbar hatte die damalige Museumsleitung auf die Nama keinen Blick geworfen. Was wir hatten, waren Dokumente von Hendrik Witbooi...

taz: ... dem Nationalhelden des heutigen Namibia. Sind die nicht im Nationalarchiv in Windhoek?

Seybold: Ja, die wurden 1996 zurückgegeben. In unserer gegenständlichen Sammlung betreuen wir dagegen etwa 300 Artefakte aus der Kultur der Herero. Da untersuche ich, wie sie hierhergekommen sind, natürlich mit dem Wissen von dem, was 1904 am Waterberg passiert ist und was die Folgen waren: Nach den Kämpfen, der Vertreibung in das wasserlose Sandfeld der Omaheke und Jahren in Konzentrationslagern waren 80 Prozent der Herero tot. Als die Überlebenden entlassen wurden, war nichts mehr übrig von ihrem früheren Leben. Man konnte nicht mehr mit seinen Rindern über die Weiden ziehen. Es gab noch nicht einmal mehr die traditionelle Kleidung. Deshalb ist es wichtig zu fragen, wie unsere Sammlung entstanden ist.

taz: Wie ist sie entstanden?

Seybold: Der damalige Direktor, Hugo Schauinsland, hat früh geahnt, dass sich im heutigen Namibia etwas Einschneidendes ereignete. Deshalb hat er entschieden, die Kultur der Herero im Museum auszustellen – und, weil 1904 noch fast keine Gegenstände der Herero im Museum waren, eine lebensgroße Figurengruppe aus Gips bestellt, die das Leben der Herero darstellen sollte.

taz: Klingt nach Völkerschau.

Seybold: Genau! So nenne ich die auch immer – eine eingefrorene Völkerschau, die derart falsch inszeniert wurde, dass man sich noch heute dafür schämt. So sieht man auf den fotografischen Vorlagen der Figuren die wunderbare Lederkleidung der Herero-Frauen. Aber in der Ausstellung saßen sie jahrzehntelang fast nackt herum: Das Museum hatte nichts, um sie anzuziehen.

taz: Und die Artefakte?

Seybold: Bei denen hatte man auch das Problem, dass nichts mehr da war, als man mit dem Sammeln beginnen wollte. Am Ende hat ein Missionar den Kontakt zu einem alten Menschen hergestellt, der die verschwundenen Dinge nachmachen konnte. Der hat einen großen Teil der frühen Herero-Sammlung des Museums, Töpfe, Milchschüsseln, viele Holzsa-chen, angefertigt.

taz: Da ist da die Herkunft mal unproblematisch.

Seybold: Man muss allerdings auch kritisch auf die Eingänge schauen, die in den 1950er Jahren ans Haus kamen, insbesondere aus Ludwig Rose-lius' privatem Kolonialmuseum in der Böttcher-straße, das damals aufgelöst wurde. Das war natürlich lange nach dem deutschen Kolonialismus.

taz: Aber in dessen Hochphase war sie doch zusammengetragen worden?!

Seybold: Genau. Es ist also entscheidend, Bestände nicht nur auf die Frage abzuklopfen, wann das Museum sie erworben hat. Es hat uns auch zu interessieren, woher sie stammen. Wir müssen den Gegenstand bis zu dem Moment zurückverfolgen, in dem er aus seinem ursprünglichen Kontext entfernt wurde.

taz: Ist das möglich?

Seybold: Es ist schwierig: Der Kolonialzeit ist immanent, dass man Namen nicht notiert, sich für die konkrete Person nicht interessiert hat, der ein Gegenstand gehört hat. Mit Glück steht da dann in den Akten „Herkunft: Herero“. Für uns heißt das, wir müssen weiter hinschauen, weiter forschen, weil das Gedenken Wissen braucht. Es ist nötig, um das Trauma zu bearbeiten, das bis heute nachwirkt. Darin liegt unsere Verantwortung.

Legen jetzt los:
Gründerin
Amelie
Stertenbrink
(links) und
Mitarbeiterin
Janne Ulrich in
ihrer neuen
Hamburger
Buchhandlung
„Perspektiven“
Foto: Mauricio
Bustamante



„Mehr Sichtbarkeit schaffen“

Im Hamburger Stadtteil Uhlenhorst eröffnet eine queerfeministische Buchhandlung. Sie soll ein „Safer Space“ für marginalisierte Gruppen sein

Von Rida Agha

Wer die neue Buchhandlung „Perspektiven“ in Hamburg betritt, wird nicht nur zum Bücherkaufen eingeladen. Zwischen Bücherregalen mit queeren Romanen, feministischer Sachliteratur und Kinderbüchern finden sich Sitzgelegenheiten mit Kissen und Sessel. Man kann es sich (auch mit einem mitgebrachten Buch) gemütlich machen.

Für die Gründerin, die 26-jährige Amelie Stertenbrink, ist das die Idee ihrer Buchhandlung, die am Samstag eröffnet. Sie soll nicht nur ein Ort zum Kaufen sein, sondern auch einer, an dem Menschen sich begegnen können.

Die Idee, einen Buchladen zu eröffnen, hatte Stertenbrink vor etwa einem Jahr. Sie habe nach einer sinnstiftenden Tätigkeit gesucht: „Das entstand ein bisschen aus einer Lebenskrise heraus. Ich war so ein bisschen *lost* und brauchte irgendeinen Sinn im Leben. Und dann hat mich diese Idee nicht mehr losgelassen.“

Ihre „Mitarbeiterin der ersten Stunde“ ist die 22-jährige Janne Ulrich. Die beiden haben sich im Germanistikstudium kennengelernt. Gemeinsam hätten sie sich auf den Einstieg in die Buchbranche vorbereitet, ein Seminar besucht und ein Praktikum im Buchhandel gemacht, erzählen sie der taz.

Das Sortiment und die geplanten Veranstaltungen folgen einem intersektionalen Anspruch. In der Buchhandlung sollen unterrepräsentierte Themen und Perspektiven sichtbar werden. Daher liegt der Fokus auf Literatur von Frauen, Lesben, inter, nicht-binären, trans und agender Personen (FLINTA*), queeren Personen, People of Color und anderen marginalisierten Menschen. Auch sollen Bücher von Independent-Verlagen, die im klassischen Buchhandel weniger präsent sind, vertrieben werden. Abgesehen von Büchern stehen unter anderem auch Kunst von lokalen Künstler:innen, Postkarten, Puzzles, Spiele und Lesezeichen zum Verkauf.

Zudem möchten die beiden Gründerinnen die Ladenfläche auch für verschiedene Veranstaltungen zur Verfügung stellen. Es wurde bereits ein trans*-Buch-

„Ich denke, wir werden so viel Aktivismus wie möglich machen und so viel Kapitalismus wie nötig“

Amelie Stertenbrink, Gründerin von „Perspektiven“

club gegründet, der sich regelmäßig im Laden treffen wird. Auch Schreibworkshops und Lesungen sind geplant. Ebenso könnten sich die beiden kreative Veranstaltungen wie Bastel-Events gut vorstellen.

Dass die Buchhandlung ausgerechnet im Hamburger Osten eröffnet, ist kein Zufall. Während Stadtteile wie die Schanze, St. Pauli oder St. Georg als Orte mit einer sichtbar queeren Szene gelten, hätten sie östlich der Alster in dieser Hinsicht eine Lücke wahrgenommen, sagt Stertenbrink. Auch gebe es dort vergleichsweise wenig Buchhandlungen. Es gehöre zum Plan, eine Stadtteilbuchhandlung zu werden, die auch Menschen erreicht, die nicht gezielt nach queerer Literatur suchen.

Stertenbrink und Ulrich möchten mit der Buchhandlung ein „Safer Space“ für marginalisierte Gruppen sein. Dazu gehört auch, dass der Besuch möglichst barrierearm und zugänglich sein soll. Beispielsweise gibt es eine Rollstuhlrampe, und es wird darauf geachtet, den Besuch möglichst reizarm zu gestalten. Außerdem finden sich in einem Regal Fidget-Toys, die für die Dauer des Besuchs ausgeliehen werden können.

Stertenbrink und Ulrich verstehen die Buchhandlung auch als aktivistisches Projekt. Aktivismus müsse nicht immer laut sein. Vielmehr gehe es ihnen darum, queere Perspektiven selbst-

verständlich im Alltag sichtbar zu machen. Auch angesichts der aktuellen Kürzungen der Bundesregierung bei Projekten zum Schutz von queeren Menschen in Deutschland sehen sie unabhängige Orte wie „Perspektiven“ als wichtig an, um Sichtbarkeit für queere Lebensrealitäten zu schaffen. „Und ganz aktuell ist es natürlich einfach so, dass vielen Projekten die Förderung gestrichen wird. In der Hinsicht ist es natürlich wichtig, dass es auch Orte gibt, die nicht auf solche öffentlichen Fördermittel angewiesen sind“, erzählt Ulrich.

Gleichzeitig sei „Perspektiven“ ein wirtschaftliches Unternehmen, das sich dem Kapitalismus anpassen müsse. Stertenbrink erklärt in diesem Zusammenhang:

„Ich denke, wir werden so viel Aktivismus wie möglich machen und so viel Kapitalismus wie nötig.“ Trotzdem entscheiden Stertenbrink und Ulrich selbst darüber, welche Bücher ins Sortiment aufgenommen werden. Demnach schließen sie Bücher auch gezielt aus – wie die Harry-Potter-Reihe von J. K. Rowling.

Stertenbrink und Ulrich wünschen sich, dass ihr Laden zu einem Ort wird, an dem Menschen unterschiedlicher Generationen und Hintergründe miteinander ins Gespräch kommen und sich sicher fühlen. Gleichzeitig sollen Besucher:innen neugierig werden auf Bücher, Themen und Lebensrealitäten, mit denen sie bisher vielleicht wenige Berührungspunkte hatten.

Deutsche Ausgabe

taz☛ + LE MONDE *diplomatique*

39,60 Euro für 1 Jahr LMD auf Papier

Deutsche Ausgabe

LE MONDE *diplomatique*

Krieg nach kolonialer Logik

EXKLUSIVES ANGEBOT für taz-Abonent:innen

taz.de/lmd-gedruckt